



1. Heft | 14. Januar 1909

PAUL KAMPFFMEYER · NEUE ENTWICKELUNGS- TENDENZEN SEIT MARX



UADERN zur wissenschaftlichen Fundamentierung des Sozialismus hat Karl Marx in seinen Werken zusammengetragen. Wenn man dieser Überzeugung ist, und wenn man gar glaubt, dass sie unzerstörbar sind, muss man eine gründliche Inventur über das, was in den Marxschen Werken nur historisch und bereits von der heutigen ökonomischen und sozialen Entwicklung überholt ist, aufnehmen. Ist diese Inventur beendet und mit dem historisch Veralteten und Brüchigen in diesen Werken aufgeräumt, so liegen die festen, von den Zeitstürmen unberührten Grundsteine des theoretischen Marxschen Lehrgebäudes frei.

Aus den Ideen des grossen Theoretikers haben wir vor allem das, was nur der Niederschlag einer ganz bestimmten und begrenzten Zeitepoche ist, zu entfernen. Marx hat den Bahnbrecher des neuen sozialistischen Zeitalters, den Proletarier, in seinen Werken plastisch geschildert, und er zeichnet selbstverständlich den Proletarier seiner Zeit. Dieser Proletarier wird in seiner Existenz noch nicht gestützt und gehalten von leistungsfähigen Versicherungseinrichtungen. Im Geist dieses allen Schwankungen des Wirtschaftsmarktes und allen Notfällen des Lebens überlieferten Proletariers ruft Marx im *Kommunistischen Manifest* aus: »Sie haben nichts von dem Ihrigen zu sichern, sie haben alle bisherigen Privatsicherheiten und Privatversicherungen zu zerstören.« Eine und wohl gerade die charakteristischste Richtung in der ganzen heutigen Gestaltung der proletarischen Existenzverhältnisse kam damals nicht zum Ausdruck: die Sicherung des proletarischen Daseins vor den Folgen der Arbeitslosigkeit, der Krankheit, des Unfalls, der Invalidität und des Alters. Die Versicherungseinrichtungen der Gewerkschaften befanden sich zur Zeit der Abfassung des *Manifests* noch in den allerersten, dürftigsten Anfängen. Eine staatliche Zwangsversicherung der Arbeiterschaft schien damals noch völlig im Reiche des fabelhaften Landes Utopia zu liegen. Marx rechnet selbst im *Kapital* noch mit dem Arbeiter als mit einem hin- und hergeworfenen Spielball der Wechselfälle des Wirtschaftsmarktes. Obwohl die staatlichen und gewerkschaftlichen Versicherungseinrichtungen auch heute erst in der Ausbildung begriffen sind, so haben sie doch bereits eine gewisse Festigkeit

in das Dasein grosser Gruppen des Proletariats hineingetragen. Was den Proletarier unserer Tage von dem Proletarier des *Kommunistischen Manifests* und des *Kapitals* unterscheidet, ist seine grössere Existenzsicherheit und seine damit verknüpfte gesteigerte Widerstandsfähigkeit in den Konflikten mit der Kapitalistenklasse.

Mit der Befestigung seiner Situation näherte sich der Arbeiter sozial den Klassen, die sich, obwohl sie im Besitz der Produktionsmittel sind, doch in mageren Einkommensverhältnissen befinden. Die Trennung des Arbeiters von seinen Arbeitsmitteln richtet nicht mehr wie in den Tagen der Veröffentlichung des *Kommunistischen Manifests* eine so tief einschneidende Grenze zwischen den Arbeitern und bestimmten Klassen der Produktionsmittelbesitzer auf. So nahm zum Beispiel der deutsche Handwerksmeister im Erscheinungsjahr des *Kommunistischen Manifests* ökonomisch und sozial noch eine völlig andere Stellung ein als der heutige selbständige Handwerker, denn seine Existenz bestritt er noch aus der selbständigen Produktion von Waren, er fusste auf einem bestimmten sicheren Kundenkreis und hing nicht von grosskapitalistischen Fabrikanten- und Kaufmannsgruppen ab. Die Wirtschaft des Kleinmeisters steht in diesen Jahren noch wesentlich im Stern des sozialen Beharrens. Ein tiefer Abgrund klapfte damals zwischen der Situation des kleinen Produktionsmittelbesitzers und der des Fabrikarbeiters, des *Proletariers*. Heute ist dieser Abgrund zum grössten Teil ausgefüllt. Die ursprüngliche Marxsche Definition des *Proletariers* als eines von den Arbeitsmitteln getrennten, besitzlosen, eine nackte, haltlose Existenz fristenden Arbeiters ist dank der Annäherung bestimmter sozialer Klassen an die Arbeiterschaft zu eng geworden. Ich glaube, Sombart ist völlig im Recht, wenn er heute zu dem Proletariat die Volksbestandteile zählt, die trotz ihrer Verfügung über die Produktionsmittel ökonomisch und sozial völlig an das Kapital gebunden sind. Die stolzen Produktionsmittelbesitzer sind zum Teil unselbständige, vom Kapital abhängige Habenichtse geworden. Und in den Klassen der Gewerbetreibenden und Landwirte wimmelt es von diesen Habenichtsen. Angesichts dieser Tatsache muss man Sombart beistimmen, wenn er in seinem Schriftchen *Das Proletariat* auf grund der deutschen Berufs- und Gewerbe-zählung 35,1 Millionen proletarischer und proletaroider Existenzen zusammenrechnet. Das sind 67,5 %, also über zwei Drittel der deutschen Gesamtbevölkerung. Diese 35 Millionen Existenzen fallen ungefähr mit den Personen zusammen, die weniger als 900 Mark Einkommen beziehen. Der Zustrom dieser proletaroiden Existenzen zur Sozialdemokratie ist schon relativ bedeutend. Und mit vollem Recht hat seinerzeit Bebel bei seiner Kritik der Blank'schen Arbeit über die soziale Zusammensetzung der deutschen sozialdemokratischen Wählerschaft zahlreiche sogenannte *bürgerliche Gruppen* in das Proletariat verwiesen. Wenn Bebel von »Kleinbauern in proletarischer Lebensstellung« und von kaufmännischen Angestellten »in rein proletarischer Existenz« redet, so trifft die Bezeichnung dieser sozialen Gruppen als *proletarisch* vollkommen zu. Gewiss, der Bebelsche Begriff des *Proletariats* deckt sich nicht mit dem Marxschen, aber Bebel schöpft ihn auch aus dem 20. Jahrhundert und nicht wie Marx aus der Mitte des 19. Seitdem grosse bürgerliche Gruppen die Festigkeit ihrer Existenz eingebüsst, ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit an das Kapital verloren und ihre Lebensverhältnisse ganz dürftig und kümmerlich

zugeschnitten haben, gibt der blosse Besitz von Produktionsmitteln nicht mehr ein charakteristisches Unterscheidungsmerkmal für die Einteilung der Bevölkerungsmasse in *bürgerliche* und *proletarische* Elemente ab. Die Produktionsmittel gewährleisten eben heute nicht an und für sich ihrer Besitzern eine gewisse Sicherheit und Auskömmlichkeit der Existenz wie ehemals. Seit der Abfassung des Marx'schen *Kapitals* hat sich also das Proletariat schon mannigfach in seinen Existenzverhältnissen geändert und zahlreiche neue soziale Volkselemente in sich aufgenommen.

Der Proletarier schaut gerade wie bei Lebzeiten eines Marx in der Fabrik. Aber ist diese Fabrik selber völlig unverändert geblieben? Der marxistische Schriftsteller Hanns Deutsch hat in seiner Schrift *Qualifizierte Arbeit und Kapitalismus* darauf hingewiesen, dass Marx noch im wesentlichen an der Ureschen Definition der *Fabrik* festgehalten hat. Ure beschreibt die Fabrik als einen unvollkommenen, aus verschiedenen mechanischen und verstandesbegabten Organen zusammengesetzten Automaten. Die vollkommen automatische Fabrik erfordere nur das Abrechnen und Einleiten des Produktionsprozesses durch den Menschen. Marx hat daher nach Deutsch noch die »unvollkommene Fabrik« im Auge. Den Fortschritt der maschinellen Entwicklung über die Zeiten Ures und Marx' hinaus erläutert Deutsch an der Entwicklung der Druckmaschine zu einem vollkommenen Automaten. Die Druckmaschine zu Marx' Zeiten bedurfte eines Maschinenaufsehers und eines unqualifizierten Arbeiters, eines Maschinenjungen. »Der Maschinenaufseher ist geblieben, der Maschinenjunge war seither überflüssig.« Deutsch misst dieser Entwicklung sozialpolitisch eine hohe Bedeutung bei, denn sie führt zu einem sieghaften Vordringen der qualifizierten und zu einer Verdrängung der unqualifizierten Arbeit in der Fabrik. Die Inangsetzung ganzer Maschinen- und Apparatsysteme und die Beseitigung der Störungen des automatischen Prozesses setzen eben technische Kenntnisse und Erfahrungen voraus. Marx wendet im *Kapital* seine Aufmerksamkeit noch vorwiegend den *Handlangern* zu, die massenhaft bei den *Automaten* seiner Zeit Beschäftigung fanden. Im Hinblick auf diese führt er aus, dass die Geschwindigkeit, womit die Arbeit an der Maschine im jugendlichen Alter erlernt werde, die Notwendigkeit beseitige eine besondere Klasse Arbeiter ausschliesslich zur Maschinenarbeit heranzuziehen. Er sieht jedoch helläugig schon den partiellen Ersatz dieser *Handlanger* voraus, indem er schreibt: »Die Dienste der blossen Handlanger aber sind in der Fabrik teils durch Maschinen ersetzbar, teils erlauben sie wegen ihrer völligen Einfachheit raschen und beständigen Wechsel der mit dieser Plackerei belasteten Personen.« Marx ahnte wohl die bevorstehende Vollendung der automatischen Fabrik, aber die durch sie bewirkte Umwälzung im Arbeitsprozess, die Einbürgerung hochqualifizierter Arbeiter und die Verdrängung der blossen Handlanger, konnte er sozialpolitisch noch nicht werten.

Dem Gesichtskreis des Theoretikers Marx lag selbstverständlich noch völlig die Würdigung der grossen wirtschaftlichen Unternehmerverbände, die sich erst in den letzten Jahrzehnten zu einer die kapitalistische Volkswirtschaft beherrschenden Grossmacht entwickelt haben, der Kartelle, noch völlig fern. Der Münchener Universitätslehrer Ludwig Sinzheimer hat neulich im *Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft* einen höchst be-

merkenswerten Aufsatz über die wirtschaftlichen Kämpfe der Gegenwart veröffentlicht, in dem er eine besonders charakteristische Seite der Wirkung der Kartelle in ein neues Licht rückt. Sinzheimer weist auf die in der Denkschrift des Reichsamt des Innern erwähnten 400 Kartelle hin, von denen viele den völligen Ausschluss der Konkurrenz innerhalb der heimischen Volkswirtschaft bedeuten. Diese Kartelle seien in den heftigsten Kämpfen mit anderen inländischen Unternehmern begriffen, und zwar nicht in Konkurrenz- sondern in Tauschkämpfen. Die Kämpfe spielen sich »zwischen verschiedenen Abschnitten der Produktionssphäre oder zwischen verschiedenen Abschnitten der Zirkulationssphäre oder zwischen der Produktionssphäre einerseits der Zirkulationssphäre andererseits ab. Zu den Streitenden gehören ferner nicht die unmittelbaren Konsumenten, die letzten Verbraucher. Der Güterumsatz zu Erwerbszwecken, nicht zu Genusszwecken bildet das Kampffeld.« Sinzheimer charakterisiert dann treffend die wachsende »Kollektivierung, Extensivierung und Intensivierung« der Tauschkämpfe und die mit der Verschärfung dieser Kämpfe verknüpfte »Herausbildung schroffer Ungleichheiten in den Unternehmergewinnen verschiedener mit einander geschäftlich verkehrender Unternehmer«. In den von machtvollen Kartellen geführten Tauschkämpfen werden den schwächeren Teilen Kaufverträge aufgezwungen, in denen der Grundsatz der Gewerbefreiheit nur noch zum Schein existiert. Mit seinen Ausführungen über die Aus- und Umgestaltung der modernen Tauschkämpfe verbindet Sinzheimer die Bemerkung, dass die kapitalistische Entwicklung, die der Marxismus beschreibe und prophezeiend vor Augen habe, in mancher Hinsicht schon veraltet oder längst überholt sei. »Die dreifache Wucht des modernen Tauschkampfes, das Kollektive, Extensive und Intensive seines Wesens, die spätere Phase des Kapitalismus, in der wir heute stehen, in der die Käufer und Verkäufer nach Ausschluss der Konkurrenzwirtschaft sich sammeln und das bewusste Ringen um die Vorherrschaft im Tauschkampf beginnt: diese Phase des Kapitalismus ist in ihrem Systeme weder geahnt noch analysiert.« Der Marxismus hat nach Sinzheimer bisher die Tatsache ignoriert, »dass Kartelle und Trusts nicht bloss Organe der Ausschaltung der Konkurrenz und der Regelung der Produktion sondern auch wichtige Elemente in der Neugestaltung der Austauschverhältnisse sind.« Die Wesensänderung in den Tauschkämpfen übt nun einen tiefgreifenden Einfluss auf die Gestaltung der Lage der Arbeiterklasse, und zwar der ganzen Arbeiterklasse, aus. »Die Herabdrückung des Unternehmerprofits in den im Tauschkampf schwächeren Geschäftszweigen«, schreibt Sinzheimer, »reizt die Unternehmer an nach Herabdrückung der Löhne und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen zu streben, um ihren Unternehmerprofit ungeschmälert zu erhalten.« Den im Tauschkampf überlegenen Unternehmern strömen dagegen Überschüsse zum Kampf gegen streikende Arbeiter und zur Durchführung der in sozialer Hinsicht so gefährlichen, die Koalitionsfreiheit und die Freizügigkeit der Arbeiter einschränkenden *Wohlfahrtsseinrichtungen* zu.

Der veränderte Tauschkampf drängt also die Arbeiter zu einer Befestigung und Kräftigung ihrer wirtschaftlichen Organisationen und zu einer Verstärkung ihres politischen Kampfes gegen die Kartelle. In diesem Kampf dürfte wohl die politisch organisierte Arbeiterschaft gerade auf die Unterstützung der bürgerlichen Gruppen zu hoffen haben, die an ihrem Leibe die ganze Wucht

des modernen Tauschkampfes zu erdulden haben. Für das Bürgertum ist, nach Sinzheimer, der Tauschkampf ein gewaltiges Zersetzungsmittel, das scharf die Unternehmerwelt in starke, im Kampf überlegene und in schwache, unterlegene Elemente sondert. Der Kampf ballt diese Elemente dann zu Interessengruppen mit verschiedenen, schroff auseinanderfallenden Zielen zusammen. Mit Recht weist Sinzheimer darauf hin, dass unter der Herrschaft des modernen Tauschkampfes viele heutige Verträge »zur Rechtsordnung in einem ähnlichen Verhältnisse stehen wie es mit dem rechtlich freien individuellen Arbeitsvertrag der Fall ist. Dort wie hier sehen wir auf der Basis tatsächlicher Ungleichheit, welche der von der Rechtsordnung vorausgesetzten Gleichheit schroff zuwiderläuft, Herrschaftsformen sich entwickeln, die in schneidendem Kontraste zu der von dem geltenden Rechte genährten formalen Freiheit und Gleichberechtigung stehen.« Die Unternehmergruppen, die durch die Fortentwicklung des Tauschkampfes zu einer beherrschten Klasse herabsinken, haben nach meiner Ansicht gerade wie die Arbeiterklasse und die Konsumenten ein Lebensinteresse an einer tief einschneidenden Gesetzgebung gegen die Kartelle.

Seit der Abfassung des Marxschen *Kapitals* sind in der Wirtschaftsverfassung, in der Technik und ökonomischen Struktur der Fabrik, in den Existenzverhältnissen und in der Zusammensetzung des Proletariats so tiefgreifende Änderungen eingetreten, dass die Marxschen Theorien, die auf den Tatsachen einer bereits überwundenen Phase der kapitalistischen Entwicklung basieren, einer gründlichen Revision unterzogen werden müssen. Die so mächtig vom Geist der Zeit beeinflusste Marxsche Gedankenarbeit hat eben diesem Geist selbst ihren Tribut zahlen müssen. Das nur Zeitliche in diesem Denken hat das Zeitliche segnen müssen. Das ist eigentlich eine selbstverständliche Bemerkung, die aber leider noch vielen *materialistischen Historikern* eingeschärft werden muss, die wohl in den Weltanschauungen aller geschichtlichen Persönlichkeiten, nicht aber in den Grundanschauungen des Revolutionärs Karl Marx das nur Historische zu entdecken wissen. Sie sehen gleichsam Ewigkeitswerte selbst in den Ideen des grossen Theoretikers, in denen doch nur der Lebensodem einer ganz bestimmten und begrenzten Zeitepoche atmet.

XX

KARL LEUTHNER · INTERNATIONAL UND NATIONAL



ÖNNTEN Tatsachen Vorurteile überwinden, und hätte der Durchschnitt der Menschen die Fähigkeit sein aus der Überlieferung erwachsenes Denken an den Erkenntnissen zu berichtigen, die sich aus den sichtbaren Vorgängen der politischen Weltbewegung fast unwiderstehlich aufdrängen, so müssten die Ereignisse seit Beginn des russisch-japanischen Krieges eine völlige Umwälzung aller Anschauungen bewirkt haben. Aber der Regel nach und bei den Intelligenzen der Regel tritt das anschaulich Neue zu dem überliefert Alten in ein beziehungsloses Nebeneinander, bestenfalls schliesst es mit ihm wunderliche Kompromisse. Und haben sich endlich in der heranreifenden Generation Erlebnisse zu Einsichten erhöht, so ist ihre Zeit meist wieder abgelaufen, sie sind Vergangenheit geworden und Gespenst der Vergangenheit, eine den Geist einengende, hemmende, verfinsternde Tradition.

Das muss man wissen, und man weiss es, kann aber doch einem innern An-
drang und Antrieb nicht widerstehen, wenn sich das Neue in so scharfen Um-
rissen darstellt wie in diesem Augenblick. Europa bedroht, unterwühlt in den
Tiefen, erschüttert von der Minierarbeit der englischen Weltpolitik und von
dem aus dem Osten und Süden in dunklen Leidenschaften heranbrausenden
Panlawismus, in der Mitte Europas jedoch beruhigt und beruhigend die beiden
Staaten, deren tödliche Verfeindug dem Erdteil jahrzehntlang die grossen
Linien der Politik zog. Nicht bloss darum halten sich Frankreich und Deutsch-
land zurück, weil die Angelegenheiten, um die es sich handelt, ihnen geogra-
phisch fern liegen: das müsste doch in gleicher Weise auch für England gelten,
und früher begab es sich jedesmal, dass irgend eine Unruhe in einem Winkel
Europas die Geister der Revanche aufstörte; noch sind sie nicht gebannt und
zu Grabe gegangen, noch wird der Alpdruck der Kriegsangst Deutsche und Fran-
zosen oft beschleichen, dennoch ist nicht mehr zu verkennen, dass die Gegen-
sätze an innerer Kraft von Jahr zu Jahr einbüssen. Frankreich und Deutsch-
land traten sich im Kampf auf Leben und Tod gegenüber, als der National-
gedanke — im Einigungsstreben der Deutschen wirksam — mit der Vormachts-
idee Frankreichs zusammensties, die im Widerstreit und Ausgleich mit der
Gleichgewichtstheorie der übrigen Kabinette zwei Jahrhunderte der Staatspolitik
leitend bestimmt hatte. Die Nationalidee trug den Sieg davon, auch in dem mora-
lischen Sinn, dass der Besiegte allmählich von den siegreichen Gedanken inner-
lich bezwungen ward. Der Franzose lernt seine Wünsche auf den geliebten
Himmelsstrich seiner Heimat begrenzen, und nur insofern wird diese Entwick-
lung seines Denkens gehemmt als sie in Deutschland selbst nicht zu Ende ge-
dienen ist. Würde der Elsässer sich ebenso zweifellos als Deutscher fühlen
wie er ethnisch zweifellos ein Deutscher ist, läge vor dem begehrenden Auge
des Franzosen kein Land, das er hoffen darf als Mehrung der Macht seinem
Besitz einzuverleiben, wüsste er, wie der Deutsche es von jedem französischen
Gebiete weiss, dass es erobern nur einen unversöhnlichen Feind ins deutsche
Haus einführen hiesse: dann wäre die deutsch-französische Sprachgrenze
ein unübersteiglicher Wall des Friedens, und nichts vermöchte die beiden Völker
mit einander zu verfeinden, die nichts von einander zu fordern und zu hoffen
hätten.

Das ist die unterscheidende Eigentümlichkeit des Nationalstaats, dass er den
Hoffnungen, Idealen, guten und bösen Trieben seines Volkes eine naturgegebene
Grenze zieht. Ewig veränderlich, ewig gestaltend und umgestaltend wogen sie
dagegen in der Seele der Völker, die in dem übernationalen, in dem viel-
sprachigen Staat zusammengebunden sind. In dem einen, dem Wesentlichsten,
in der Vorstellung von der äussern Form des Staatsganzen, sind alle Parteien
eines Nationalstaats konservativ, und hinwiederum alle Parteien des nicht-
nationalen Staates, auch die reaktionärsten, sind gerade darin Umstürzler,
Revolutionäre, ja Verschwörer. Gibt es in Österreich-Ungarn von der dem
Thron zunächst stehenden abwärts eine Fraktion, Gruppe, Nation, der nicht
alles Staatliche ein Problem wäre, ja ein Spiel der Phantasie? Ungemessen
gehen die Wünsche ins Weite, und die Einbildungskraft schleicht versucherisch
um das Verbotenste, weil der sichere Massstab einer fasslichen, naturbestimmten
Wirklichkeit fehlt. Dem österreichischen Patrioten ist es ein Geringes in Ge-
danken den Dualismus zu zertrümmern und sein mythisches Reich bald als

Einheitsstaat bald als Völkerbund zu verherrlichen. Wo in dem lockern Gefüge der Nationen so vieles Unzusammenhängende doch zusammenhält, erzeugt die Angliederung eines Landes, das halb unter dem Schatten des Orients liegt, keine Bedenken mehr. Aus den natürlichen Bedingungen, nicht aus dem Denken der Menschen entspringt die gefährliche Gärung. Nationalismus wie un-nationale Gesinnungen sind im vielsprachigen Staat gleichermaßen ein Prinzip des Unfriedens, des Hasses, der Vergewaltigung. Würde den Tschechen oder gar den Slowenen das Leben im Bett eines Nationalstaates fließen, sie würden sich noch ängstlicher zusammengefasst, noch ruhiger halten als die Holländer. Doch wie soll ein kleines Volk die einem kleinen Volke geziemende Politik sicher wählen, wenn ihm die Zugehörigkeit zu einem Grossstaat, die Gelegenheit in sein Getriebe einzugreifen, Möglichkeiten vorgaukelt, Träume von Grösse eingestert, die um so aufregender und verheerender wirken als sie an den Tatsachen immer wieder eine demütigende Schranke finden? Warum soll der Panslawismus nicht glauben beide Staaten mit ihrer deutschen und magyarischen Hauptstadt, mit ihrer deutschen und magyarischen Kulturvormacht dennoch beherrschen zu können, wenn sich in dem Gewaltregiment der magyarischen Minderheit der gleiche Widersinn sogar als brutal lebendige Wirklichkeit darstellt, wenn man noch vor vierzig Jahren meinen durfte, und heute vereinzelt Toren meinen, aus der deutschen Armee- und Kanzleisprache einen deutschen Staat herausdestillieren zu können, wenn die christlichsozialen Wiener und Alpendeutschen, den eigenen Mangel an nationalem Gefühl bei anderen voraussetzend, wännen die Völker der beiden Staaten gehorsam, ja begeistert um die schwarzgelben Ideale einer Hausmachts- und Grossmachtspolitik sammeln zu können?

Keine Veränderung der inneren Staatsform vermag diese aus den Naturbedingungen des nichtnationalen Staats ungehemmt hervordringenden Kräfte zu beseitigen und unwirksam zu machen. Nur solange der Staat ausschliesslich das regierende Kabinett ist, zeigen sie sich gebunden. Als der russische Absolutismus, noch in voller Kraft der Selbstherrschaft, doch bereits an den Volkstimmungen Anhalt und Anknüpfung suchte, entsprang jene Zweiheit und Zwiespältigkeit der russischen Politik, die ihr nach der Zusammensetzung des Staatsgebildes natürlich ist. Die ungeheure Grösse des grossrussischen Volks drängt immer wieder den Gedanken des moskowitzischen Zentralismus hervor, die Kleinheit der übrigen slawischen Nationen lockt stets von neuem mit der phantastischen Möglichkeit alle Slawen zu einem, den ganzen Osten und Südosten umspannenden Reich unter russischer Hegemonie zu vereinigen. Der Absolutismus ist gesunken, nicht diese beiden Prinzipien. Sie leben in der *Duma*, in der liberalen und demokratischen Presse wieder auf. Seit Demokratenführer als Nachfolger Ignatiw Balkanreisen machen, demokratische Theoretiker an dem Gedanken der erobernden und slawenbefreienden Mission Russlands weiter bauen, hat Europa, abgekühlt von erhitzten Begeisterungen, in den Revolutionären von gestern die volkstümlichen Skobelew und Katkow von heute wieder erkannt.

Andern Ursprungs und anderer Gestalt ist die Kriegsgefahr, die von England droht. Dieses Volk lebt in der geschlossensten Nationaleigentümlichkeit, in einer scharfen Ausprägung seiner Individualität wie sie nur Inselbewohnern eignet. Aber die Insel ist bloss seine Burg, sein Zufluchtshafen, nicht seine

Welt. Auf dem Meere waltend unterliegt es dem Gesetz, dass die Herrschaft über den allumpülenden Ozean nur eine Alleinherrschaft sein kann. Herr und Ausnutzer unermesslicher Länderstrecken und unzählbarer Völkerscharen, hat es nirgend auf Erden eine Schranke, jenseits deren sein Interesse aufhört. Denn jede, auch die entfernteste, Bewegung kann sich in irgend einer Richtung so fortpflanzen, dass sie die Grenzmarken britischen Besitzes erschütternd trifft. Darum muss die britische Staatskunst ihre Hände überall im Spiel haben und die Kräfte einer Welt, die sie, ohne sie überwältigen zu können, dennoch im Schach zu halten hat, durch Teilung schwächen, durch Streit der Nebenbuhler unter einander auf ein fremdes Ziel ablenken. Wie viel sich in England innen und aussen auch in den 200 Jahren seit dem spanischen Erbfolgekrieg geändert hat: jene leitende Staatsmaxime ist die gleiche geblieben; nur hat die wachsende Macht der anderen Staaten und die unendlich erweiterte Ausdehnung des eigenen Reichs dessen Äusserungen verstärkt, die ihm dienenden Mittel immer künstlicher werden lassen.

In dieser so gewandelten Welt ist der Sozialdemokratie die Aufgabe auferlegt ihre Ideale zur Wirklichkeit zu führen. Die religiös gefärbte Idee der Völker- verbrüderung schien einst die Gegensätze der Nationen spielend zu überbrücken: alle Unterschiedenheiten der Geschichte, Art, geographischen und ethnographischen Beschaffenheit wurden eingeebnet durch die gleichmachende Kraft der kapitalistischen Entwicklung und aufgelöst in die Einfachheit des Widerstreits von Kapital und Arbeit. Diese geniale Konzeption, die die neue Entwicklungslinie der geschichtlichen Bewegung mit fast visionärer Klarheit erfasste, musste, was sie ergründen wollte, nach wissenschaftlicher Methode unterscheidend und abstrahierend isolieren. Aber die Begeisterung des grossen Gedankens führte dann über alle Bedingungen und Einschränkungen hin zur Erhebung der Erkenntnisregel in die absolute Geltung eines allbestimmenden Weltgesetzes. Wirtschaftliche Entwicklungstendenzen stehen jedoch in der realen Welt unter dem Zwang der politischen und sozialen Verwirklichungsform. Die absolute, weder national noch geschichtlich bestimmte und abgelenkte Bourgeoisie hat das Welttheater ausserhalb der klassischen englischen Nationalökonomie nie betreten. Der *Nichts-als-Kapitalist* der Manchesterzeit war doch der Engländer, der auf seine Weise die altererbte britische Handels- und Seevormacht auszunutzen gedachte. Er ist zum glühenden Jingo geworden durch den Wettbewerb rasch emporgestiegener Nebenbuhler, seit das Weltreich der Alleinherrschaft britischer Kattune ein gesichertes Absatzgebiet verheisst. Von vornherein aber war der ausserenglische Kapitalist in dem Fall hinter nationalen Schranken ein Schutzgebiet zu suchen. Noch offenkundiger wird die Bedingtheit aller kapitalistischen Herrschaft auf dem politischen Gebiet. Die Demokratie, vom Kapitalismus mit gefördert, rechnet mit den Menschen, mit den Stimmen, nicht mit den Dividenden. Nur im Anhang an Parteigeilde, die von nationalen und politischen Idealen her ihre Werbekraft im Volk haben, behauptet der Kapitalismus seine Macht im Parlament, das vor dem Stirnrunzeln der Bauern und der Schänker zittert, nicht vor dem Groll der grössten Expropriateure, der vereinzelt Kohlenbarone. Die Allgewalt einer Handvoll Menschen, ins Politische übertragend, setzt einen römischen Senat und seine Fremdherrschaft über unterjochte Völker voraus. In Europa gibt es Staaten mit kräftiger, kapitalistischer Entwicklung, auf deren politischen Bühne der

Dualismus *Kapital und Arbeit* mit dem fast vollständigen Fehlen des einen Gliedes verschwunden ist, und wo die Unternehmer gegen kleinbürgerliche Gesetzgebungsschikanen bei der Regierung und — bei den Arbeitern Hilfe suchen.

Auch die genialste Voraussicht konnte die Ausgleichung der äusseren Lebensbedingungen, die Ineinanderflechtung der Wirtschaftsgebiete, die allseitige und gleichzeitige Verbreitung von Nachrichten und damit von gleichartigen Gedankenanstößen, das internationale Zusammenarbeiten der Technik und der einzelnen Wissenszweige in dem Umfang kaum ahnen, in dem es sich tatsächlich durchgesetzt hat und immer mehr noch Geltung gewinnt. Aber die volkpsychologischen Rückwirkungen der Internationalisierung des äusseren Daseins mussten überschätzt werden, solange man die Gegenbewegung nicht kannte, die sich mit dieser Bewegung und durch sie erhoben hat. Der Kapitalismus verwirklicht sich im Grossstaat, in der Grossstadt, im politischen Massenleben des Konstitutionalismus und Parlamentarismus, in dem kulturellen einer verbreiteten, verallgemeinerten und nivellierten Bildung. Das aber heisst Hinlenkung der Interessen auf die eigenen inneren Verhältnisse, heisst Verschwinden jener allgemeinen Erziehungsvoraussetzungen des Humanismus oder der französischen Literatur und Sprache von einst, heisst Sammlung der Geister um die nationalen oder in die nationale Sprache herübergenommenen Bildungswerte. Mit der Herrschaft und Gewalt der internationalen Maschine über unsere Kleider und Hausgeräte wächst gleichzeitig die Herrschaft und Gewalt der Nationalliteratur, der Muttersprache, der heimischen und politischen Interessen über unsere Geister. Die breiten Massen, die zu Genuss und Mittätigkeit im Geistigen sich hinzudrängen, haben der ungeheuren Mehrzahl nach nur die eine nationale Sprache als Werkzeug zu ergreifen. Diese naturwüchsigen Tendenzen empfangen ihre bewusste Ausgestaltung einerseits in der nationalen Politik andererseits in der Volksbildungsbewegung, die, von welchen Ideen immer geleitet, zuletzt stets nationalisierend wirkt. Als Marx den Untergang der kleinen slawischen Völker prophezeite, hatte er insofern recht als das blosses Anderssein, worin zum Teil damals ihre nationale Besonderheit allein bestand, Tracht, Dialekt, heimische Volkssitte, am Boden haftend verschwinden, sobald der Träger den Boden verlässt. Doch wenn der Kapitalismus das Anderssein der Völker ausgleicht, schafft die kulturelle und politische Demokratie das bewusste und immer stärker auch ins Bewusstsein der tiefsten Schichten eindringende Fürsichsein der Nationen. Die Formen und Sitten des Daseins, vielleicht auch das Grundkapital der Gedanken, werden stets kosmopolitischer, allein ein stets grösserer Teil des Volks hat diese Gedanken in einer Ausprägung, in einem Zusammenhang und ausgestattet mit begleitenden Empfindungen, die aus allen diesen Menschen eine Kultureinheit des Denkens und Empfindens machen. Der urwüchsige Bauer verschwindet national in der anderssprachigen Stadt, in die er einwandert, der Arbeiter, sofern er geistig höher steht, bringt für sein Volk auch in sozialdemokratischen Organisationen nationale Schutzvereine hervor, in denen Sprache und Denken der Heimat oft lange noch weiter pulsieren. Doch was viel wichtiger ist: Auf dem Heimatboden selbst wird die Nation jetzt kulturell als Einheit organisiert, in der bei allen Abstufungen der Bildung bis zu der tiefsten gewisse Gemeinsamkeiten der Denkgewohnheit und Anschauung fortwalten, mit denen ein Volk unter-

schieden von anderen durch seine Schicksale, seine führenden Schriftsteller, durch den Geist der Sprache und des Landes ausgerüstet wurde, in denen es unterschieden von anderen die Welt in einen besondern Rhythmus und Farbenton kleidet.

So geht parallel mit der Zusammenfassung der Staaten und Nationen zu immer engeren wirtschaftlichen Abhängigkeiten und mit der Vermannigfaltigung und Verallgemeinerung der politischen Berührungen und geistigen Beeinflussungen, mit der Entstehung eines Weltmarkts, einer Weltpolitik und einer Weltwissenschaft im strengen Sinn des Worts, die scharfe und stets schärfere Sondernung der Völker in ihrem Selbstbewusstsein. Die Besonderheiten der Landschaften, die trennende Kraft der Entfernungen, die in uralten Sitten und Gebräuchen gebildete Seelenform, die scharf geprägten Charakterzüge der Städte und Dorfschaften vermischen und verwischen sich, verschwinden ins Bedeutungslose. Dafür erheben sich zwischen Volk und Volk neue, unsichtbare Schranken, die der Geist erbaut. Wenn den einzelnen Franzosen als Menschen vom einzelnen Deutschen heute weniger unterscheidet als vor einem Jahrhundert, so setzt sich Bewusstsein gegen Bewusstsein um so entschiedener ab, und die Gesamtheiten treten sich wie fremde Welten gegenüber, gehüllt in eine Atmosphäre der Unantastbarkeit, in einen Nimbus der Hoheit. Man wird von den internationalen und nationalen Tendenzen unserer Lebensentfaltung kaum noch als von Gegensätzen sprechen können, sie verstärken sich vielmehr gegenseitig und verbinden sich in den seltsamsten Kreuzungen und Formen. Der Kapitalismus sollte die kleinen Nationen vom Boden vertilgen, weil seinem Wesen weite Räume, grosse Märkte gleichartig sind. Allein er hat vielfach in den neuen Gesellschaftsschichten, die er hervorbrachte, erst die bewussten Träger der Unabhängigkeitsidee gebildet, wie etwa das nationale Dasein kleiner Völker in Russland während der Revolution in den sozialdemokratischen Parteien sich am lebhaftesten ankündigte. Schliesslich gebraucht der Nationalismus die Mittel des Kapitalismus bewusst zu seiner Erhöhung. Wie kleine Völker mit Boykott- und Kreditorganisation bei der künstlichen Erzeugung einer nationalen Industrie beschäftigt sind, haben die Schöpfer des neuen Japan planvoll die Kräfte der Industrie ihrem Staatswesen eingegliedert, geführt und getragen von dem einzigen Gedanken ihr Vaterland in ebenbürtiger Ausrüstung neben die grossen Staaten der Welt zu stellen.

Die nationale Wiedergeburt der mittleren und kleinen Völker des europäischen Ostens und Südostens hat ihren Geschichtsschreiber noch nicht gefunden. Die Zukunft wird darin einst eines der bedeutendsten Ereignisse der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts erkennen. Wunderlich genug ist es oft dabei zugegangen, wenn ein enger Kreis von Menschen aus seinen beschränkten Erfahrungen und Liebhabereien heraus die Ideale einer werdenden Nation zu formen begann und ihr in der sentimental Verklärung der Vergangenheit, in heftigen Kontrastgefühlen gegen die Umgebung, in der Heiligsprechung aller landschaftlichen Engigkeiten eine künstliche Überlieferung schuf. Dennoch wurde Ausserordentliches geleistet, und mit den geringsten Kräften. Es gibt Volksstämme, die zu Nationen wurden, bevor ihnen die wirtschaftliche Entwicklung die materiellen Hilfsmittel dazu lief, Völker, deren Elementarschullehrer, Advokaten und Dorfgeistliche von sich sagen dürfen: wir haben es gemacht. Aus einer dünnen, selbst nicht reich ausgerüsteten Bildungsschicht senkte sich das Volks-

bewusstsein in die Tiefen, mit ihm zugleich die ersten Keime moderner Kultur. Wenn nun diese Völkchen, weil schwer Erworbenes stets am Höchsten geschätzt wird, an der dürftigen Armut ihrer geistigen Eigenart mit heisser Liebe hängen, und Triebe und Leidenschaften gelegentlich in Rasereien des Hasses gegen die Nachbarn ausbrechen, so mag man billig vom Übergang der Nationalität in die Bestialität sprechen, darf aber dabei nicht vergessen, dass jene, ohne die Kraft, die jetzt in ihnen sinnlos tobt, nie oder noch nicht in den europäischen Kulturkreis eingetreten wären; so wie ja auch in den grossen Völkern das stolze Bewusstsein eines reichen Kulturbesitzes den stärksten Ansporn bildet ihn allgemein anzueignen.

Das politisch Wichtigste bleibt jedoch immer dieses, dass die Nationalität mit der drängenden, vulkanisch stossenden Kraft ihrer Entwicklung den Widerstand der stärksten Staatsverbände überwindet, dass ihr Anspruch keine Autorität über sich gelten zu lassen, sich selbst die Gesetze des Lebens zu diktieren, auch in einem übergreifenden und zusammenfassenden Staatsganzen, wie Österreich, unaufhaltsam zum Siege vordringt. Das Pathos des Gemeinwesens ist heute national, und darum entbehrt der unnationale Staat jedes Pathos', jeder Fähigkeit seinen Bürgern eine höchste Pflicht aufzuerlegen, jeder Verbindung mit den Idealen der Zeit. Hat indes der Staat heute ein nationales Pathos, so wird die Partei, die über ihn walten will, dieses für sich in Anspruch nehmen. Sie wird ihre künftige Stellung als Vertreterin des Ganzen ideell vorwegnehmen, indem sie die Ideale des Ganzen in ihre Hut zu ziehen sucht. Sollte bloss die Sozialdemokratie, und zwar lediglich die deutsche, von dieser allgemeinen Regel befreit und enthoben sein? Mag das deutsche Volk das schwächste Nationalempfinden haben, was grossen Parteien eine Zeitlang gestattet es unberücksichtigt zu lassen, so wächst dennoch auch hier das Zusammengehörigkeitsgefühl beständig, und es kann, wenn die Woge des Pan-slawismus nahe heranbrandet, wenn die britische Politik seinen Lebensspielraum einengt, wieder machtvoll emporlodern.

In drohenden Gefahren wird Deutschland seinen festen Ankergrund nur im Boden des arbeitenden Volks finden. Vielleicht kann die Sozialdemokratie für das deutsche Volk und seine auswärtige Politik im Augenblick praktisch nicht mehr leisten als sie durch nachdrückliche Bekämpfung des persönlichen Regiments tatsächlich geleistet hat. Doch schon viel wäre gewonnen, wenn die Kluft verschwände, hinter der die bürgerlichen Parteien durch Missbrauch der nationalen Idee eine Anhängerschaft sammeln, die sonst ihren Weg näher zur Sozialdemokratie fände. Was hat diese Kluft aufgerissen? Worte, Worte, wieder Worte. Es ist notwendig, dass die Kritik der deutschen Zustände von deutschem Boden ausgehe und auf ihm bleibe. Können die Angehörigen des gewaltigsten Kontinentalstaats noch immer anbetungsvoll zu anderen Ländern aufblicken wie ihre Grossväter in der Zeit von Deutschlands tiefster Schwäche, ohne sich dem allgemeinen Gespött auszusetzen? Hat es einen Sinn bei den Unerfreulichkeiten ständig zu verweilen, die sich mit der Entstehung des Reichs verquickt haben, als ob die anderen Staaten und Nationen mit Rosenwasser wären zusammengekittet worden? Müssen die Prediger moralischer Freiheit in der Gegenwart den altfränkischen Moralismus anziehen, wenn sie just die gleichgültigen, vermoderten Menschlichkeiten längst zu ihren Vätern versammelter Monarchen mit nie ermüdendem Eifer verhandeln, als

wäre die materialistische Geschichtsauffassung ein Formular für fürstliche Generalbeichten? Ist nur das deutsche Volk von dem sonst allgemein anerkannten Anspruch auf Unabhängigkeit ausgeschlossen? Ist es . . . : doch die Reihe würde zu lang werden. Solche von den alten Liberalen übernommenen Wertungen schaffen nichts für die Macht und Herrlichkeit der proletarischen Zukunft. Darum sollte man in der Sozialdemokratie aufhören sie als Reliquien zu verehren. Und nicht nur, weil sie dann ihre Werbekraft erhöht, sondern weil sie als Partei des Volks die Aufgaben der Nation durchzuführen hat, muss die internationale Sozialdemokratie den nationalen Gedanken als Bestandteil ihres Systems erkennen.

XX

WOLFGANG HEINE · DER ERSTE SCHRITT ZUR STÄRKUNG DES REICHSTAGS



ENN der Herr Landtagsabgeordnete Freiherr von Zedlitz und Neukirch im *Tag* für »parlamentarische Machterweiterung« schreibt, dann heisst es aufpassen, denn es ist etwas gegen parlamentarische Rechte im Werk. Von den Anträgen, die als Niederschlag des allgemeinen Bedürfnisses nach konstitutionellen Garantien in den letzten Wochen im Reichstag eingebracht worden sind, haben weitaus den grössten Wert die auf Abänderung der Geschäftsordnung des Reichstags. Die Forderungen dem Reichstag eine Mitwirkung bei der Besetzung des Kanzlerpostens einzuräumen, ihn bei der Kriegserklärung ebenso zu hören wie den Bundesrat, sind zwar für jeden, dem Volksrechte mehr als gedruckte Worte bedeuten, selbstverständlich; aber sie setzen das voraus, was sie erreichen wollen: nämlich eine wirkliche Macht des Parlaments den Regierungen gegenüber. Davon sind wir trotz der Erregung über das Kaiserinterview, trotz des moralischen und politischen Schiffbruchs des persönlichen Regiments noch weit entfernt. Es müssten ganz andere Personen an der Spitze der einzelnen Landesregierungen und besonders Preussens stehen, es müsste eine auf keinem anderen Wege abzuwendende Notlage vorliegen, ehe man erwarten könnte, dass der Bundesrat solchen Verfassungsveränderungen seine verfassungsmässig notwendige Zustimmung gäbe. Anders liegt es mit den Anträgen auf Abänderung der Geschäftsordnung. Sie fallen in die Autonomie des Reichstags. Kein Bundesratsbeschluss ist zu ihrer Durchführung erforderlich, sofern sie sich in den Grenzen der bestehenden Verfassung halten. Darum hat die Sozialdemokratie von vornherein das Hauptgewicht auf die Reform der Geschäftsordnung gelegt und hat darauf gedrängt die Übelstände, die sich grade jetzt am empfindlichsten bemerkbar gemacht haben, sofort zu beseitigen, nicht andere Abänderungen der Geschäftsordnung damit zu verkuppeln, die die Reform auf die lange Bank schieben könnten, ihnen auch den Vorrang vor den Anträgen auf Abänderung der Verfassung einzuräumen. Die Sozialdemokratie hat deshalb zurzeit sogar darauf verzichtet die Verschlechterungen der Geschäftsordnung, die in den Zollkämpfen von 1902 grade zur Unterdrückung der Sozialdemokratie eingeführt worden sind, zum Gegenstand ihrer Reformanträge zu machen.

Es handelt sich vor allem um eine Änderung des Verfahrens bei Interpellationen. Die klägliche Stellung des deutschen Reichstags zeigt sich unter anderem in den Bestimmungen der Geschäftsordnung über die Beant-

wortung und geschäftliche Behandlung der an die Regierung gerichteten Anfragen. Nicht der Reichstag in erster Reihe bestimmt den Tag der Verhandlung sondern der Kanzler. Deshalb fordert die Sozialdemokratie, dass die Besprechung der Interpellationen unbedingt auf die Tagesordnung einer der nächsten drei Sitzungen gesetzt werden müsse. Man kann dagegen nicht einwenden, dass man dadurch der Regierung keine Zeit zur Information liesse, denn wenn der Kanzler bei der Besprechung erklärt, dass er längere Zeit brauche, um Erkundigungen einzuziehen, wird die Mehrheit immer bereit sein ihm eine längere Frist zu bewilligen und die weitere Verhandlung zu vertagen, sofern nicht offenbare Verschleppung vorliegt. Oft wird die Regierung grade aus den Debatten des Hauses wichtige Unterlagen für ihre Nachforschungen gewinnen können. Man erinnere sich zum Beispiel an die Interpellation über das Grubenunglück auf *Radbod*. Unwürdig aber war es, dass der Kanzler die Interpellationen über das Kaiserinterview ohne jeden Grund und ohne Zustimmung des Parlaments eine Woche hinausschieben konnte. Ein Reichstag, der grösseren Einfluss auf den Gang der Politik fordert, sollte grade dies sich nicht gefallen lassen, da er es ändern kann.

Viel wichtiger noch ist die Beseitigung der Bestimmung der Geschäftsordnung, die die Stellung von Anträgen bei Interpellationen verbietet. Das ganze Reich, die ganze kultivierte Welt, die in den Tagen vom 10. und 11. November 1908 nach Berlin blickten, und die Mitglieder des Reichstags selber, haben es peinlich und beschämend empfunden, dass der Reichstag gehindert war seinen Willen in einen Beschluss zusammenzufassen. Selbst ein Vertrauensvotum der Blockmehrheit für Bülow oder gar für das persönliche Regiment wäre mir erträglicher erschienen als dieser sang- und klanglose Ausgang, der den Eindruck der Schwäche und Verworrenheit erweckte. Von allen Seiten hat es damals Vorwürfe auf den Reichstag geregnet, obgleich bei der geltenden Geschäftsordnung die Opposition von vornherein nicht mehr tun konnte als sie tat, und auch die Mehrheit formell gefesselt war.

Nicht nur die Sozialdemokratie sondern ebenso die Abgeordneten und die Presse der meisten bürgerlichen Parteien haben ihrem Missbehagen über diese unbequeme und unwürdige Beschränkung des Parlaments offen Ausdruck gegeben, und man hätte annehmen sollen, dass der sozialdemokratische Antrag bei Interpellationen Beschlüsse zuzulassen im Handumdrehen angenommen sein würde. Aber das Verhalten auch der freisinnigen Parteien war von vornherein bedenklich. Während die Sozialdemokratie unter wohlwogener Zurückstellung weitergehender Forderungen ihre Aktion auf den einen wichtigsten Punkt konzentriert, verlangt der freisinnige Antrag Ablass der Geschäftsordnung des Reichstages einer durchgreifenden Reform zu unterziehen. An der Geschäftsordnung ist so viel zu reformieren, dass eine solche Arbeit Jahre in Anspruch nehmen würde. Wenn also hier die Verschleppung nicht die Absicht war, so würde sie jedenfalls der Erfolg sein. In der ersten Sitzung der Geschäftsordnungskommission kam der demokratische Abgeordnete Haussmann noch mit einem anderen Vorschlag heraus, der auch nicht gerade auf Beschleunigung abzielte. Er erklärte es für unerlässlich die Anwesenheit des Zentrumsabgeordneten Gröber abzuwarten, weil dieser zurzeit mit Reformarbeiten an der württembergischen Geschäftsordnung betraut und deshalb sehr gut informiert wäre. Der Sachkunde des Herrn Abgeordneten Gröber alle

Ehre; trotzdem vermag ich nicht einzusehen, weshalb ein Kollegium von 28 Mitgliedern nicht ohne ihn im stande gewesen wäre sich über die einfache Frage der Zulassung von Anträgen bei Interpellationen schlüssig zu machen. Man hätte die ganze Angelegenheit ohne Mühe noch vor den Weihnachtsferien nicht nur in der Kommission sondern im Plenum erledigen können; trotzdem vertagte sich die Kommission gegen den Widerspruch der Sozialdemokraten bis Mitte Januar.

Damit ist Gelegenheit für allerhand Quertreibereien gegeben, die um so gefährlicher werden nach Abflauen der ersten Entrüstung und Beschämung. Als bald geht auch der Herr von Zedlitz um, eine Erscheinung, die ein weiteres Zurückweichen des freisinnigen Flügels des Blocks ankündigen dürfte. Mit der Offenheit, die zu den Klugheiten dieses überaus gewandten Politikers gehört, sagt Herr von Zedlitz seinen Blockbrüdern, weshalb sie Anträge und Beschlüsse bei Interpellationen zu fürchten hätten. Die angefeindete Bestimmung der Geschäftsordnung hätte den Wert zu verhindern, dass »in der Erregung einer Interpellationsdebatte übereilte Beschlüsse gefasst würden«. Das heisst mit anderen Worten: Die Führer des Blocks befürchten, dass sie bei Interpellationen durch die Abstimmung über Anträge gezwungen werden könnten zu wichtigen politischen Fragen ernsthaft Stellung zu nehmen, wodurch freilich die innere Uneinigkeit des Blocks bei jeder Gelegenheit konstatiert werden könnte. Ein so gekünsteltes Gebilde wie der jetzige Block, den nur der negative Gedanke der Furcht vor der Sozialdemokratie zusammenhält, dessen beide Teile sich aber in einem unüberbrückbaren Gegensatz ihrer politischen Grundprinzipien befinden, muss in der Tat jeder offenen Aussprache ängstlich aus dem Wege gehen. Es ist selbstverständlich, dass auch Kombinationsmehrheiten von gesünderer Verfassung von ihren Gegnern durch *Tagesordnungen* in Verlegenheit gebracht werden können. In Frankreich ist das nicht selten. Hierbei aber grade zeigt sich, dass ein solcher Zwang häufiger deutlicher Stellungnahme zu den politischen Tagesfragen auch eine *verbundene Kraft* besitzt, insofern sie koalierte Parteien fortdauernd zwingt, um Störungen des politischen Lebens zu vermeiden, manche ihrer Einzelwünsche zurückzustellen. Parteien, die wenigstens für gewisse positive Forderungen in der selben Richtung arbeiten, sind wohl im stande sich bei solchen Gelegenheiten zu einer Mehrheit zusammenzuschliessen, Parteien, deren Grundüberzeugungen verschieden sind, können dadurch auseinandergerissen werden.

Herr von Zedlitz warnt also entschieden davor bei Interpellationen Anträge und Beschlüsse zuzulassen. Um aber das Dekorurn des Blocks als eines parlamentarischen Mehrheitsgebildes zu wahren und die liberalen Blockfreunde, die sich stark für parlamentarische Machterweiterung eingesetzt hatten, nicht allzusehr blosszustellen, wickelt er seine Ablehnung der nächsten und wertvollsten Reform in einen 4 Spalten langen Artikel ein, der von vorn bis hinten von billigem Lobe parlamentarischer Rechte trieft. Herr von Zedlitz versteigt sich sogar selbst zu einem Reformvorschlag, der freilich keine andere Bedeutung beanspruchen kann als dass er das allgemeine Verlangen nach einer Reform der Geschäftsordnung in Bahnen lenken soll, in denen es wirkungslos bleiben müsste.

Nach der jetzt geltenden Geschäftsordnung sind zwar Anträge und Beschlüsse bei Interpellationen untersagt, doch kann der Gegenstand der Interpellation in

Form eines besonderen Antrags weiter verfolgt werden. Diese besonderen Anträge haben aber als *Initiativanträge* nur den Anspruch in der Reihenfolge ihrer Einbringung verhandelt zu werden, und kommen deshalb nur dann an die Reihe, wenn gerade die Fraktion, die sie eingebracht hat, Anspruch auf einen sogenannten *Schwerinstag* hat. In der Regel kommt in jedem Winter jede Fraktion kaum einmal in diese Lage. Herr von Zedlitz will nun bestimmen, dass der Reichstag durch Zweidrittelmehrheit wichtigen Anträgen das »Recht der Dringlichkeit« zubilligen und sie ausser der Reihe herannehmen könne. Er behauptet, dass damit allen berechtigten Wünschen genügt und jeder Missbrauch unmöglich gemacht würde.

Wie würde eine solche Bestimmung im Falle der Kaiserinterpellation gewirkt haben? Die zweitägige Interpellationsdebatte wäre zunächst ebenso erfolglos ausgelaufen wie bisher, dann wäre ein besonderer Antrag eingebracht worden, vielleicht in Form eines Antrags auf Abänderung der Verfassung oder dergleichen. Darauf wäre eine Debatte über die Dringlichkeit dieses Antrags gefolgt, also rein über eine Formalfrage, und bei Bejahung der Dringlichkeit endlich am nächsten Schwerinstag die Verhandlung des Antrags selbst. Auch bei diesem Verfahren würde also der den Gegenstand der Interpellation betreffende Antrag erst wochenlang nach der Interpellation zur Beratung gekommen sein, ein Zustand genau so lächerlich und würdelos wie der heutige. Ja, diesmal ist es mit den Verfassungsanträgen sogar schneller gegangen, allerdings infolge des glücklichen Zufalls, dass von Anfang der Session her bereits Anträge auf Verstärkung der Ministerverantwortlichkeit vorlagen, und dass deshalb diese Anträge und auch spätere, die die selbe Materie betrafen, am nächsten Schwerinstag beraten werden konnten. Trotzdem wird kein Mensch behaupten können, dass diese Verhandlung nach 14 Tagen, so interessante Reden dabei gehalten worden sein mögen, im stande gewesen wäre den unangenehmen Eindruck zu verwischen, den der ergebnislose Ausgang der eigentlichen Interpellationsdebatte hervorgerufen hatte.

Der Zedlitzsche Vorschlag würde also bei den Beratungen vom November und Dezember 1908 gar nichts genützt haben. Er würde auch in anderen Fällen die Erörterung dringender Anträge keineswegs erleichtern. Eine Zweidrittelmehrheit, die Herr von Zedlitz für die Dringlichkeit erfordern will, ist im deutschen Reichstag nur sehr schwer zu stande zu bringen. Der konservativ-liberale Block verfügt bekanntlich nur über eine Mehrheit von 12 bis 15 Stimmen, wenn alle seine Bruchteile zusammenhalten. Jedenfalls kann der Zusammenschluss einiger grösserer Parteien bei durchschnittlich besetztem Hause immer die Bildung einer Zweidrittelmehrheit verhindern. Das Ergebnis des Zedlitzschen Vorschlages würde also sein, dass Anträge, die den Willen des Parlaments bei Gelegenheit von Interpellationen zum Ausdruck bringen sollten, stets erst wochenlang nachher, meist überhaupt nicht oder erst nach Monaten oder Jahren zur Beratung kommen würden. Damit wäre dem Parlament und dem Volk nicht geholfen, wäre nicht das geringste für eine Bildung parlamentarischen Willens und parlamentarischer Mehrheiten geschehen und die Macht des Parlaments in keiner Weise verstärkt.

Der Antrag bedeutet also nichts als eine *Scheinreform*. Ausserdem enthält er eine nicht unerhebliche Gefahr. Sollte sich — was freilich vorläufig wenig wahrscheinlich ist — eine Parteikoalition bilden, die über zwei Drittel

des Reichstags verfügte, so könnte sie ihren Initiativanträgen das Recht der Dringlichkeit verleihen und die Anträge der Opposition von der Beratung ausschliessen, nicht nur bei Interpellationen sondern überhaupt. Geht der Blockliberalismus auf den Vorschlag des Herrn von Zedlitz ein, so beweist er damit, dass es ihm nicht um Erringung parlamentarischer Rechte sondern lediglich um seine eigne Machtstellung zu tun ist.

XX
MAX SCHIPPEL · ÜBER DIE HANDELSPOLITISCHEN ENTSCHEIDUNGEN IN AMERIKA



RAGLOS keimt in unserer Partei immer stärker das Verständnis für handelspolitische Dinge auf, und dies findet, wenn auch langsam und mitunter verzweifelt schwerfällig, namentlich in einer mehr zutreffenden Beurteilung der Auslandsverhältnisse und Auslandsbestrebungen vielfach Ausdruck. Man kann sich auf die Dauer zum mindesten der einfachen Wahrnehmung nicht verschliessen, dass bald hier bald da, und zwar zum Teil gerade in den ökonomisch fortschrittlichsten Staaten und in den Ländern mit freier demokratischer Verfassung, überwältigende Mehrheiten den Freihandel längst verlassen haben und immer von neuem verprotektionistischen Bewegungen. Angesichts solcher Tatsachen kann man die Meinung kaum noch aufrecht erhalten, dass all diese Abirrungen nur von der international vorbildlichen deutschen Einsichtslosigkeit des Jahres 1879 herkommen, dass ohne den tonangebenden deutschen *Schweinepolitiker*, den Fürsten Bismarck, der international allgemeine Freihandel sich glatt durchgesetzt und unerschütterlich behauptet hätte. Man hat mehr und mehr einsehen gelernt, dass die ewig umwälzende Wirtschaftsentwicklung seit dem geschichtlich tief einschneidenden Ende der siebziger Jahre den Hereinbruch und die Ausbreitung einer das ganze kontinentale Europa erschütternden Agrarkrisis brachte, und dass wiederum diese Krisis, unvergleichlich schwerer und länger anhaltend als jede andere noch so verheerende Wirtschaftskrisis, durch den vollständigen Preiszusammenbruch der bisher massgebendsten agrarischen Erzeugnisse, vor allem des Getreides, gekennzeichnet war. Entsprechend dieser Hebung des geistigen Parteiniveaus verschwindet selbstverständlich die überkommene Meinung: nur aus der um sich greifenden Entmannung eines schwächlichen deutschen Bürgertums seien die kontinental-europäischen Agrarzölle erzeugt worden, seien, mit anderen Worten, die Versuche zu erklären die stürzenden Preise wieder emporzuziehen, in Deutschland, in Frankreich, in Italien, in Spanien und Portugal, zuletzt in der Schweiz, in Österreich-Ungarn Selbst unseren unverbesserlichsten Edelmarxisten paukt hier nach und nach die Zeit mancherlei zutreffende materialistische Geschichtsauffassung ein an Stelle der im Ernstfall und auf die Dauer stets versagenden Entrüstungsphantasien. Der unaufhaltsame Aufstieg der deutschen Arbeiterklasse vollzieht sich eben nicht nur in stufenweise höherer wirtschaftlicher Lebenshaltung sondern daneben in erster Linie in der ununterbrochenen Abstreifung rückständiger und irriger politischer Anschauungen. Dass uns das den Auslandsentwicklungen gegenüber meist früher und gründlicher gelingt, beruht einmal auf der deutschen politischen Eigenart in der Nähe alles verzerr-

ter und verschrobener zu erblicken als in der Ferne, andererseits auf der grösseren politischen Uninteressiertheit und Unparteilichkeit, mit der jedermann Auslandsereignisse auf sich wirken lassen kann.

Trotzdem wollen selbst hier die sonderbarsten optischen Täuschungen mitunter nur zögernd verschwinden. Als Beweis seien heute einige landläufige Presseurteile über die wieder einmal vielerörterte amerikanische Zollpolitik herausgegriffen.

Nach manchen früheren parteigenössischen Darstellungen mussten die deutschen Arbeiter allen Ernstes glauben, bis auf wenige Multimillionäre und ihre Kreaturen werde sich diesmal bei den Wahlen die ganze Bevölkerung der Vereinigten Staaten einmütig und entschlossen wie nur je ein Mann gegen die drüben herrschende, seit 1897 im Dingleytarif, diesem gesteigerten McKinleygesetz /1890/, verkörperte Zollpolitik erheben. Die allseitig verhassten Trusts sollten sich anerkanntermassen vorwiegend auf den Zöllen aufbauen. Die grundlegenden Unterschiede zwischen den beiden grossen wettringenden Parteien, den Demokraten und Republikanern, sollten nach wie vor durch die Stellungnahme zur Trust- und damit zur Zollfrage bedingt sein. Hier wäre also, sollte man schlussfolgern, der Mittelpunkt der wichtigsten und leidenschaftlich erregtesten Wahlentscheidungen eindeutig gegeben gewesen.

Wie ganz und gar anders sprechen bei näherem Zusehen die Tatsachen. Die demokratische Plattform und Agitation liess den Freihandel, wie ihn noch Cleveland, sehr zum Schaden seiner Partei, vertreten hatte, vollständig im Hintergrund; der bescheidene Zollreformer setzte sich an die Stelle des prinzipiellen Zollgegners, von dem manche deutsche Parteigenossen noch immer träumen, obwohl sie durch jahrzehntelange Erfahrungen gewitzigt sein könnten. Aber das Verhalten der bürgerlichen Oppositionspartei ist am Ende nebensächlich. Was dem Fass der seltsamen deutschen Einbildungen den Boden ausschlägt, ist vielmehr etwas ganz anderes. Auch in der ganzen, mehr als langatmigen und eingehenden *Social Democratic National Platform* von 1908 mit ökonomisch-historischer Einleitung, Allgemeinprogramm und speziellen wirtschaftlich-sozialen und politischen Forderungen finden sich zwar Nummer nach Nummer zahlreiche Wünsche für Arbeitslosenhilfe, für Verstaatlichung der grossen Verkehrsmittel und einzelner Industrien, für eine fortschrittliche Forst- und Rodenpolitik, für Press-, Versammlungs- und Religionsfreiheit, für kurze Arbeitszeit und wöchentlichen Ruhetag, für Fabrik- und Werkstätteninspektion, für Kinderschutz, für Arbeiterversicherung, für mehr direkte Steuern, für Wahlrechtserweiterung, für Abschaffung des Senats, des Vetorechts der Gerichte und des Präsidenten, für leichtere Verfassungsabänderungen, für Erziehung und Gesundheitspflege, für die Trennung des Arbeitsbureaus vom Handelsdepartement und noch vieles durchaus nicht Zukunftsstaatliche, Himmelstürmende mehr. Doch über die blutsaugerische Zollaussbeutung, über den fürchtbaren, atemraubenden Zollalp findet sich da auch nicht ein Wort. Wirklich nicht ein einziges Wort der Anklage und der Kritik, der Milderung und der Abhilfe? Ich lese das spaltenlange Schriftstück nochmals, erst im *Social Democratic Herald*, dann, um ganz sicher zu gehen, an anderer, der journalistischen Tageshast nicht ausgesetzter Stelle, in der *International Socialist Review*. Es bleibt immer und immer wieder dabei: Dutzende von kleinen Fragen und Forderungen reihen sich schier unerschöpflich an ein-

ander, nachdem die grossen Gesichtspunkte auf das eingehendste entwickelt sind; doch nicht ein Satz und nicht ein Wort gilt demjenigen politischen Problem, das der politischen Ungeschultheit so vieler reichsdeutscher Parteigenossen als die eine Haupt- und Kernfrage jedes amerikanischen Wahlkampfes erscheint. Wenn die amerikanischen Zölle in Wirklichkeit, wie bei uns so häufig zu lesen ist, lediglich einen drückenden, unerträglichen Alp für die Lohnarbeiterklasse bildeten, so musste jetzt, in der Zeit der Krisis, die Abschüttelung doppelt und dreifach als raschwirkende zeitweilige Erleichterung willkommen sein. Aber offenbar war die Arbeiterschaft, selbst die klassenbewussteste und aufgeklärteste, derart geteilter Meinung über die Zusammenhänge von Zoll und Produktionsgedeißen, dass man, um keinen Erisapfel unter die amerikanischen Arbeitermassen zu werfen, niemandem ein handelspolitisches Glaubensbekenntnis aufzunötigen gedachte. Es gab für die amerikanische Sozialdemokratie und die amerikanische Arbeiterbewegung überhaupt nur wichtigere und entscheidendere Fragen; die Zollfrage blieb die unwichtigste und gleichgültigste von allen; man kehrte ihr, als neutralem Gebiet, vorsichtigerweise den Rücken zu. Das mag manchem deutschen Leser nach früheren Berichten undenkbar scheinen. Aber es ist Tatsache.

Wenden wir uns nunmehr zu einigen anderen neulich wieder vielverbreiteten Zeitungsphantasieen über die vermeintlich gleichfalls unwiderstehlichen Rückwirkungen der deutschen Handelspolitik auf die Vereinigten Staaten. Aus ihren inneren Parteiverhältnissen heraus mögen die Vereinigten Staaten nur zu bescheidenen, zu überaus bescheidenen Zollreformen gelangen. Aber, versichert man uns, abermals mit der überlegenen Miene der Eingeweihten, wenn Deutschland — immer und immer wieder dieses eine Deutschland, dieser Mittelpunkt der ganzen internationalen politischen Welt — sich endlich einmal zu gründlichen Zollkonzessionen entschliesst, dann und dann erst fällt die überseeische Zollmauer haltlos in sich zusammen. Was alle Wahlen vorläufig nicht zu stande bringen werden, was auf praktisch absehbare Zeit keine demokratische Selbstregierung zu leisten vermag, das hat das schicksalsbegnadete Deutschland in den Händen. Hier braucht man nur zu wollen. Doch hier hapert es eben am meisten, an Einsicht wie an Willen.

Bei dieser zweiten gedankenlos gefälligen Wortemacherei sollte man zunächst eines bedenken. Würden die Vereinigten Staaten wirklich im Gegensatz zu ihrer ganzen festgewurzelten Vergangenheit und Gegenwart, ihre Zollpolitik so überwiegend auf den Export und nicht auf den unendlich bedeutsameren Innenmarkt zuschneiden, so würden sie zum mindesten nicht das eine Deutschland allein als bestimmenden Faktor in Rechnung setzen sondern ebenso gut die anderen europäischen wie nichteuropäischen Absatzstaaten. Dann müssten sie ihr Augenmerk jedoch in erster Linie diesen anderen Staaten widmen, denn deren gegen Amerika gerichteten Zölle sind, wie man in Amerika am besten weiss und sehr oft amtlich und ausseramtlich hervorgehoben hat, seit langem meist höher als die entsprechenden deutschen Zölle. Wenn Frankreich bereits seit dem Jahre 1894 den Kornzoll von 5,67 Mark (7,00 Francs für Weizen) hat, Italien seit 1894 den 6,07 Mark- ($7\frac{1}{2}$ Lire-) Zoll, wenn Österreich-Ungarn seine Getreidezölle zuletzt ungefähr mit Deutschland auf der selben Stufe zu halten suchte, wenn die Vieh- und Fleischzölle in vielen unserer Nachbarstaaten die deutschen Zoll- und Sperrmassregeln noch ganz ansehnlich

überbieten, warum soll Amerika diese schlimmeren und ebenso schlimmen anderen Länder ignorieren und seine Zollpolitik lediglich nach dem deutschen Verhalten bestimmen? Während des mit dem 30. Juni beendeten Fiskaljahres 1908 exportierte die Union Waren im Wert von 1860 Millionen Dollars. Davon gingen nur 276,9 Millionen nach Deutschland. Aber von diesem bereits verhältnismässig geringen Betrag hatten nochmals grosse Bruchteile mit der deutschen Schutzzollpolitik überhaupt nicht das geringste zu tun. Rund die volle Hälfte (135,6 Millionen Dollars) verrechnet sich beispielsweise auf den Rohbaumwollabsatz nach Deutschland, der stets zollfrei war und in absehbarer Zeit stets in Deutschland zollfrei bleiben wird: die Nichtbelastung der (nicht zum Teil im Inland selber gewonnenen) Industrierohstoffe ist bekanntlich seit Dezennien überall ein ganz unumstösslicher Grundsatz der modernen Schutzzollpolitik geworden.¹⁾ An diese in Deutschland von vornherein zollfreien Waren reihen sich als indifferent weiter alle diejenigen Exporte, deren Weltmarktpreis durch deutsche Zölle gar nicht oder höchstens fast unmerkbar beeinflusst wird, die also auf dem deutschen Markt jederzeit den normalen Weltmarktpreis plus den Zoll als Erlös bringen. Was soll sich der amerikanische Exporteur um solche indifferente Zölle sorgen, die er im deutschen Preise ebenso, hoch oder niedrig, einstreicht wie er sie an die deutschen Zollkassen, hoch oder niedrig, wieder abliefern muss? So oder so, die Zölle hoch oder niedrig gewählt, bleibt ihm als realer Ertrag stets und ständig der Weltmarktpreis, und unsere Parteihandelsreformer glauben uns ja sogar bewiesen zu haben, dass dieser Ausgleich von Verlust und Gewinn geradezu für alle Agrarerzeugnisse des Auslandes zutrifft. Wo bleibt alsdann vollends das ungeheure amerikanische Exportinteresse, das bis zum Bruch mit der ganzen handelspolitischen Vergangenheit, bis zur Abtragung der eigenen Zollmauern in der Union vorwärtstreiben könnte und müsste?

Indes brauchen wir uns gar nicht in solche, immerhin strittige Abschätzungen zu verlieren. Die Erfahrung ermöglicht uns längst die Probe auf das scheinbar so einfache Exempel *Europäischer Zollverzicht gleich amerikanischer Zollabschaffung* so eindrucksvoll wie nur möglich zu machen. Und zwar bei einem Land, das für die amerikanische Ausfuhr noch einen ganz anderen Rang beansprucht als das Deutsche Reich. Nach England gingen nämlich 1908 nicht bloss für 276,9 Millionen Dollars amerikanische Waren sondern weit über das Doppelte, nämlich für 580,66 Millionen Dollars; alles zollfrei: für 27,35 Millionen Dollars Rinder, für 11,88 Millionen Dollars Mais, für 42,72 Millionen Dollars Weizen, für 27,40 Millionen Dollars Weizenmehl, für 172,16 Millionen Dollars Rohbaumwolle, für 4,72 Millionen Dollars Obst und Nüsse, für 2,82 Millionen Dollars Hopfen, für 19,83 Millionen Dollars frisches Rindfleisch neben 1,62 Millionen Dollars Büchsenrindfleisch, für 20,64 Millionen Dollars Speck, für 22,08 Millionen Dollars Schinken, für 18,60 Millionen Dollars Schmalz, für 10,88 Millionen Dollars Petroleum, für 6,68 Millionen Dollars und 7,09 Millionen Dollars rohes und zubereitetes Holz usw. usw. Wie gesagt, alles dies wurde von England zollfrei eingelassen, und dieser Absatz nach England fällt mit seinen 580 $\frac{2}{3}$ Millionen Dollars für Amerika ganz

¹⁾ »Man begreift daher die grosse Wichtigkeit, für die Industrie, von Aufhebung oder Ermässigung der Zölle auf Rohstoffe; diese möglichst frei hereinzulassen war daher schon Hauptlehre des rationeller entwickelten Schutzzollsystems.« (Marx *Das Kapital*, 3. Band, 1. Teil /Hamburg 1894/, S. 83).

anders in die Wagschale als der Absatz nach Deutschland mit seinen knapp 277 Millionen. Vor diesem englischen Freihandel mussten sich also erst recht alle überseeischen Zollmauern grüssend senken? Ach nein, die ganze, schnöde undankbare amerikanische Zollpolitik ist in erster Linie gegen die englischen Einfuhren zugeschnitten, weil . . ., ja, weil man der Sicherung und Erweiterung des Inlandsabsatzes einen ganz anderen Rang beimisst als allem Export nach dem Ausland. Und jeder, der sich mit der amerikanischen Wirtschaftsstruktur einigermassen vertraut gemacht hat, wird diesen einen Grundzug, bei allen Einwänden gegen die schreienden Auswüchse in der Durchführung, schliesslich nur billigen können. Der amerikanische Export, soweit er Industrierohstoffe liefert, ist im wesentlichen nirgends durch Zölle irgendwie belästigt. Für einen weiteren grossen Teil des Exportes sind Zölle ziemlich indifferent. Die Interessen an dem verbleibenden, durch Auslandszölle ernstlicher zu beeinflussenden Export werden naturgemäss stets weit zurückbleiben hinter den Interessen der amerikanischen Produzenten, Unternehmer wie Arbeiter, am heimischen Markt. Daran scheitern alle die naiven Milchmädchenberechnungen, wie sie von einigen Handelspolitikern unserer Parteipresse aus ein paar spielend einfachen Voraussetzungen und ohne jede Kenntnis der allerdings schwerfälligen Tatsachen von Zeit zu Zeit aufgemacht werden. Es wäre bereits sehr viel erreicht, wenn sich die Amerikaner im nächsten Jahrzehnt überhaupt erstmals zu Tarifbindungen entschliessen, das heisst zum Verzicht auf beliebige neue Zolländerungen in der Zukunft, während sie bisher jedwede Eingliederung in das Tarifvertragssystem zu gunsten ihrer unbeschränkten Zollautonomie rundweg ablehnten.

Soweit aber, was keineswegs ausgeschlossen ist, die Vereinigten Staaten im Interesse ihres Exports künftig zu einem Doppeltarif übergehen werden sie wahrscheinlich viel weniger die Wege Deutschlands als die Frankreichs wandeln. Der Unterschied liegt bekanntlich in folgendem. Das deutsche, nach dieser Richtung das liberalste, Handelsvertragssystem setzt die niederen Zölle neben den gesetzlichen Generaltarifzöllen durch internationale Verhandlungen und Verträge fest (Weizen beispielsweise durch deutsches Gesetz im Generaltarif 7,50 Mark Zoll, durch Verhandlungen und Verträge mit Russland und anderen Staaten 5,50 Mark Vertragszoll). Das französische System sucht beide Zollreihen autonom, also in einem gesetzlichen Maximal- und einem gesetzlichen Minimalbetrag, zu fixieren; auf entgegenkommende und meistbegünstigte Staaten wendet Frankreich alsdann die derart selber geschaffene Minimalreihe an, auf handelsfeindliche Staaten die Maximalreihe. In der Praxis hat zwar dieses auf den ersten Blick so grundeinfache Vorgehen vielfach als ungenügend und mitunter als geradezu friedengefährdend versagt. Die handelspolitischen Sachverständigen des Washingtoner Handelsamtes geben sich über die grössere Beweglichkeit und Zweckdienlichkeit des deutschen Verhandlungsverfahrens auch gar keiner Täuschung hin. Aber sie müssen wiederum mit anderen, für uns ziemlich unbekanntem innerpolitischen Schwierigkeiten bei der Übertragung auf Amerika rechnen.²⁾ Kaum irgendwo begegnet die Ratifizierung eines verwickelteren internationalen Abkommens so vielen Hemmnissen wie in den Vereinigten Staaten; die zahllosen unerledig-

²⁾ *The Double Tariff System*, bearbeitet von N. I. Stone, Tarifexperten beim Handels- und Arbeitsamt in Washington, in den Publikationen der *Amerikanischen Akademie für politische und soziale Wissenschaften*, Nr. 535, orientiert vielleicht am besten über diese Auffassung.

ten Verträge würden in der Tat in Washington einen stattlichen Berg von Makulatur bilden können. Die eigentliche vertragschliessende Macht ruht nämlich im Senat, also in demjenigen Zweig der gesetzgebenden Körperschaften, der sich in seinem Mitgliederbestand am zähesten hält, und der deshalb von den neuen Strömungen in der öffentlichen Meinung am langsamsten und schwächsten beeinflusst wird. Nun gehört jedoch zur Vertragsgenehmigung sogar eine Zweidrittelmehrheit dieses Oberhauses. Ferner hat ein eigentlicher Zollvertrag, ein Tarifabkommen im deutsch-europäischen Wortsinne, die weitere Eigentümlichkeit, dass er die Bundeseinnahmen berührt, und Hüter des Budgetrechts und letzte Instanz für alle Massnahmen mit finanziellen Folgewirkungen ist das Unterhaus, dessen Zustimmung demnach noch neben der Zweidrittelgenehmigung seitens des Senats einzuholen wäre. Die weiterblickenden amerikanischen Handelsvertragsfreunde — und es sind deren bisher noch kaum allzu viele — streben deshalb auf ein umgemodeltes französisches Doppelsystem hin. Die Gesetzgebung, der Kongress, soll die beiden Zollreihen, nach unten hin für die freundliche, nach oben hin für die unfreundliche Behandlung der Auslandsstaaten begrenzen. Aber innerhalb dieses alsdann gegebenen Spielraums soll der Exekutive, der Regierung, Vollmacht zu internationalen Verhandlungen und Vereinbarungen gegeben werden, und den Niederschlag dieser Verständigungen könnte, wie man weiter zu regeln vorschlägt, der Präsident einfach durch Proklamation in Kraft setzen. Die im voraus bestimmende und begrenzende Gesetzesvollmacht wäre, etwa analog der keimartig unentwickelten Sektion 3 der Dingleyakte³⁾, durch einfache Mehrheiten in jedem der beiden Häuser des Kongresses zu erzielen; alles Weitere bliebe der Regierung, deren diplomatischem Geschick und deren praktischem Sinn für das vom Ausland Erreichbare und das für den Export Wichtigste überlassen. Die Tarifplanke der republikanischen Plattform steuert in der Tat auf ein ähnliches Ziel hin. Der Vollständigkeit wegen seien bei dieser Gelegenheit auch die Eingangsworte des Chicagoer Zollprogramms mitgeteilt:

»Die republikanische Partei erklärt sich unzweideutig für die Revision des Tarifes in einer besonderen Sitzung des Kongresses, die unmittelbar nach dem Amtsantritt des nächsten Präsidenten stattfinden soll, und sie empfiehlt die Vorbereitungen dazu, die die mit dieser Arbeit betrauten Parlamentsausschüsse bereits getroffen haben, einer Prüfung zu unterziehen. In der Tarifgesetzgebung ist das Schutzprinzip durch Auferlegung solcher Zölle aufrechtzuerhalten, die gleich sind dem Unterschied in den Produktionskosten hier und ausserhalb zuzüglich eines anständigen Nutzens für die amerikanischen Industrien. Wir befürworten die Einführung von Maximal- und Minimalraten, die vom Präsidenten unter bestimmten vom Gesetz festgelegten Beschränkungen anzuwenden sind. Die Maximalraten sollen auf Länder angewendet werden, die amerikanischen Gütern nicht das Meistbegünstigungsrecht zugestehen, das Minimum soll Normalzoll sein. Ziel und

³⁾ Sektion 3 des Dingleygesetzes lautet in den hierhergehörigen Grundzügen: »Um den Handel mit fremden Staaten gerechter zu gestalten [for equalizing] . . . wird der Präsident ermächtigt . . . mit den Regierungen solcher Staaten in Verhandlungen einzutreten . . . zum Zweck des Abschlusses von Handelsabkommen . . . Falls die Regierung eines solchen Landes . . . Zugeständnisse zu gunsten der Erzeugnisse oder Fabrikate der Vereinigten Staaten machen sollte, die nach Ansicht des Präsidenten gegenseitig und gleichwertig sind, so ist der Präsident ermächtigt . . . durch Proklamation die Erhebung der in diesem Gesetz erwähnten [Maximal- oder General-] Zölle . . . ausser Kraft zu setzen und sollen alsdann von den genannten Artikeln folgende [Minimal- oder Vertrags-] Zölle erhoben werden: . . . « Die herzlich unbedeutende Warenaufzählung, gewissermassen die embryonale Doppeltarifbestimmung des damaligen Gesetzes (Weinstein, Brantwein, Weine, Werke der bildenden Kunst) würde sich natürlich zu einer umfassenden Liste erweitern müssen. Anders aufgebaut ist die (erloschene) Sektion 4 des Dingleygesetzes. Hier ist Ratifizierung seitens des Senates und Genehmigung seitens des Kongresses vorbehalten.

Zweck der republikanischen Partei ist, ohne übermäßige Zölle, den amerikanischen Fabrikanten und Landwirten den ihnen zustehenden Schutz gegen fremde Konkurrenz angedeihen zu lassen.

Bis jetzt war, seit einem Menschenalter, Deutschland der einzige europäische Staat, der in Washington einige bescheidene handelspolitische Erfolge erzielte. Das vorjährige deutsch-amerikanische Abkommen mit seinen Erleichterungen der Zollverwaltung, vor allem des Wertabschätzungsverfahrens, ist erst allmählich und ziemlich widerstrebend auf England und andere Länder ausgedehnt worden. Während wir in der Periode der Caprivischen Handelsverträge — auch das scheint manchem unserer Parteihandelspolitiker ganz fremd geblieben zu sein — trotz unserer deutschen Zollherabsetzungen die vollen McKinley- und die noch höheren Dingley zölle tragen mussten und zudem aus den Konflikten wegen der Zuckerzölle nicht herauskamen, haben wir im Vorjahr, trotz unserer eigenen Zollerhöhungen vom Jahre 1906, zwar die Dingley zölle weiter wie vormals tragen müssen, aber immerhin manche anderen nicht unwichtigen Verkehrs-erleichterungen durchgesetzt.

Für amerikanische Verhältnisse hat nunmehr der Dingley tarif schon sehr lange stand gehalten. Wenn jetzt vieles wieder in Fluss kommen sollte, so ist es gewiss nur recht und billig, dass auch die reichsdeutsche Arbeiterpresse ihre Leser über die Lage der Dinge in Amerika zu unterrichten sucht. Jedoch mit Hirnwebereien über die Tiefe und Allmacht des in Amerika sich vollziehenden handelspolitischen Umschlags und über die Leichtigkeit von aussen her diesem innerpolitischen Umschlag zur letzten unaufhaltsamen Vollendung zu verhelfen richtet man, wie mit allen den Tatsachen nicht entsprechenden Einbildungen, mehr Schaden als Nutzen an.

XX

WILHELM SCHRÖDER · STAATSSOZIALISMUS UND SOZIALDEMOKRATIE

ZWEI von einander abweichende Wege sind es, auf denen heute die Anhänger unserer Partei ihr Ziel, die sozialistische Gesellschaft, erreichen wollen. Der eine dieser Wege ist im Erfurter Programm verzeichnet. Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Klasse ist danach notwendigerweise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Übergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein. Die Partei tritt mit einem fertigen Programm, einem Kriegsplan und Organisationsplan im Kopf, vor die Öffentlichkeit, sucht die Massen von der logischen Folgerichtigkeit und wirtschaftlichen Unabwendbarkeit ihrer letzten Ziele zu überzeugen, sucht eine Kategorie der Ausgebeuteten und Unterdrückten nach der ändern sozialistisch zu *verseuchen*, wie es im Jargon unserer Gegner heisst, und greift im geeigneten Augenblick zu, um die Expropriateure zu expropriieren und an die Stelle des kapitalistischen Staates die sozialistische Gesellschaft zu setzen. Vorher hat bekanntlich je ein Kapitalist viele totgeschlagen, hat sich Hand in Hand mit der Expropriation vieler Kapitalisten durch wenige die kooperative Form des Arbeitsprozesses auf stets wachsender Stufenleiter usw. entwickelt.

Mit der beständig abnehmenden Zahl der Kapitalmagnaten, die alle Vorteile dieses Umwandlungsprozesses usurpieren und monopolisieren, ist die Masse des Elends, des Drucks, der Knechtschaft, der Entartung, der Ausbeutung, aber auch der Empörung der stets anschwellenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschulten, vereinten und organisierten Arbeiterklasse gewachsen. Das dann notwendige Sprengen der kapitalistischen Hülle wird als die letzte revolutionäre und jedenfalls mit einer gewissen Plötzlichkeit zu vollziehende politische Tat des bis dahin geknechtet gewesenen Proletariats gedacht. Es wird nicht verkannt, dass dieser Weg zur Emanzipation völlig von dem Wege abweicht, den in früheren Geschichtsperioden unterdrückte und minderberechtigte Bevölkerungsschichten zur Befreiung und Herrschaftsetablierung einschlagen mussten. Auf dem Erfurter Parteitag /1891/ führte Bebel aus:

»Indem wir danach streben die kapitalistische Produktionsweise zu beseitigen und die sozialistische an ihre Stelle zu setzen, sind wir genötigt einen ganz andern Weg als alle früheren Klassen, die zur Herrschaft kamen, einzuschlagen. Bisher zeigt uns alle menschliche Entwicklung, dass eine Klasse erst in dem Augenblick zur politischen Herrschaft im Staate gelangte, wo sie die Herrschaft über die neue Produktionsweise, den materiellen Machtbesitz erlangt hatte. Bei uns handelt es sich um etwas ganz Entgegengesetztes. Wir sind nicht in der Lage die Herrschaft der Arbeiterklasse zu errichten auf der Gewinnung der ökonomischen Macht, wir müssen zum umgekehrten Mittel greifen. In erster Linie haben wir die politische Macht zu erobern und diese zu benutzen, um auch die ökonomische Macht durch die Expropriation der bürgerlichen Gesellschaft zu erreichen. Ist die politische Macht in unseren Händen, so findet sich das Weitere von selbst.«

Diese Richtung in der Partei schloss die unmittelbar auf Erringung wirtschaftlicher Vorteile abzielenden Organisationsbestrebungen des Proletariats zwar keineswegs aus, mass ihnen jedoch für den Entscheidungskampf nur eine sekundäre und für den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft überhaupt keine Bedeutung bei. Noch 1892 meinte ein so bedeutender Kopf wie Auer:

»In unserer Literatur ist trefflich dargestellt, dass das Personal, die Einrichtung und die Vorbedingungen zur Errichtung des sozialistischen Gemeinwesens uns von der bürgerlichen Gesellschaft in ihrer Entwicklung selber geliefert werden muss. Und sie liefert sie uns, darüber ist kein Zweifel. Wir brauchen nicht die leiseste Sorge darum zu haben, dass an dem Tage, wo wir in der Lage sind die Einrichtungen zu treffen, auch das Personal vorhanden ist, welches diese Funktionen in der neuen Gesellschaftsform ausüben wird.«

Etwaige Leiter proletarischer Genossenschaften, »die in dieser Eigenschaft gar nichts kennen lernen als den Jammer und die Sorgen, welche heute jeder Unternehmer mit geringen Betriebsmitteln hat,« würden von den Erfahrungen, die sie auf diesem Posten zu sammeln im stande waren, »nachher gar keinen Gebrauch machen können«.

Andere Sozialdemokraten dachten anders oder lernten allmählich anders denken. Wenn sie auch annehmen mochten, dass die genialen, mit Scharfblick begabten Organisatoren und Direktoren grosskapitalistischer Industrieunternehmungen sich schon um deswillen in die neue, sozialistische Organisation der Gesellschaft fügen würden, weil ihnen am Ende nichts anderes übrig bliebe, so glaubten sie doch des Sprichworts gedenken zu müssen, dass doppelt genäht besser hält. Diese Parteigenossen kamen weiter zu Zweifeln darüber, ob die Expropriation der Expropriateure und die Etablierung der sozialistischen Gesellschaft wirklich das Werk eines grossen entscheidenden Augenblicks sein werde, und ob die Resignation, die auf die Gewinnung der ökonomischen Macht

verzichtet, wirklich einer Gesellschaftsschicht zieme, die die grösste Tat der Weltgeschichte zu vollführen sich anschickt. Man erwog auf dieser Seite, dass die Etablierung eines politisch neuen Zustandes zwar recht oft das Werk eines kurzen, grossen Augenblicks war, dass dagegen die wirtschaftliche Revolution, die einer politischen Revolution als Grundlage diente, sozusagen unmerkbar vor sich ging und zum mindesten nicht durch Gewaltakt, Dekret oder Diktatur von einem Augenblick zum andern eingeführt wurde. Die Vernichtung des Kleinbetriebs durch den Grossbetrieb, die Herrschaft des Dampfes, der Elektrizität, die grossen Verkehrsumwälzungen, überhaupt alle Erscheinungen, ohne die der moderne grosskapitalistische Betrieb nicht denkbar ist, kamen gewiss unter furchtbar schmerzhaften Zuckungen ihrer Opfer, aber doch erst im Lauf mancher Jahrzehnte, und unter keinerlei gewaltsamem Bruch des alten Rechts sondern im Gegenteil vollkommen unter dem Schutz der von den Hütern der alten politischen Ordnung gegebenen Gesetze. Durch diese wirtschaftliche Förderung des neu sich bildenden Zustandes wurden die Interessenten der alten politischen Ordnung ihre eigenen Totengräber; indem sie notgedrungen ihren Erben und Widersachern zur wirtschaftlichen Macht verhelfen oder doch zum mindesten machtlos zusehen mussten, wie diese wirtschaftliche Macht sich herausbildete, bewirkten sie, dass die Träger der neuen wirtschaftlichen Ordnung sich durch Gewaltstrieche die politische Macht nehmen konnten, wenn diese ihnen kurzsichtigerweise vorenthalten wurde. Nun aber sollte diese Erfahrung für das Proletariat keine Geltung haben? Sollte im Gegenteil, die Masse des Elends, des Drucks, der Knechtschaft, der Entartung, der Ausbeutung unter den zur Errichtung der neuen Gesellschaft bestimmten Gesellschaftsschichten ständig wachsen? Das musste ein Irrtum, eine Unmöglichkeit sein. Man sah hier, wie allgemach das Proletariat sich organisierte, anfänglich zur Abwehr kapitalistischer Übergriffe, dann aber zur Erringung positiver wirtschaftlicher Vorteile. Man sah, wie Staat und Kapitalisten diese Organisationen mit allen möglichen und unmöglichen Mitteln zu ertöten suchten, wie die Organisationen sich aber dennoch festigten und zu solcher Stärke gediehen, dass Staat und Kapitalisten sie als gegeben hinnehmen und mit ihrer Existenz rechnen mussten. Das in unsern Reihen früher so sehr beliebte Schlagwort von der Nutzlosigkeit proletarischer Emanzipationsbestrebungen im Gegenwartsstaat verlor seine Geltung als man erkannte, dass nicht allein die politische sondern auch die gewerkschaftliche und die wirtschaftsgenossenschaftliche Organisation des Proletariats allen Verfolgungen wunderbar stand hielt. Diese Tatsache brachte unter uns den einen früher und den andern später zu der Erkenntnis, dass die drei Arten der proletarischen Organisation gleichberechtigt sein müssten, weil sie alle drei als gleich notwendige Waffen im Emanzipationskampf dienen könnten. Käme, so sagte man sich, in absehbarer Zeit für das Proletariat die Gelegenheit diktatorische Gewalt auszuüben, so könnte es wohl politische Vorteile erringen, doch wäre jeder Versuch den kommunistischen Idealstaat aufzurichten eine Torheit, deren Fiasko die Entwicklung der Menschheit empfindlicher schädigen und aufhalten würde als die Niederschlagung eines Arbeiteraufstandes selbst. Es ist nicht sehr weit von dieser Erkenntnis bis zu der Einsicht, dass möglicherweise politische Revolutionen hinfort so gut wie ehemals als eine plötzliche Windsbraut durch die Lande fegen könnten, dass aber die wirtschaftliche Revolution, die in der Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln in gesellschaft-

liches Eigentum, in der Umwandlung der Warenproduktion in eine sozialistische Produktion liegt, notwendigerweise ebenso sehr ein Vorgang allmählicher Entwicklung sein muss wie ehemals die Umwandlung des auf eigener Arbeit der Individuen beruhenden zersplitterten Privateigentums in kapitalistisches. Mag dieser Prozess auch ungleich langsamer vor sich gegangen sein als jener vor sich gehen wird oder vielmehr in der Gegenwart schon vor sich geht.

Diese neue Anschauung in der Partei will den Satz unseres Programms, dass der Kampf der Arbeiterklasse notwendigerweise ein politischer Kampf ist, erweitert wissen. Sie lässt die Bedeutung des politischen Kampfes durchaus gelten, misst aber dem wirtschaftlichen Kampf, auch wenn er gar nichts programmsozialistisches an sich hat, nicht allein die selbe Bedeutung bei wie dem politischen sondern lässt die wirtschaftliche Macht, die der wirtschaftliche Kampf der Arbeiterschaft unzweifelhaft in immer stärkerer Masse bringen muss, mehr und mehr zur Grundlage der auf politischem Wege zu erreichenden Erfolge werden. Grundgedanke hierbei ist, dass eine wirtschaftliche Umwälzung wie die von der kapitalistischen zur sozialistischen Produktionsweise unmöglich das Werk eines kurzen Zeitraums sein und auch nicht durch die Diktatur des Proletariats dekretiert werden kann, sondern dass die sozialistische Gesellschaft vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht sich nicht anders als durch allmähliches organisches Wachstum aus der kapitalistischen Gesellschaft herausbilden wird, und dass unerlässliche Bedingung der Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Produktionsweise eine wirtschaftliche Erstarkung des politisch, gewerkschaftlich und wirtschaftsgenossenschaftlich organisierten Proletariats im Kapitalistenstaat ist, mit dem Ziel, dass die Interessenten des Kapitalismus bei dessen Lebzeiten allmählich vor diesem erstarkten Proletariat kapitulieren müssen.

Angesichts einer solchen Umwandlung ist die Frage von wesentlicher Bedeutung, welche Stellung das sozialistisch geschulte Proletariat den staatssozialistischen Bestrebungen gegenüber einzunehmen hat. Der Form nach gilt für die Stellung der Sozialdemokratie zum Staatssozialismus die folgende, vom Berliner Parteitag /1892/ beschlossene Resolution:

•Die Sozialdemokratie hat mit dem sogenannten *Staatssozialismus* nichts gemein. Der sogenannte *Staatssozialismus*, insoweit er auf die Verstaatlichung zu fiskalischen Zwecken hinzielt, will den Staat an die Stelle der Privatkapitalisten setzen und ihm die Macht geben dem arbeitenden Volk das Doppeljoch der ökonomischen Ausbeutung und der politischen Sklaverei aufzuerlegen. Der sogenannte *Staatssozialismus*, insoweit er sich mit Sozialreform oder Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen beschäftigt, ist ein System von Halbheiten, das seine Entstehung der Furcht vor der Sozialdemokratie verdankt. Er bezweckt durch kleine Konzessionen und allerlei Palliativmittel die Arbeiterklasse der Sozialdemokratie zu entfremden und diese dadurch zu lähmen. Die Sozialdemokratie hat nie verschmäht solche staatliche Massregeln zu fordern oder, falls von anderer Seite vorgeschlagen, zu billigen, welche eine Hebung der Lage der Arbeiterklasse unter dem gegenwärtigen Wirtschaftssystem herbeiführen könnten. Sie betrachtet solche Massregeln aber nur als kleine Abschlagszahlungen, die ihr Streben nach der sozialistischen Neugestaltung des Staates und der Gesellschaft in keiner Weise beirren. Die Sozialdemokratie ist ihrem Wesen nach revolutionär, der Staatssozialismus konservativ. Sozialdemokratie und Staatssozialismus sind unversöhnliche Gegensätze.

Neben Liebknecht hatte von Vollmar die Resolution dem Parteitag vorgelegt und durch diese Tat dazu beigetragen, dass der bekannte Parteizwist einem versöhnlichen Ende entgegengeführt wurde, der aus Anlass einer für

staatssozialistisch gehaltenen Veröffentlichung von Vollmars in einer französischen Zeitschrift entstanden war und sich im Laufe einiger Monate recht scharf zugespitzt hatte. In seiner aufklärenden Broschüre *Über Staatssozialismus*, die 1892 erschien, brachte Vollmar sehr beweiskräftiges Material dafür herbei, dass weite, bis dahin für gut revolutionär gehaltene Parteikreise sich mächtig gegen die in der Resolution aufgestellten Grundsätze versündigt hatten. So wollte der Kongress der *Internationalen* zu Brüssel 1868 Gruben, Bergwerke, Verkehrsmittel und Grund und Boden in gemeinsames Staatseigentum überführt wissen. Ebenso forderte der Kongress der sozialdemokratischen Arbeiterpartei 1870 als Zusatz zu dem Brüsseler Beschluss »als Übergangsstadium von der Privatbewirtschaftung des Ackerlandes zur genossenschaftlichen Bewirtschaftung mit den Staatsdomänen, Schatullengütern, Fideikommissen, Kirchengütern, Gemeindeländereien, Bergwerken, Eisenbahnen usw.« zu beginnen; der Kongress erklärte sich deshalb gegen jede Verwandlung des oben angeführten Staats- und Gemeindebesitzes in Privatbesitz. Weiter führte Vollmar Beispiele in grosser Zahl dafür an, dass es sich bei diesen Beschlüssen keineswegs um alte und überholte Zeiten und Standpunkte der Partei gehandelt habe sondern dass auch später von der Partei zu gunsten der Verstaatlichungs-idee gewirkt worden sei.

Mittlerweile hielt speziell der preussische Staat es mehr und mehr für seine Pflicht der Sozialdemokratie in jeder Hinsicht ein Eintreten für den Verstaatlichungsgedanken unmöglich zu machen. Es war zunächst das Streben dieses Staates den Privatkapitalisten als Muster in der Ausnutzung der Arbeitskraft voranzuleuchten. Mit peinlicher Gewissenhaftigkeit hielt er darauf den von ihm ausgenutzten Arbeitern niedrigere Löhne zu zahlen als unter gleichen Umständen der Privatkapitalist. So lehrt zum Beispiel die Statistik, dass die Bergarbeiterlöhne in den Privatgruben des Ruhrreviers durchweg um etwa 10 % höher sind als in den Staatsgruben des Saarreviers. Nach den Februarerlassen von 1890 sollten bekanntlich die staatlichen Bergwerke, was die Fürsorge für die Arbeiter anlangt, zu Musteranstalten entwickelt werden; diese Entwicklung verstanden die verantwortlichen Leiter der staatlichen Bergwerke dahin, dass sie den Arbeitern die Ausübung des gesetzlich garantierten Koalitionsrechts unmöglich zu machen suchten und sie, wie der Prozess Krämer im Juni 1904 lehrte, auch politisch vergewaltigten. Diesen Staatsarbeitern wurde, wie der Bergrat Hillger in der Verhandlung gestand, das Lesen ihm nicht passender Lektüre untersagt; und in die verpönte Lektüre waren nicht allein sozialdemokratische sondern auch Zentrumsblätter einbegriffen. Die Bergbeamten führten 1898 die Bergleute in Trupps zur Reichstagswahl und achteten durch eine terroristische Kontrolle darauf, dass sie nicht für den Zentrumsmann sondern für den der Regierung genehmen nationalliberalen Kandidaten stimmten. Diese Unterdrückung der im Staatsdienst tätigen Arbeiter bildet in Preussen die Regel: Wer sich als Eisenbahnarbeiter nach seinem Gusto politisch oder gewerkschaftlich organisiert, wer ein sozialdemokratisches Blatt liest, wer bei den Wahlen zum Landtag oder zur Stadtverordnetenversammlung für den sozialdemokratischen Kandidaten stimmt, wird, wenn dies zur Kenntnis der Vorgesetzten kommt, ohne Gnade und Barmherzigkeit aus Lohn und Brot getrieben. Eine derartige Politik kann einen vorurteilsfreien Beobachter auf den Gedanken bringen, dass der Staat als seine Hauptaufgabe die Erhaltung

des Privatkapitalismus betrachtet und in diesem Trachten gewissenhaft darauf ausgeht der Welt die Minderwertigkeit und Verderblichkeit einer Verstärkung staatlicher Machtmittel zu demonstrieren. Tatsächlich hat der Geist, der in diesem Streben zum Ausdruck kam, dann ja auch erreicht, dass die an der Erhaltung des Privatkapitalismus interessierten Parteien den Verstaatlichungsgedanken nicht entfernt so bedenklich finden wie die sozialdemokratische, die in früheren Tagen staatssozialistischen Forderungen sehr weit entgegen kam.

Aber es fragt sich, ob diese Rückständigkeit der preussischen Regierung für uns Sozialdemokraten ein dauernder Grund zur Feindschaft gegen den staatssozialistischen Gedanken sein kann. Nicht gegen den sogenannten *Staatssozialismus* im Sinne der kleinen Konzessionen, die ja auch nach der 1892er Resolution zu akzeptieren sind, sondern im Sinne des Verstaatlichungsstrebens. Es wird so mancherlei Zukunftsmusik getrieben, und daher mag es auch nur gestattet sein diese Frage in Kürze zu variieren. Wie nach einer hübschen Marxschen Note das Individuum *A* nur so lange König ist als das Individuum *B* sich zu ihm in der Eigenschaft des Untertanen verhält, so kann auch der Staat sich nur so lange in der Rolle des Unterdrückers gefallen als er sich Leuten gegenüber sieht, die sich die Unterdrückung gefallen lassen. Ein Verdienst der Sozialdemokratie im Gegenwartsstaat ist es, dass sie die Bevölkerung mit dem Geist der Auflehnung gegen jegliche Unterdrückung erfüllt und nicht zum wenigsten dafür sorgt, dass die grosse Masse der im Staatsdienst tätigen Arbeiter der hier geübten Bevormundung müde werde. Der Staat verbietet *seinem* Arbeiter die Zugehörigkeit zu einer freien Gewerkschaft oder zu einem sozialdemokratischen Wahlverein; die Sozialdemokratie belehrt diese Arbeiter darüber, wie unwürdig es ist sich diese gegen den Geist der Gesetze verstossende Verbote gefallen zu lassen. Mag heute auch noch der Druck des Staates auf die von ihm beschäftigten Arbeiter so stark sein, dass nur wenige von ihnen und diese wenigen auch nur geheim dem staatlichen Verbot entgegen ihre Organisationspflicht zu erfüllen wagen, so darf die Sozialdemokratie doch keinen Augenblick darüber im Zweifel sein, dass allen Organisationsverboten zum Trotz die Staatsarbeiter eines Tages ebenso pflichtbewusst organisiert sein werden wie heute schon ein beträchtlicher Teil der bei Privatkapitalisten beschäftigten Arbeiter. Den Willen die Arbeiter an der Ausübung ihrer Organisationspflicht zu hindern brachten die Privatkapitalisten ehemals so gut zum Ausdruck wie der Staat; wenn dies heute anders geworden ist und der organisierte Privatkapitalismus zu einem nicht unwesentlichen Teil mit den gewerkschaftlichen Organisationen als mit einem gleichberechtigten Machtfaktor rechnen muss, so liegt das mit daran, dass die Arbeiter der privaten Unternehmerrdreistigkeit früher begegnen konnten als der staatlichen. Wer als Sozialdemokrat glaubt, dass die im Staatsdienst tätigen Arbeiter sich von Generation zu Generation vor den Übergriffen des starken Arbeitgebers ducken werden, der mag grundsätzlich den staatssozialistischen Gedanken verpönen. Wer jedoch die Zuversicht hegt, dass in dieser grossen Arbeiterkategorie das selbe Pflichtgefühl geweckt werden kann und muss, das heute schon in dem organisierten Teil der Gesamtarbeiterschaft rege ist, der kann dem staatssozialistischen Gedanken mit Unbefangenheit entgegentreten und hat sich schliesslich nur die Frage vorzulegen, ob die Verstaatlichung wesentlicher privatkapitalistischer Betriebe den demokratischen Sozialismus fördern oder hindern wird.

Mich will bedünken, dass wir uns heute über diese Frage ebenso klar sind wie wir es vor vierzig Jahren im Anfang unseres Wirkens waren. Wie wenig Einfluss auf den sozialistischen Geist unserer Anhänger die prohibitive Resolution von 1892 hatte, zeigt unsere Stellung zum Kommunalsozialismus. Mit Recht fordern wir die Übernahme der Beleuchtungs- und Verkehrsunternehmungen durch die Gemeinde überall dort, wo diese Übernahme noch nicht erfolgt ist, und wir fordern weiter, dass die Gemeinde in eigener Regie pflastere und baue sowie Arbeiterwohnungen errichte, kurz *staatssozialistische* Funktionen übernehme. Und diese Forderungen stellen wir beileibe nicht, weil wir in der Gemeinde die Herrschaft haben oder weil auch nur die in der Gemeinde massgebenden Personen sich der sozialdemokratischen Arbeiterschaft gegenüber neutral verhielten. Wir alle wissen, dass, zum wesentlichen dank der staatlichen Gesetzgebung, die im Gemeindegewesen massgebenden Personen genau ebenso Sozialistenfeinde sind wie der Durchschnitt der Staatsbeamten. Trotzdem geben wir durch Förderung kommunal-sozialistischer Ideen, durch unser Streben nach Verstädtlichung, unsern Gegnern in der Gemeinde grosse Machtmittel in die Hand, die von diesen Gegnern, zum Beispiel den im Dienste der Gemeinde tätigen Arbeitern gegenüber, gar nicht selten in einem uns feindlichen Sinne ausgenutzt werden. Derlei unlautere Ausnutzung ist für uns aber nicht entscheidend, und zwar einmal, weil wir wissen, dass die möglichen Übel relativ gering sind den Vorteilen gegenüber, die der Kommunalsozialismus auch im Gegenwartsstaat der grossen Masse der Bürger bietet, und zweitens, weil den ungerechten und uns schwer benachteiligenden Wahlrechten zum Trotz unser Einfluss in der Gemeinde im grossen ganzen und auf die im Gemeindedienst tätigen Arbeiter im besonderen durchweg so stark ist, dass wir mehr oder weniger erfolgreich etwaigen Missbräuchen entgegentreten können. Ja, unser Glaube an die wohltätige Macht des Gemeindegewesens im Gegenwartsstaat ist so unerschütterlich, dass wir die Kommunalisierung von Verkehrsmitteln auch in solchen Orten unbedenklich guthiessen, wo kein einziger Sozialdemokrat im Gemeindegewesen sitzt; wenigstens erinnere ich mich nicht, dass das Wort vom *Staatskapitalismus*, das Liebknecht 1892 auf dem Berliner Parteitag oft gebrauchte, jemals ein Seitenstück in einem Ausdruck wie *Kommunalkapitalismus* fand. Zwischen Staatssozialismus und Gemeindegewesen mag dem Grade nach ein Unterschied bestehen, doch wird ihn niemand als einen grundsätzlichen nachweisen können. In beiden Fällen handelt es sich darum, dass wir Organisationen, deren Träger uns feindlich gesinnt sind, Machtmittel in die Hand geben, die vorläufig gegen uns gerichtet werden, letzten Endes aber notwendig zur schnelleren Verwirklichung unserer Ziele dienen müssen.

Es leuchtet ein, dass die Anhänger der im Erfurter Programm festgelegten Taktik weit mehr auf den Staatssozialismus angewiesen sind als die Anhänger der neueren Richtung, die darauf rechnen, dass die praktische Betätigung des Proletariats im sozialistischen Sinn das Gefüge des Kapitalismus schon im Gegenwartsstaat derart erschüttern muss, dass der Tyrann noch vor der förmlichen Etablierung der sozialistischen Gesellschaft im vergeblichen Kampf gegen die grossen gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen allmählich abdankt. Die Anhänger der Katastrophentheorie, der plötzlichen Expropriation der Expropriateure, müssen die Verstaatlichung grosser Betriebszweige im Gegenwartsstaat als wesentliche Vereinfachung des grossen auf

politischer Basis erfolgenden Entscheidungskampfes betrachten, was die Freunde der Aushöhlungspraxis nicht entfernt so sehr nötig haben. Wenn diese trotzdem die Gefahr des Staatssozialismus gering achten und der Meinung sind, dass die in der Resolution von 1892 niedergelegten Ansichten nicht dauernde Geltung haben können, so ist hierin vor allem ein grösseres Mass von Vertrauen in die Unbesiegbarkeit des demokratischen Sozialismus zu sehen. Es ist der Geschichte ehernes Muss, dass ihm die Zukunft gehört, und wenn der Gegenwartsstaat in wesentlichen Betriebszweigen den Privatkapitalismus ausschaltet, so ist dies schliesslich auch Arbeit zu unserm Nutzen. Womit noch keinem Verstaatlichungsübereifer *sans phrase* das Wort geredet sein soll. Die Ausdehnung des Postregals im Jahre 1899 über die vom Staatssekretär verlangten Grenzen hinaus sollte unserer Partei eine Mahnung zur Vorsicht sein: die Konkurrenz der Privatposten ist mit sozialdemokratischer Hilfe beseitigt, das Äquivalent aber, die Verbilligung des Ortsportos, ist ein paar Jahre später wieder genommen worden, und, wie es scheint, auf die Dauer, da auch die neuesten Versprechungen es nur zum kleinen Teil wiederbringen. Indes, solche üblen Folgen der Verstaatlichung müssen wir eben durch steigende Einflussnahme auf die Gesetzgebung zu paralisieren suchen. Je weiter der sozialistische Gedanke in der Bevölkerung selber sich Bahn bricht, desto weniger haben wir Ursache uns vor den Irrtümern heutiger Staatslenker zu fürchten. Wir werden an dem Grundgedanken festzuhalten haben, dass der Staatssozialismus durch die allgemeine Demokratisierung zum demokratischen Sozialismus wird, dass wir aber in jedem Einzelfall bei aller prinzipiellen Zuneigung sorgsam auch die nächsten Folgen überdenken und gegen unerwünschte Begleiterscheinungen Vorsorge treffen müssen.

XX

GERHARD HILDEBRAND · WAS IST KOLONISATION?



OR nun bald anderthalb Jahren nahm der internationale Sozialistenkongress in Stuttgart bekanntlich eine Resolution in der Kolonialfrage an, die sich in Ausdrücken der Verdammung angesichts der gegenwärtig üblichen Methoden der Kolonisation kaum genug tun kann. Nach ihr müsse »die kapitalistische Kolonialpolitik ihrem innersten Wesen nach zur Knechtung, Zwangsarbeit oder Ausrottung der eingeborenen Bevölkerung führen«. Sie zerstöre den natürlichen Reichtum der Länder, in die sie ihre Methoden verpflanzt, verlangsamere und verhindere dadurch die Entwicklung des Handels. Die Resolution verurteilt »die barbarischen Methoden kapitalistischer Kolonisation«, verwirft nochmals »die jetzige Kolonisationsmethode, die, ihrem Wesen nach kapitalistisch, keinen anderen Zweck hat als fremde Länder zu erobern und fremde Völker zu unterwerfen«, verurteilt »diese Politik des Raubes und der Eroberung« und legt schliesslich den sozialistischen Abgeordneten die Pflicht auf »diese Methode der schonungslosen Ausbeutung und Knechtschaft zu bekämpfen, die in allen bestehenden Kolonien herrscht«. Indem die Stuttgarter Resolution die kapitalistische Kolonialpolitik respektive ihre speziell gekennzeichnete Methode der Kolonisation beschuldigt den natürlichen Reichtum der Länder zu zerstören, die Entwicklung des Handels zu verlangsamern oder zu verhindern, gibt sie ein Interesse an der

Erhaltung und Erschliessung dieses natürlichen Reichtums, an der Sicherung und Beschleunigung der Entwicklung des Handels kund, lässt sie die Möglichkeit einer anderen, besseren Methode der Kolonisation an Stelle der jetzigen zu. Welches die andere, die bessere Methode ist, darüber unterrichtet uns die Stuttgarter Resolution leider nur sehr spärlich. »Erst die sozialistische Gesellschaft wird allen Völkern die Möglichkeit bieten sich zur vollen Kultur zu entfalten.« Dieser Satz soll offenbar keineswegs bedeuten, dass die Kolonialvölker für ihre Entwicklung zu Kulturvölkern, die kolonisierenden Völker für ihre Versorgung mit Kolonialprodukten gänzlich bis auf den Tag des Zukunftsstaates vertröstet werden, denn lediglich zur »vollen« Kultur wird erst die sozialistische Gesellschaft die Möglichkeit bieten. Eine Annäherung an die Kultur, ein Kulturfortschritt ist also jetzt bereits möglich. Aber auf welchem Wege kann das geschehen? Die Stuttgarter Resolution »verlangt im Interesse der Entfaltung der Produktivkräfte eine Politik, die die friedliche kulturelle Entwicklung gewährleistet und die Bodenschätze der Erde in den Dienst der Höherentwicklung der gesamten Menschheit stellt«. Das ist zweifellos ein billiges, den sozialdemokratischen Anschauungen wie dem allgemeinen Kulturinteresse in gleicher Weise entsprechendes Verlangen, doch liegen darin noch keine praktischen Handhaben für eine neuartige, von der kapitalistischen wesentlich verschiedene Inangriffnahme kolonialisatorischer Aufgaben. Einen Schritt weiter scheint die Anweisung an die sozialistischen Abgeordneten zu gehen, die in Erläuterung der Pflicht »in allen Parlamenten unveröhnlich diese Methode der schonungslosen Ausbeutung und Knechtschaft zu bekämpfen, die in allen bestehenden Kolonien herrscht«, den parlamentarischen Vertretern der Sozialdemokratie vorschreibt:

»Zu diesem Zwecke haben sie für Reformen einzutreten, um das Los der Eingeborenen zu verbessern, haben sie jede Verletzung der Rechte der Eingeborenen, ihre Ausbeutung und ihre Versklavung zu verhindern, und haben sie mit allen zu Gebote stehenden Mitteln an ihrer Erziehung zur Unabhängigkeit zu arbeiten.«

Das ist ein ausgezeichnetes Rezept, aber es ist eins, das sich in nichts von den Aufgaben der sozialdemokratischen Politik in der Heimat unterscheidet. Auch in der Heimat haben wir für Reformen einzutreten, um das Los des arbeitenden Volkes zu verbessern, jede Verletzung seiner Rechte zu verhindern und mit allen zu Gebote stehenden Mitteln an seiner Erziehung zur Unabhängigkeit zu arbeiten. Höchstens könnte es auffallen, dass von den sozialistischen Abgeordneten verlangt wird, sie sollen die Ausbeutung und Versklavung der Eingeborenen »verhindern«, während sich doch alle Sozialdemokraten darüber einig sind, dass in der Heimat die Ausbeutung und Versklavung der Besitzlosen keineswegs, ja, dass nicht einmal die Proletarisierung von Kleinbauern und Handwerkern, mit denen die Kolonialeingeborenen ihrer Wirtschaftsweise nach am ehesten verglichen werden können, durch politische Massnahmen künstlich verhindert werden kann. Und selbst wenn und soweit das letztere möglich wäre, sieht es doch in der Heimat niemand als Pflicht der sozialistischen Abgeordneten an rückständige Wirtschaftsmethoden, wie sie bei heimischen Kleinbauern und Handwerkern wohl zu finden sind, künstlich zu konservieren, sondern man bezeichnet die Leute, die das fordern, als *Reaktionäre*. In diesem Sinne aufgefasst, würde also die Weisung, die die Stuttgarter Kolonialresolution den sozialistischen Abgeordneten erteilt, ebensowohl den sozialdemokratischen Grundanschauungen ins Gesicht schlagen wie dem in der

gleichen Resolution ausgesprochenen Verlangen nach einer Politik, die »im Interesse der Entfaltung der Produktivkräfte . . . die Bodenschätze der Erde in den Dienst der Höherentwicklung der gesamten Menschheit stellt«. Das »Verhindern« der Ausbeutung und Versklavung der Kolonialeingeborenen kann also höchstens auf mehr oder minder gewaltsame Expropriationen bezogen werden, die den normalen Rechtsanschauungen auch bereits innerhalb geordneter kapitalistischer Zustände widersprechen, in der Kolonialpolitik — man denke an Deutsch Südwestafrika — aber leider gelegentlich noch vorkommen. Nur sind solche Expropriationen nicht die vorher so vielfach gebrandmarkten zum »innersten Wesen« der kapitalistischen Kolonialpolitik gehörenden Methoden, denn im Gegenteil, zum Wesen des Kapitalismus gehört gerade in der Eigentumsfrage eine sehr gefestigte, sozialistischer Auffassung nach nur allzu straff gespannte Rechtsordnung, die auch in der Kolonialpolitik weit häufiger dazu führt lockere Eigentumsverhältnisse zu befestigen und zu sichern als gewaltsamen Expropriationen, wie sie vielfach die Eingeborenen unter einander vorzunehmen pflegen, Vorschub zu leisten.

Was also die Stuttgarter Kolonialresolution zum Schutz der Eingeborenen und zur Sicherung der Eigentumsordnung in den Kolonien fordert, ist etwas ganz Selbstverständliches, das sich höchstens durch eine bei Sozialisten sonst nicht übliche Betonung des Eigentumsbegriffs von den entsprechenden Forderungen für die Heimat unterscheidet. Es ist aber nichts, was die spezifisch kolonialisatorischen Aufgaben umschreibt und fixiert, für die doch eine Kolonialresolution der geeignete Ort wäre, zumal eine Resolution, die keineswegs jede Kolonisation grundsätzlich ablehnt. Gerade die schroffe Ablehnung der »kapitalistischen« Kolonisationsmethode hätte meiner Auffassung nach den in Stuttgart versammelten Genossen die Pflicht auferlegen müssen durch deutliche positive Skizzierung einer andersartigen Kolonisationsmethode daran mitzuarbeiten, dass das Verlangen nach einer Politik, die »im Interesse der Entfaltung der Produktivkräfte . . . die friedliche kulturelle Entwicklung gewährleistet und die Bodenschätze der Erde in den Dienst der Höherentwicklung der gesamten Menschheit stellt«, nicht in der Luft schweben bleibt sondern durch kräftige Anregungen und praktisch fruchtbare Vorschläge unterstützt wird.

Kann so nicht gelugnet werden, dass die Stuttgarter Kolonialresolution berechnete und naheliegende intellektuelle Ansprüche unerfüllt lässt, so muss doch andererseits festgestellt werden, dass den Delegierten des Stuttgarter Kongresses weitreichende Entschuldigungsgründe zuzubilligen sind: Unsere Kongresse sind politische Tagungen, auf denen die Genossen gewissermassen in politischer Auslese zur Beratung und Beschlussfassung nach in erster Linie politischen Gesichtspunkten vereinigt sind. Die Wortführer sind obendrein zumeist noch Nurpolitiker und daneben etwa Wirtschaftstheoretiker. Das schadet in allen den Fällen nichts, wo den Genossen aus der persönlichen Erfahrung heraus eine natürliche Sachverständigkeit innewohnt, wie etwa in sozialpolitischen Fragen den Arbeitern, in finanz-, wirtschafts- und verfassungspolitischen Fragen den Parlamentariern und Redakteuren. Da kann die Praxis des täglichen Lebens den Doktrinarismus hindern oder wenigstens mildern. Zwar betrachten wir es nicht als unsere Aufgabe konkrete Fragen der wirtschaftlichen Technik zu besprechen oder gar zu lösen, das überlassen

wir, zumal, solange uns nicht die Wirtschaftsleitung obliegt, den einzelnen Berufen, ihren kapitalistischen Leitungen, ihren kaufmännischen und technischen Angestellten, ihren Vertretungen. Aber im Untergrund unserer politischen Entscheidungen liegt doch, sollte wenigstens stets liegen, eine Summe wirtschaftstechnischer Erfahrungen und Beobachtungen, die überall da stillschweigend zu Rate gezogen wird, stillschweigend mitwirkt, wo die politischen Entscheidungen auf wirtschaftstechnische Möglichkeiten und Notwendigkeiten Rücksicht zu nehmen haben. Anders in den kolonialen Fragen. Da fehlt uns fast durchweg jene notwendige Sachverständigkeit, da herrscht infolgedessen der Doktrinarismus fast schrankenlos. Die wohl einzige Ausnahme auf dem Stuttgarter Kongress bildete der Holländer van Kol, der sich durch seine Stellungnahme scharf von den allermeisten übrigen Delegierten abhob. In den Kolonisationsgebieten, wo mehr oder minder zurückgebliebene wirtschaftliche, soziale, geistige und politische Kulturen zu überwinden sind, da fehlen eben häufig alle oder die meisten Voraussetzungen, die für die politischen Entscheidungen in der Heimat stillschweigend — bewusst oder unbewusst — in betracht gezogen werden. Es fehlt die gesicherte Basis eines geregelten, allbekannten, ständig in allen seinen Wirkungen für uns fühl- und fassbaren, auf einer hohen Entwicklungsstufe verhältnismässig stabil gewordenen Mechanismus des gesellschaftlichen Daseins. Obendrein ist die Kolonisationstätigkeit ihrem Wesen nach in erster Linie wirtschaftstechnische, erst in zweiter Linie politische Angelegenheit. Und die politischen Fragen, die sich aus der Kolonisationstätigkeit ergeben, sind allermeist so eng mit wirtschaftstechnischen Fragen verquickt, dass es nur in den seltensten Fällen möglich ist sie von diesen zu trennen oder ihre Kenntnis zu entbehren. Hier wird also die in heimatlichen Angelegenheiten hergebrachte und begreifliche Abstinenz von der Erörterung wirtschaftstechnischer Fragen zum empfindlichen Mangel. Gewiss werden auch in der Kolonialpolitik von uns Forderungen gestellt, die aus unserem eigenen Leben heraus als notwendig empfunden werden, und deren Erfüllung das eigene, unmittelbar sichtbare nationale Dasein in fast berechenbarer Weise beeinflussen soll. Solche Forderungen sind sogar Voraussetzung aller Kolonisationstätigkeit. Aber ihre Erfüllung setzt Zustandsveränderungen in den Kolonialgebieten voraus, deren örtliche Tragweite wir nicht ohne Kenntnis der örtlichen Verhältnisse zu übersehen vermögen, und vor deren Inangriffnahme wir infolgedessen aus Furcht vor Misserfolgen zurückschrecken. Es ist klar: Beim Okulieren der Kolonialbäume versagt das Messer unserer gewöhnlichen politischen Entscheidungen, weil die Erfahrung versagt, die die Vorbedingung aller sachkundigen Entscheidungen ist und uns für die übrigen Dinge — mindestens leichter — zur Verfügung steht.

Wollen wir diesem Mangel abhelfen, so müssen wir uns mehr und methodischer als bisher mit dem in der Kolonialpolitik beschäftigten, was auf dem Gebiet der Kolonisation tatsächlich geleistet wird. Ein solches Bemühen würde noch nicht einmal ohne weiteres aus dem Rahmen politischer Studien herausfallen. Wie schon erwähnt, würden wir nicht selten in Landgebieten, die gleichermassen in ihrem eigenen wie in unserem Interesse der kolonisatorischen Tätigkeit bedürfen, auf Herrschafts- und Machtverhältnisse stossen, die noch viel weniger als die in unserer Heimat vorhandenen geeignet sind eine friedliche kulturelle Entwicklung zu gewährleisten; einfach aus dem Grunde,

weil die dortigen Herrschafts- und Machtverhältnisse nichts als die Ausdrucksformen unerhört rückständiger Produktionsverhältnisse sind. Die streng marxistische Wahrscheinlichkeitsrechnung würde sogar vermuten lassen, dass es in den allermeisten Ländern, die der Kolonisation bedürfen, so ist. In solchen Ländern würde aber auch nichts natürlicher, nichts der materialistischen Geschichtsauffassung entsprechender sein als dass einer tatsächlich notwendigen und möglichen wesentlichen Veränderung der Produktionsverhältnisse auch die entsprechende Veränderung der Herrschafts- und Machtverhältnisse parallel ginge. Es würde sogar den sozialdemokratischen Auffassungen nicht einmal widersprechen, wenn es bei der Gelegenheit zu Gewalttätigkeiten käme, wenn auch die sozialdemokratische Taktik selbstverständlich darauf ausgeht — und in den Kolonien ebenso gut wie in der Heimat mehr als die der Herrschenden darauf ausgehen muss — Blutvergiessen zu verhindern. Aber von diesen politischen, den Machtfragen aus, kommt man doch in den kolonialen Dingen notwendig immer sehr schnell wieder zu den Fragen der Wirtschaftstechnik und allen sich daraus ergebenden Kulturfragen verschiedenster Art, wie Rasse und Recht, Religion und Sitte, Bildung und Leistungskraft, Volkszahl und Lebensgewohnheiten, Klima, Verkehrsbedingungen, Steuer- und Zuschusswirtschaft etc. In allen diesen Dingen muss man Kenntnis und Urteil gewonnen haben, wenn man praktische Vorschläge für eine Politik machen will, die »die friedliche kulturelle Entwicklung gewährleistet und die Bodenschätze in den Dienst der Höherentwicklung der gesamten Menschheit stellt«. Dabei wurde es der Wertung der verschiedenen Zustände und Erscheinungen sehr nachteilig sein, wollte man seinen Blick nur auf die eigentlichen Kolonien, das heisst die von fremden, hauptsächlich europäischen Mächten okkupierten und verwalteten Gebiete lenken. Nichts ist falscher als die Vorstellung, Kolonisation sei nur da vorhanden, nötig oder möglich, wo fremde, kulturell höher stehende Eroberer offen oder versteckt die politische Macht ergriffen haben: nichts ist falscher ausser etwa der entgegengesetzten Vorstellung, dass fruchtbare Kolonisation niemals durch fremdherrliche Besetzung bedingt oder erleichtert werden könnte. In manchen Fällen wird die Frage, ob Kolonie, ob selbständiger Staat, von verschiedenartigen mehr äusseren Faktoren abhängen, so dass wir sie in diesem Zusammenhang als eine Frage des geschichtlichen Zufalls ansehen können: Marokko, Persien, Teile der Türkei und Indiens, Siam, Mandschuren, Amurprovinz. In anderen Fällen, so bei den Siedlungskolonien, bei Gebieten ohne feste politische Organisation oder ohne die Menschen, die eine solche Organisation in der Abwehr fremder Eindringlinge zu stande bringen oder ausnutzen konnten, wird die Okkupation vielfach geradezu notwendige Vorbedingung für eine wirksame Entfaltung kolonisatorischer Kräfte gewesen sein. Hierunter könnte man vermutlich mit einiger Wahrscheinlichkeit fast ganz Afrika und fast das gesamte Südseegebiet rechnen. In anderen Gebieten wieder, die heute zwar staatsrechtlich Kolonien sind und auch noch kolonisatorische Aufgaben zu erfüllen haben, bestehen eigene Verwaltungen, die diesen Aufgaben zweifellos ohne mutterländische Bevormundung gewachsen sind: Kanada, Südafrika, Australien, von strittigen Beispielen abgesehen.

Mit diesen Ausführungen soll lediglich klargestellt werden, dass sich der staatsrechtliche oder gewohnheitsmässige Begriff *Kolonie* nicht im entferntesten mit dem Begriff *Kolonisationsgebiet* deckt, den ich auf alle geographischen

Objekte der Kolonisation angewendet sehen möchte. Kolonisation kann mit politischer Machtentfaltung verbunden sein, braucht es aber durchaus nicht in allen Fällen. Wir brauchen also ein besseres Kennzeichen für eine umfassende Beobachtung kolonialisatorischer Vorgänge als die bloße Tatsache der Besitzergreifung durch fremde Eroberer es darstellt. Was ist das Erkennungsmerkmal der Kolonisation? Offenbar weder jede Veränderung der politischen Machtverhältnisse noch jede Veränderung der Wirtschaftsverhältnisse noch jede Veränderung des sonstigen gesellschaftlichen Lebens. Kolonisation ist auch nicht eine einfache Plünderung fremder Reichtümer, wie sie die Stuttgarter Resolution als Kennzeichen der besonderen kapitalistischen Kolonisationsmethode unterstellt. Sie kann mit der Vernichtung einer fremden Kultur verbunden sein und wird in der Regel eine irgendwie geartete Bereicherung der Kolonisatoren zum Ziel haben. Aber die bloße Zerstörung ist das Gegenteil der *Kolonisation*, die dem ursprünglichen Wortverstande nach *Bebauung* bedeutet. Der Begriff *Kolonisation* bezeichnet vielmehr die fruchtbare, leberweckende Übertragung einer irgendwo bestehenden Kultur auf ein Gebiet mit niedrigerer Kultur, sei es durch Auswanderung sei es durch den Export höherer Arbeits- und Denkmethode, die eine vorteilhaftere Ausnutzung des Kolonisationsgebietes gestatten. Dass eine solche Übertragung heute von allen Kulturzentren aus nach den verschiedensten, beinahe schon nach allen übrigen Ländergebieten stattfindet, ist zweifellos. Auch wir Sozialdemokraten sollten uns nicht vor der Nachwelt der Blamage aussetzen, dass wir diese grandiose weltgeschichtliche Tatsache verkennen oder ihre ungeheure Tragweite für die ganze fernere Gestaltung des Kulturlebens herabmindern. Wie sie sich im einzelnen vollzieht, welche Rolle Kapitalismus und Eroberungspolitik dabei spielen, muss für uns zunächst einmal Sache der *Beobachtung* sein, gründlicher *vergleichender* Beobachtung, bevor wir an der kolonialen Praxis des eigenen Heimatlandes *sachgemässe* Kritik üben und für sie *positive* Verbesserungsvorschläge machen können.

Dazu wollen in Zukunft auch die *Sozialistischen Monatshefte* an ihrem Teil beitragen. Der Aufforderung ihres Herausgebers folgend habe ich mich entschlossen den Versuch einer regelmässigen Berichterstattung über die wichtigsten Vorgänge auf dem Gebiet der Kolonisation in einer besonderen Rundschau zu unternehmen. Den Versuch: denn ich verkenne keineswegs die Schwierigkeiten, die sich seiner Durchführung für jemanden in den Weg stellen, dem für diesen Zweck nur die allgemeiner zugänglichen Quellen und Hilfsmittel zur Verfügung stehen. Immerhin wird sich vielleicht auch in diesem Falle der alte Satz bewähren, dass, wo ein Wille, auch ein Weg ist.

XX

MAX MAURENBRECHER · DIE EVANGELIEN



Man auf *materialistischem* oder *idealistischem* Boden der geschichtlichen Auffassungsweise steht, ob man nach Ranke die *Ideen* für die ursprünglichen Triebkräfte der Bewegung der Menschheit ansieht oder nach Marx diese Rolle der Produktionsweise zuweist und den *Ideen* jede selbständige Schöpferkraft nimmt: immer bleibt die erste Aufgabe des Geschichtschreibers die einfache Feststellung der *Tatsachen*, in denen die geschichtliche Bewegung sich abgespielt hat. Was ist eigentlich

geschehen? Welche Vorgänge haben sich ereignet? Diese Feststellung liegt jenseits der Fragen nach der Verursachung der Geschichte. Hier hilft uns keine Philosophie, keine vorgefasste Meinung über das, was möglich oder unmöglich ist, keine Lehre und keine noch so einschmeichelnd vorgetragene Zusammenfassung des weltgeschichtlichen Zusammenhangs, in den man eine bestimmte Erscheinung hineinstellt. Hier hilft nur gewissenhafte, ehrliche und fleissige Arbeit an den Quellen, die über die Erscheinung, das heisst über ihren tatsächlichen Verlauf unterrichten. Hier gibt es keinen Unterschied zwischen bürgerlichem oder proletarischem Standpunkt. Hier gibt es nur die mehr oder weniger grosse Sachkenntnis und Treue des einzelnen Forschers.

Will man zum Beispiel den Ursprung des Christentums untersuchen, so muss man erst wissen, was das Christentum der ersten Generation der Gemeinde überhaupt war. Man muss, soweit es nach dem Stande der Quellen möglich ist, wissen, was sich bei der Gründung der neuen Gemeinde im einzelnen abgespielt hat, welche Personen dabei beteiligt waren, von welchen Motiven sie sich haben leiten lassen, auf welche Förderungen oder Hemmungen sie gestossen sind, was die Methode ihrer Propaganda und der Inhalt ihrer Gemeindeorganisation war, aus welchen Schichten sie stammten, und wo sie ihre ersten Anhänger fanden. Erst wenn man hier so vollständig wie möglich die sicheren **Tatsachen** der Bewegung gesammelt hat, kann man weitergehen und versuchen aus diesen Tatsachen heraus, nicht über sie hinweg sondern aus ihnen heraus, die weltgeschichtlichen Zusammenhänge, den weltgeschichtlichen Ursprung der neuen Religion und damit die letzten, tiefsten, innersten Triebkräfte ihrer Entstehung blosszulegen. Eine Arbeit, die diesen herben Tatsachensinn nicht kennt, die sofort damit anfängt weltgeschichtliche Zusammenhänge aufzuweisen, ohne sich erst mit saurem Schweiss um die Einzelheiten der zu erklärenden Tatsachenreihe zu mühen, steht von vornherein in dem Verdacht einer vorgefassten Meinung zuliebe die wirklich geschehene Geschichte meistern, mit dem Dogma die Geschichte korrigieren zu wollen.

Die Quellen, die für die Tatsachen der christlichen Gemeindebildung allein in betracht kommen, sind die ersten christlichen Schriften selbst. Bei einer Bewegung, die zunächst Jahrzehnte hindurch im Verborgenen blieb, die notorisch zunächst die unteren, nicht-literarischen Schichten erfasste, ist es erklärlich, dass Aussenstehende von ihr zunächst gar nichts merken und sie erst verzeichnen, als sie schon eine zu einigen Stellen in die Augen fallende Grösse erreicht hat. In den grossen Zeitungen der liberalen Bourgeoisie oder in den Geschichtsbüchern über die Gründung des Deutschen Reichs, zum Beispiel bei Sybel, wird man vergeblich viel Material zu einer Geschichte der Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung suchen. Man muss schon so kleine und zu ihrer Zeit absolut unbeachtete Blättchen zur Hand nehmen, wie den *Nordstern*, den *Sozialdemokraten* und das *Demokratische Wochenblatt*. In noch ungleich viel höherem Masse gilt das von der Entstehung des Christentums, weil es zu seiner Zeit Zeitungen, täglichen Nachrichtendienst und Verkehr in unserem Sinne überhaupt noch nicht gab. Es bleibt daher nichts übrig als zunächst die christlichen Schriften selbst, das heisst also in erster Linie die Evangelien, die Apostelgeschichte und die Paulinischen Briefe auf ihren historischen Wert zu prüfen. Sind sie geeignet uns einen Einblick in die wirklichen Tatsachen zu geben, aus denen die erste christliche Bewegung bestand? Alles Herumreden

um die weltgeschichtliche Ableitung des Christentums bleibt leeres Gerede, solange hier nicht absolut zuverlässiger Boden für die Untersuchung geschaffen ist.

Das hat wohl auch K. Kautsky empfunden, als er ein Buch über den *Ursprung des Christentums* zu schreiben begann. Aber was er auf etwa 12 Seiten über die Evangelien und die Paulinischen Briefe zusammengetragen hat, ist nur eine oberflächliche und leichtfertige Stimmungsmache gegen die neutestamentlichen Schriften, die diese ganze Literatur als historisch wertlos bei Seite schiebt. Von Markus, notorisch dem ältesten Evangelium, das von Matthäus und Lukas benutzt worden ist, sagt er nur den einen Satz, dass der Verfasser die Zerstörung Jerusalems durch Jesus weissagen lässt, also erst nach diesem Ereignis /70 nach Christus/ geschrieben haben könne. »Was er verzeichnet, ist also das Produkt einer halbhundertjährigen Legendenbildung.« Warum Legendenbildung? Kann es nicht auch das Ergebnis einer Überlieferung sein? Kann es nicht, was doch am nächsten läge, Legende und Überlieferung gemischt enthalten? Ist es dann nicht gerade Aufgabe einer eingehenden Zergliederung bis aufs einzelne Wort festzustellen, was etwa Überlieferung, was Legende ist? So leicht soll man sich historische Untersuchungen wahrhaftig nicht machen. Eine Seite später erwähnt Kautsky das merkwürdige Faktum, dass schon in den ältesten Handschriften der Schluss des Markusevangeliums fehlt. Er folgert richtig, dass er im 2. Jahrhundert gewaltsam entfernt worden sein müsse, weil er den damaligen Anschauungen nicht mehr entsprach. Er verwendet dies Faktum, um an ihm nachzuweisen, wie unzuverlässig der heutige Text der Evangelien sei, wie gewaltsamen Änderungen er später innerhalb der Kirche ausgesetzt war. Gut. Aber sind wir nicht in der Lage diesen gewaltsamen Eingriff noch nachweisen zu können? Gewinnt der abgeschnittene Schluss des Markus damit nicht eine ganz ausserordentliche Bedeutung? Es hat etwas in ihm gestanden, was man später nicht mehr vertrug. Ist das nicht ein Fingerzeig dafür, dass es in den Evangelien Abstufungen gibt, verschiedene Schichten der Überlieferung, Älteres und Jüngerer neben einander, und soll uns das nicht spornen nun erst recht an die Arbeit zu gehen, um das Ältere, das Überlieferte, aus der Umschlingung durch jüngere Triebe zu befreien? Vielleicht, dass in diesem Älteren doch noch ein Stück geschichtlicher Erinnerung steckt.

Tatsächlich sind wir in der Lage den verlorenen Schluss des Markus seinem allgemeinen Inhalt nach wiederherstellen zu können. Er hat erzählt, dass nach Jesus' Tod die Jünger klagend und weinend nach Galiläa zurückgekehrt seien, ein jeder in sein Haus, dass sie sich also zerstreut haben. Darauf sei der Auferstandene am See Genesareth dem Petrus beim Fischen erschienen; das sei der Anstoss zur Umkehr und zur Gemeindebildung gewesen. Es liegt auf der Hand, dass hier eine Überlieferung vorliegt, die älter ist als alles, was die Apostelgeschichte und die anderen Evangelien über den Auferstandenen erzählen. Und da es durchaus zu dem passt, was im 1. Korintherbrief über die Erscheinungen des Auferstandenen steht, und zu der Stellung, die Petrus in der Urgemeinde notorisch einnahm, so liegt nicht der geringste Grund vor diesen Bericht nicht für eine gute, echte Erinnerung eines der Nächstbeteiligten selbst zu halten. Was es mit der *Erscheinung des Auferstandenen*, die Petrus erlebt haben wollte, tatsächlich auf sich hatte, oder besser, was ihr tatsächlicher Hintergrund war, ist durch diese Feststellung freilich noch nicht erledigt. Das selbe Verhältnis

finden wir nun im Markusevangelium noch öfter wieder. Es liegt der Darstellung, wie sie im heutigen Text steht, eine andere, ältere, bessere Überlieferung zu grunde, die durch alle Übermalungen noch heute hindurchschaut. Man muss sich nur die Mühe machen genau, geduldig und Satz für Satz des Markus zu lesen. Die ältere Grundlage hat zum Beispiel erzählt, dass Nazareth Jesus' Vaterstadt war, dass Jesus in Kapharnaum am Galiläischen See nur kurze Zeit auftrat, dann aber von dem galiläischen König Herodes vertrieben ward. Sie hat danach Versuche Jesus' gekannt auf dem Ostufer des Sees und in seiner Vaterstadt Nazareth Anhang zu finden; aber beidemal war es die Bevölkerung selbst, die ihn ablehnte. Darauf folgt eine Flucht Jesus', ein Ausbiegen nach Norden bis nach Tyrus und Cäsarea-Philippi, dann, zum Osterfest, der rasche Vorstoss nach Jerusalem, die feierliche Kundgebung auf dem Ölberg, die dann unmittelbare Hereinbrechen der »Herrschaft unseres Vaters David« verheisst — also nicht Jesus' eigenen Messiascharakter! —, die Reinigung des Tempels, die diesen für das neue Heil vorbereiten soll, und dann den Zusammenbruch aller Hoffnung, da das Erwartete doch nicht kam, ein Zusammenbruch, der durch die wehrlose Gefangennahme und Hinrichtung auch äusserlich in Erscheinung tritt. Daran schliesst sich dann, wie gesagt, die neue Auffassung, die mit dem Erlebnis des Petrus in Galiläa beginnt, und in dem Glauben wurzelt, gerade dieser elend zu grunde gegangene Jesus sei der Messias gewesen.

Diese Darstellung, die durch eine vorsichtige Zergliederung des Markus als der Grundzug einer älteren Stufe der christlichen Erzählung von Jesus herausdestilliert werden kann, ist in sich absolut glaubhaft und ist für die christliche Gemeinde einfach unerfindbar gewesen. Wie diese Gemeinde ihren Messias verstand, sieht man ja aus den Dichtungen, die sich schon im Markus selbst um diesen Kern herumgelegt haben, und die bei den anderen Evangelier dann noch weiter ausgesponnen sind. Jene älteste Darstellung aber widerspricht dem späteren Bilde so gründlich, dass sie nur als eine im wesentlichen treue, das Tatsächliche gut wiedergebende Erinnerung eines Jüngers Jesus' betrachtet werden kann, der all das wirklich mit seinem Meister zusammen erlebt hat. Wenn man aus dem Markus eine solch gute Erinnerung heraus Schälen kann, so ist es einfach nicht wahr, dass die Evangelien für die Geschichtschreibung völlig »unbrauchbar« seien. Unbrauchbar ist nur die eifertige Methode des Forschers, der auf grund von zwei oder drei willkürlich herausgegriffenen Dichtungen die ganze Literatur, die diese Stücke enthält, in Bausch und Bogen verwirft.

Matthäus und Lukas haben, wie gesagt, für ihre Darstellungen den Markus als Quelle benutzt. Was sie an Tatsächlichem bieten, kommt daher als selbständige Überlieferung kaum in betracht. Höchstens, dass sie uns einmal ermöglichen deren ältere Form auch an den Stellen deutlich zu fassen, wo sie im heutigen Text des Markus einer Überarbeitung hat weichen müssen. Aber sie bieten über Markus hinaus eine Menge von *Reden*; und so ist es eine Frage für sich, welche Glaubwürdigkeit diesen Reden wohl zukommen mag. Auch hier meint Kautsky leichtes Spiel zu haben. Kann man den Zusammenhang und Wortlaut ganzer Reden auf ein oder zwei Menschenalter behalten haben? Ist es nicht eine hundertfach belegte Sitte antiker Schriftstellerei ihren Helden Reden in den Mund zu legen, die sie nach *Meinung des Schriftstellers* wohl etwa hätten gehalten haben können, die aber in Wahrheit Erzeugnisse eben des Schriftstellers sind?

Sind wir nicht alle darüber einig, dass die grossen Reden des Petrus und Paulus in der Apostelgeschichte tatsächlich nur Produkte des Lukas, oder wer sonst diese Schrift geschrieben haben mag, sind? Warum soll für die Evangelien etwas anderes gelten?

Einfach darum, weil die *Reden* in den Evangelien in Wirklichkeit gar keine Reden sind sondern Spruchreihen, Sammlungen einzelner Aussprüche, die nachträglich erst in einen ganz äusserlichen und losen Zusammenhang gebracht worden sind. Wer die *Bergpredigt* mit den Reden des Perikles bei Thukydides oder des Paulus bei Lukas vergleicht, beweist nur, dass er sie entweder niemals eingehend zergliedert hat, oder dass ihm jedes Gefühl für Unterschiede der Stilarten fehlt. Die *Bergpredigt*, wie alle anderen Reden Jesus' in den Evangelien, ist gar keine *Rede* mit einheitlichem Grundgedanken, Aufbau und Ziel; sondern sie ist eine lockere Zusammenfügung einzelner Spruchreihen, von denen eine ganze Menge bei Markus und Lukas in einem ganz anderen Zusammenhang stehen, einige sogar auch bei Matthäus selbst noch ein zweites Mal vorkommen. Die *Rede*, die Zusammenstellung der einzelnen Spruchreihen zu einem grösseren Ganzen, ist sicher Produkt des Matthäusevangeliums selbst, aber der Tatbestand beweist, dass der Verfasser die einzelnen Sprüche nicht selbst erfand sondern aus der Überlieferung entlehnte. Somit liegt die Sache bei den Sprüchen nicht anders als bei den Berichten über die Tatsachen und Schicksale Jesus'. Es ist an sich durchaus möglich, dass 'echte Aussprüche Jesus' in der Erinnerung fortleben konnten, ebenso wie es möglich ist, dass aus dem Gemeindeleben heraus neue Sprüche entstanden, die von der Überlieferung bald als Aussprüche Jesus' aufgefasst wurden. Es kann hier immer nur die scharfe Zergliederung im einzelnen helfen. Ein Annehmen oder Verwerfen in Bausch und Bogen ist zwar sehr bequem, denn es enthebt von einer mühsamen Untersuchung der einzelnen Worte. Aber die Bequemlichkeit des Forschers ist doch nicht der Massstab, nach dem die Methode der Forschung sich richten soll.

Ich will durchaus nicht behaupten, dass die moderne Evangelienkritik schon dazu gekommen wäre ein eindeutiges und allgemein zugestandenes Ergebnis in der Zergliederung der Sprüche aufgewiesen zu haben. Im Gegenteil, hier ist noch alles im Fluss. Aber man ist auf dem richtigen Weg, man hat endlich die richtige Methode gewonnen, und siegreich schreitet die Klarheit des Denkens gegenüber theologischer Voreingenommenheit vorwärts. Werke wie die Wredes über das Markusevangelium, Harnacks und Wellhausens über die drei ersten Evangelien sind Marksteine auf dem Wege einer vorurteilslosen und besonnen zergliedernden Kritik. K. Kautsky freilich kennt nach Ausweis seiner Zitate nicht ein einziges dieser Bücher, was ihn nicht hindert ein Buch von 508 Seiten über den *Ursprung des Christentums* in die Welt gehen zu lassen.

Das ist der eine Grundfehler dieses Buches: Der Verfasser kennt nur den Anfang der modernen Bibelkritik, die Strauss und Bauer, aber nicht ihren Fortgang. Es geht ihm wie es vor einigen Jahren Kalthoff ging. Der Gedanke die religiöse Bewegung des Urchristentums in Beziehung zu setzen zu den sozialen Zuständen der Zeit, die Religion zu begreifen als eine Waffe im Kampf ums Dasein oder, besser, im Kampf um die Selbstbehauptung und den persönlichen Wert trotz elendester Verzweiflung an aller Zukunft des wirklichen Lebens: dieser Versuch die Religion geschichtlich zu würdigen und menschlich zu erklären ist unter allen Umständen gut und richtig und ist

EMMY VON EGIDY · HERBSTFARBEN



»X, weg da! Jetzt komm' ich von der Seite«, rief Hans vom Nussbaum herunter, und gleich darauf prasselten die Nüsse herab wie eine kleine Gewehrsalve, sprangen Max auf Kopf und Schultern und eine sprang ihm gerade in die schon von einem Pflaumen-vorrat aufgesperrte Joppentasche. Darüber lachte er, dass er das Wegspringen vergass, und wie er gleich darauf an anderer Stelle zu sammeln anfangen wollte, wiederholte der grosse Bruder im Baum das Manöver und schlug mit langer Stange gerade über seinem Kopf die Nüsse ab. Sie sausten in Fülle über den Kleinen hin, und so lustig war das Kollern und Springen und Rollen den Berg hinab, so komisch, wie sie über einander wegtanzten und sich weit verließen, fast bis ins Schilf am See, und wie einzelne aus den dicken grünen Hülsen platzten, dass Max immer wieder auf die Püffe nicht achtete, die er bekam, und mitten im dichten Hagel innehielt, um zuzusehen. Noch einer sah lachend zu, Fritz, im Alter zwischen den beiden anderen Brüdern; er lachte weniger über die Nüsse, mehr über den Dicken, der so possierliche Sprünge machte und zu gutmütig war, um zu merken, wie er gefoppt wurde.

»Lass es nun sein, Hans, wir werden sonst gar nicht fertig«, rief er in den Baum hinauf, da liess der Grosse das Spiel sein, und alle drei arbeiteten eine Weile eifrig fort: Hans schlug mit langer Stange die Nüsse ab, und die Kleinen sammelten in Körbe, trennten die ausgehülsten von den dicken grünen Knollen. Der scharfe, herbe Duft der Nusschalen stieg auf, beherrschte alle anderen Herbstdüfte. Fritz hielt einigemal inne bei der Arbeit und hob sein feines Näschen, während er nachdenklich den Duft einsog. Den Hügel hinunter war das Gras zerstampft und eingetreten; darüber lag eine Schicht der braungefleckten grossen Blätter, die langsamer als die Nüsse vom Baume fielen bei jedem Schlag. Äpfel und Birnen, die aufzusammeln niemand Zeit fand, wurden rücksichtslos eingetreten, in den aufgewühlten Boden. Alles lag in solcher Fülle am Boden und hing in solchem Übermass an den Zweigen, dass der Obstreichthum kaum zu bergen war.

»So viel Nüsse hatten wir noch nie«, sagte Max.

Jetzt gaben die Hunde vor der Haustür an. Alle drei Knaben wendeten die Köpfe, aus der Türe trat die Mutter, eine hohe, grosse Frau, hinter ihr ein schlanker junger Mann.

»Euer Doktor will euch Adieu sagen«, rief die Mutter hinüber.

Die Kleinen warfen die Nüsse aus der Hand und liefen den Berg hinauf, Hans kletterte langsam vom Baum und kam langsam nach. Dann standen alle drei in einer Reihe; der scheidende Lehrer gab ihnen die Hand, erst Max, dann Fritz, zuletzt Hans.

»Macht's gut, ihr Buben, macht eurer Mutter Freude und Ehre«, sagte Dr. Wülseck und grüsste noch einmal mit der Hand. Die Buben sprangen fort, Hans voran: in Windeseile war er auf dem Baum. Die Mutter war langsam um das Haus gegangen, den Abschied nicht zu stören, ihr folgte der Lehrer.

»Glaubst du, er nimmt es übel, dass wir nicht mitgehen?« fragte unter dem Baum Fritz hinauf zu seinem Bruder.

»Unsinn«, knurrte der zurück.

»Ich meine nur, weil wir heute vormittag zum Fischen fort waren. Aber

warum bleibt er nicht länger? Den letzten Forellentag fortzugehen ist auch zu dumm«, meinte Fritz, und nach einer Weile fing er von neuem an: »Ob er nicht doch böse ist? Er machte so ein komisches Gesicht. Wir hätten die Nüsse doch bis morgen lassen sollen.«

»Daran ist Mutter schuld, sie hat es so gewollt«, warf Max dazwischen.

»Bilde dir nun nichts ein, Fritz! Dem ist es schon längst egal, ob wir dabei sind oder nicht«, kam es aus dem Nussbaum herunter.

»Mag doch Mutter mit ihm gehen, sie tut so jetzt immer, als wenn er ihr Lehrer wäre und nicht unserer«, sagte Max.

Da aber prasselte ein Nussregen auf ihn herab, so toll, dass er nicht schnell genug zur Seite springen konnte.

Die beiden Erwachsenen waren unten am Seepförtchen hinausgegangen, ein Stück am Schilf hin und an Gebüsch mit buntem Laub und roten und schwarzen Beeren, dann einen Fussweg den Hang hinauf, wo sie nur hinter einander gehen konnten, zwischen frischbestellten Feldern, auf denen wie zarter grüner Flaum die Hälmchen des Winterkorns standen, bis zum Waldsaum hinauf. Oben wandten sie sich um. Das satte Grün der Wiesen, das fast war wie das des Frühlings, und die ganz zarte Farbe der Wintersaat zog sich weit über Hügel und Täler hin, unterbrochen von Wäldern und Waldecken, die nun bunt aufleuchteten in ihren Herbstfarben. Wie Goldbrokat, gestickt mit glühendem Rot und Grün, lag das Kleid des Herbstes über dem Wald. Das hohe Schindeldach des Schlosses sah aus einem bunten Kranz gelber Pappeln, roter Kirschbäume, bronzener Buchen und grüner Nadelwipfel hervor. Und über allem spannte sich ein klarer, tiefblauer Himmel.

Der Mann hob seinen Hut und grüßte zu dem Haus hinüber.

»Herbst ist geworden«, sagte die Frau mit einer so tiefen Stimme, dass es klang, als habe der metallenschimmernde Wald es selbst gesprochen. Dann gingen sie. Als sie im Wald waren, gingen sie neben einander und hielten sich an den Händen fest.

»Wenn ich nicht so sicher wäre, dass es sein muss, liesse ich dich nicht ziehen.« sagte die Frau. Aber der Mann presste ihr die Hand so, dass sie fast aufschrie.

»Sage nichts. Du bist so stark, und deshalb liebe ich dich. Aber es ist doch furchtbar für mich, dass ich nicht stärker sein darf, ich ertrage es nicht.«

Da schwieg sie. Und wie sie aus dem kurzen Waldstück heraus kamen und eine Schonung hinunter gingen, auf der die Sonne warm lag und würzigen Waldluft aufzog, kniete sie hin und pflückte ein Sträusschen Tausendgüldenkraut, das da in seinen lieblich weichen rosa Sternen blühte; sie sog dessen Duft ein mit fast begehrllichem Atem und steckte es ihm auf den Hut. Wie sie das Gesicht zu ihm aufrichtete, sah er, wie ihre Farben ganz die herrlich tiefen und leuchtend starken des Herbstes waren, und seine Blicke tranken sich fest auf den geliebten Zügen.

Sie gingen einen rätselhaft gewundenen Weg, nicht wie Menschen, die ein Ziel haben, sondern wie solche, die liebe Stellen aufsuchen, und hin und wieder standen sie still und sahen sich um. Jetzt kamen sie über ein rasches Wasser und blickten in ein sonnig leuchtendes Tal. Mitten in grünen Matten lag ein Hof, und in schöner Kurve am Bach entlang wandte sich ein Zug buntbelaubter Bäume, die wie freuletrunkene Götter in toller Farbenpracht feierlich zugleich

und jauchzend durch das Tal schritten. Die Sonne entlockte ihnen auch das letzte Geheimnis ihrer Farbe, aber die hohe Tannenecke gegenüber liess sie im Schatten: ernst, tief und schweigend trat sie scharf hervor, nur ihre Wipfel tauchten in den blaugoldenen Himmel. Ganz still lag der Hof, kein Mensch war zu sehen, kein Rauchwölkchen stieg auf, kein Hund schlug an: nur eine gelbe Katze lag in der Sonne. Die Obstbäume hatten unzählige Stützen. Da war einer mit glänzend roten Äpfeln, die prunkten und prahlten an den Zweigen und leuchteten vor dem blauen Himmel, und daneben ein anderer, dessen edler geformte Früchte in mattem Goldglanz hingen und eine rote Seite hatten, die nur Widerschein der Sonne schien; sie fühlten sich an wie mattgetriebenes Gold, nicht glatt, und hingen schwer an dem noch jungen Baum.

»Märchenäpfel. Von denen schick' ich dir, wenn sie reif sind, der Haserlbauer gibt mir welche, ich habe diese Sorte nicht«, sagte die Frau, sie hob den Arm, und leicht liebkosend glitt ihre Hand über die schönen Früchte. »Wir werden uns nicht schreiben, aber durch meine Buben wirst du immer von mir hören, ihnen wirst du auch schreiben.«

Er nickte und pflückte einige Pflaumen, die er gedankenlos in das grüne Gras fallen liess. Der ganze Platz unter den Pflaumenbäumen schimmerte blau: goldene, rote und grüne Äpfel lagen unter den anderen Bäumen, und immer noch hingen ihre Äste und Zweige fast übermässig voll.

»Dass du in solchem reichen Herbst von uns gehst!« sagte sie wieder nachdenklich. »Mir ist dieser Segen so tröstlich. Wenn die Natur uns im Herbst schenkt, was ihre Blüten im Frühling versprochen, das ist wundervoll, das macht gläubig, und der Überfluss erst beglückt den Menschen.«

»Und du bist doch voll Unglauben«, sagte bitter der Mann.

Sie reichte ihm die Hand hin, und ihr Blick bat um Vergebung. Hinter dem Bauernhof gingen sie wieder einen Hang hinauf und kamen in einen Wald, da gingen sie Seite an Seite, Hand in Hand und sprachen leise mit einander. Rechts und links in niederem Holz grüssten glänzend schwarze Brombeeren, rote Hagebutten, Schlehen und Vogelbeeren. Immer von neuem trat der Wald zurück, und kleine Waldwiesen breiteten sich aus: da standen junge Birken oder auch alte, klein geblieben auf feuchtem Grund, und liessen ihre gelben Blätter lang an den Zweigen herabhängen, oder Buchen schmückten den Waldsaum, streckten weit ihre leuchtendgelb und braunen Zweige über das Gras; darunter lag dann, tiefen Schattens, ein schmaler Streifen, warm und dunkel. Manchmal gab es auch Ausblicke in weites Land, da betteten sich schindelgedeckte Höfe in die Täler oder standen stolz auf Hügeln, Kirchen grüssten weissglänzend zu ihnen mit ihren steilen Dächern und kleinen Türmen; dann wieder Wald, bunt durcheinander wachsender Bauernwald, phantastisch und märchenhaft. Nun näherten sich die beiden Menschen immer mehr der Stelle, da sie Abschied nehmen wollten. Immer stiller wurden sie, endlich standen sie unter einer einzelnen Eiche. Nun musste es sein. Sie hielten sich lange bei beiden Händen und schauten sich in die Augen, und wie sie sich schon getrennt hatten, sahen sie sich gleichzeitig um, kamen zurück, flogen die letzten Schritte auf einander zu und lagen sich in den Armen unter heissen Küssen. Endlich richtete die Frau sich auf, sie presste ihre Hand gegen seine Brust, atemlos: »Nur damit du dich nicht zu schnell begnügst, wenn es wieder Frühling für dich wird.«

Dann ging sie mit festem Schritt und sah sich nicht mehr um. Er stand und schaute ihr nach, bis sie unter den Bäumen verschwunden war, und schwor sich zu wiederkommen, wenn er seinen Platz in der Welt gefunden.

Langsam ging sie heimwärts, den Weg zurück, den sie gekommen, obwohl es einen viel kürzern gab, aber sie brauchte Zeit. Sie lebte in Gedanken die Jahre noch einmal durch, von dem Tage, an dem, nach vielen mühevollen Versuchen mit Lehrerinnen und Lehrern, dieser Mann in ihr Haus gekommen, und sie in der ersten Stunde erkannte, dass er der sei, mit dem sie erreichen könne, was sie sich von Erziehung und Unterricht dachte für ihre verwaisten Knaben. Es ging nicht ohne Kampf, viel musste sie abgeben von der Gewalt und Macht über die Herzen ihrer Kinder an diesen fremden Mann, aber über dem Kampf kamen sie sich immer näher: bis sie sich zu nahe gekommen waren, und auch er entdeckte, was die Frau schon eine Weile ahnte.

Langsam fielen schwere Tränen auf ihren Weg, und mehrmals suchte sie eine Stütze an einem Baum, um sich ruhig ihrem Weinen überlassen zu können. Als sie wieder ans Haus kam, ging sie sehr leise und behutsam am Schilf entlang und schlüpfte durch das Scepfröthen in den Garten. Sie horchte nach oben, hörte die hellen Stimmen der Jüngeren, aber kein Hund schlug an. Da ging sie ans Wasser hinunter, wo ganz versteckt unter einem Hollunderbaum ein schmales Bänkchen stand. Dort sass sie lange. Zu ihren Füßen blinkte matt das Wasser, das hier in schmaler Zunge ins Ufer einschneidet. Hier wuch-Kapuzinerkresse das höher liegende Ufer hinab, ihre kupferroten Blüten leuchteten, und die blaugrünen Blätter standen zu der dunklen Wasserfarbe in einer weichen Harmonie. Sie spiegelten sich wie grosse dunkle Flecke im Wasser, und die Farbe des Wassers wurde ganz tief. Die schweigende Frau seufzte auf: Tief und unbegreiflich war das Leben des Menschen. Der da von ihr ging, glaubte, ihm sei ein Schmerz widerfahren, bitterer, unversöhnlicher, ungerechter als je einem Menschen: es war der erste Schmerz, den er erlebte. Was konnte er von der Grösse des letzten Schmerzes verstehen? Wissen, dass hinter dem tobenden Aufruhr die Stille lag, die grosse Stille, dass alles aufbrennen musste in diesem letzten Feuer, was das Leben noch in ihr geschont hatte; was ahnte die Jugend von solichem Schmerz? Lockend zugleich und seltsames Grauen erweckend lag die Stille hinter dem Kampf, wie hier das tiefteerige Wasser. Lohnte es zu leben ohne Schmerz? Wenn der letzte Schmerz vorüber, was lag dann noch vor ihr?

Da sass die Frau und sann und dachte, langsam sank die Sonne, schon fielen die Strahlen schräg, und gelbroter Schein lag golden auf dem Wasserspiegel. Nicht weit von ihr fing eine rote Rebe an zu glühen. Sie war in eine Weide aufgewachsen und behing die feinblättrigen grauen Zweige mit ihren Ranken. Jetzt hob sich beides: rot und grau von einem flammenden Abendhimmel über dem Grün des metallisch schimmernden Rasens. Ringsum sanken die Farben in eine schwebende Tiefe, alles begann in verdecktem Glanz zu glühen, das Schilf des jenseitigen Ufers glänzte rot und kupferbraun.

Durch die Stille kamen jetzt die Stimmen der Knaben näher. Die Frau richtete sich auf. Einen letzten Blick warf sie noch auf den verglühenden Himmel, dann wendete sie sich und ging ihren Söhnen entgegen: denen musste nun ersetzt werden, was sie durch die Mutter verloren: der Freund und Lehrer.

»Zwei grosse Körbe von jedem Baum!« schrie ihr Fritz von weitem entgegen.

»Und Hans ist fort, auf Rebhühner mit seiner Büchse und den Hunden«, rief Max den Hang heruntertrollend.

»Wohin?« fragte schnell die Mutter.

»Weiss nicht. Er wollte bloss nicht Nüsse ausschälen, wollte keine braunen Finger, der feine Herr, er ist eben der Erwachsene«, spottete Max.

»Das kann er machen, wie er will. Ihr tut es ja gern, weil man es dann ein paar Wochen nicht so genau nehmen kann mit euren Händen«, antwortete die Mutter und drohte lächelnd dem Dicken.

In diesem Augenblick hörte man das obere Gartentor, die Hunde sprangen bellend in den Hof, Hans sprang ihnen nach.

»Einen Gruss vom Doktor soll ich dir noch bestellen«, rief er schon von weitem triumphierend, und näher kommend fügte er hinzu: »Bei Hochreit habe ich ihn getroffen und bin bis Tettelham mit ihm gegangen. Bis der Zug abfuhr, hat er noch mit mir geredet, und zuletzt liess er dich grüssen.«

»Das hat ihn sicher gefreut«, sagte die Mutter, strich ihrem Jungen das Haar aus der heissen Stirn und sah ihm nachdenklich in das bewegte Gesicht.

XX

ANSELM RUEST · ZU AUGUST STRINDBERGS 60. GEBURTSTAG



ALS der Bischof Berkeley unsern Glauben an die Existenz einer Aussenwelt und körperlicher Substanzen beträchtlich erschüttert hatte, hielt der Skeptiker David Hume sich für berechtigt noch einen Schritt weiter zu gehen: Und mein eigenes Innere, bin ich denn seiner so viel sicherer? Ich hege zwar so etwas wie die unerschütterlichste Gewissheit meiner selbst; doch ist bei näherem Zuschauen nicht einmal einzusehen worin diese bestehen, geschweige worauf sie sich gründen solle. Ich, in einem beständigen Fluss von Empfindungen, Wahrnehmungen, Sensationen, einem unablässigen Wechsel und Strom von Gefühlen, Stimmungen und Erlebnissen: welches von all diesen soll denn grade mein ureigenstes Wesen enthalten, wo in aller Welt soll bei alledem gar mein vielberühmtes unveränderliches, konsistentes *Ich* stecken? Und Hume gestand, dass dies Problem seinem Verstand »zu hart« sei. Aber Kant, den Hume selbst aus seinem dogmatischen Schummer gerissen hatte, entzündete uns das erste höhere Licht auf diesen nichtern-niederer Gedankengängen. Er zeigte, dass grade das Materiale, Sinnlich-Erfahrbare für sich nie die Wahrheit, die Realität schon verbürgen würde; er lehrte das *Formale* im Ichbegriff sehen. Das Ich ein Einfach-Begleitendes; eine *leere* Vorstellung, die aber dennoch allem wie eine geheime Kraft, ein unsichtbares Band unfortdenkbar beigemischt sei. Es ist Synthese, Zusammenfassung des Verstreuten. Wir selbst mögen uns ändern oder zu ändern scheinen wie Geschwungenes in einem Kaleidoskop, so bleiben wir doch unweigerlich geschlossen wie in einem höheren Ring, den wir *Selbstbewusstsein* heissen mögen, ohne näher sagen zu können, was, wohl aber, dass es sei. Es fasst alles Einzelne, Wechselnde unter Begriffe, Schemata, Kategorieen; es ist das *A priori* unseres Seins, unseres Wesens, und es möglichst rein herauszuschälen,

von allem Empirischen, Buntveränderlichen nach Menschenkraft zu reinigen, zu befreien dürfte schon einer dem Bleibenden, Ewigen, Unsterblichen sich nähernden Idee und Vorstellung unserer selbst gleichkommen.

Um die selbe Zeit, da diese Gedanken zum erstenmal abstrakterweise laut werden, da werden sie von einem anderen Geiste bereits in sinnlicher Pracht und Fülle geschaut, in Blut und Farbe getaucht: Da hat Goethe die Konzeption seines *Wilhelm Meister*. Der erste *roman expérimental*. Ein Mensch sein noch halb-bewusstes Leben mit immer stärkeren Sinnen, immer tieferer Besinnung betrachtend, endlich reine Lehrsätze, Schemata, Leitmotive darauf für sein ferneres, künftiges Leben gewinnend: das und nichts anderes ist der *Wilhelm Meister*. Er ist scheinbar so ganz unabhängig von dem Lehrer der kritischen Philosophie; aber schon ein *Strindbergianum* schönster Art stellt es vor diese beiden so völlig neben einander zu denken: wir sehen wieder jener *bewussten Willen in der Weltgeschichte*, wir ahnen jene Swedenborgischen *arcana coelestia*, die heute Strindberg menschlich-irdisch zu deuten versucht

Er selbst aber ist der Wilhelm Meister des 19. Jahrhunderts, er selbst die fleisch- und blutgewordene Philosophie der Persönlichkeit, die durch Höhen und Tiefen durch Himmel und Höllen, durch Eis und Schmelzöfen zu schreiten vermag, ohne zu zerreißen oder sich je zu entschwinden, ohne ihrer letzten und abgründigsten Verankerung sich jemals zu entziehen, deren Spuren sie ständig zu suchen reizt. Und da er wie jede Meisternatur schon unterwegs sich gedrunge fühlt Rechenschaft über alle seine Schritte abzulegen, so sind in der Tat Arvid Falks Erlebnisse im *Roten Zimmer* bereits zu der selben symptomatischen, kulturellen Wichtigkeit für seine Zeit und sein Volk gediehen wie für uns Wilhelms Lehrjahre, und es ist kein Zufall, wenn der weiter die Lebensstrasse Wandernde, nach wieder 25 Jahren, rückblickend die Summe jener Arvid Falk-Natur also zieht:

„Er experimentierte mit Standpunkten, und als gewissenhafter Experimentator stellte er Kontrollexperimente an, stellte sich versuchsweise auf die Seite des Gegners, las die Korrektur rückwärts, prüfte die Zahl von unten, und wenn das Gegenexperiment negativ ausfiel, kehrte er zum erprobten Ausgangspunkt zurück . . . Falk hatte es sich klargemacht, als er Kierkegaards Methode anwandte. Dieser dichtete Verfasserpersönlichkeiten und gab sich jedesmal ein neues Pseudonym. *Victor Eremita* ist ein anderer als *Johannes Climacus*, *Constantin Constantius* ist nicht *Johannes de Silentio*, aber alle zusammen sind Sören Kierkegaard. Falk war ein Vivisektor, der mit seiner eigenen Seele experimentierte, immer mit offenen Wunden herumging, bis er sein Leben fürs Wissen hingab, ich will nicht das missbrauchte Wort *Wahrheit* benutzen. Und sollten seine gesammelten Schriften einmal herauskommen, dürfte nicht ein Wort geändert werden, sondern alle Widersprüche lösen sich in dem gemeinsamen Kierkegaardschen Titel *Stadien auf dem Lebenswege*.“

Das klingt genau so wie wenn Goethe und Schiller in ihren Briefen noch einmal die Summe von Wilhelms Existenz ziehen: Der schien auch alles Mögliche versucht, alles Begonnene liegen gelassen und es schliesslich zu nichts als einer reichen Heirat gebracht zu haben, wie Arvid Falk zu gesicherter Lebensstellung; aber indem er für das blöde und kurzzeitige Auge so dicht neben den Wohnungen der Satten und Behaglichen zuletzt sein Ruhezelt aufschlägt, ist er für den geistigen Blick der Seele dem Lande der Philister noch immer so fern geblieben, wie der Himmel fern von der Erde ist.¹⁾

¹⁾ Eine deutsche Gesamtausgabe seiner Werke lässt Strindberg jetzt durch Emil Schering besorgen sie erscheint bei Georg Müller in München.

KIERKEGAARD, der doch Goethe so wenig verstand, ist für die skandinavischen Völker ungefähr das selbe geworden wie für uns Kant-Goethe, mit denen jenes Evangelium der Persönlichkeit bereits anhebt, das sich in Stirner-Nietzsche überschlug; nur dass jene dänische Sonne durch den nordischen Nebel um so düsterer brannte als die Leuchtkraft des deutschen Gestirns ja überhaupt vor keinen Ländergrenzen Halt machte. Kierkegaardscher Geist teilt sich Ibsen mit, dem Schöpfer der *Kronpräsidenten* und des *Brand*; und zu Kierkegaard gelangt Strindberg, als er Öhlenschlägers gleichsam fehlerlosen Poesien sowie der gesamten einheimischen Dichtung, die sich epigonisch noch immer in den Spuren Tegnér's und Runebergs bewegte, etwas Mattherziges, Faulfriedliches, Unpersönliches anzumerken glaubt, und ein Blick auf die holländische Malerei ihm das ganze Problem von idealistischer und realistischer Kunst aufrollt. Ganz im Kierkegaardschen Sinne fragt er jetzt, was denn auch in der Poesie einzig das *Reine* sein könne, ob ein alter tradiertter Begriff von irgend welchem blassen Gegensatz zum Sinnlichen, oder ob nicht gerade hier auch ein Persönlichstes, das nur aus Kampf und Widersprüchen geboren werde. Glätte ist nicht Schönheit; scheinbar Unsinnliches könnte noch immer in dem schmutzigsten Gemüte wurzeln, wenn nämlich Dichtung und Erlebtes getrennt würden. So vorbereitet lernt der Upsalaer Student Ibsens *Brand* kennen: vereinten Anstürmen erliegt damit krachend ein ganzes lastendes Gebäude von Autorität, Familiensitte, Pflichtgefühl usw.: tritt doch an die Stelle der Glaube an eine innerste Selbstverantwortung und an ein Gewissen, das reiner sein musste als alles, was Erziehung, Eltern, Lehrer geben konnten. Und nun, indem hier deutlich wieder für den rückschauenden Blick ein Ich die Bahn zu sich selber beschritten hat, bietet sich wirklich für den kurzen unaperspektivischen Moment jener Anblick von neuem, den die einen mit Beziehung auf Charakter und Tätigkeit nicht müde werden *Unbeständigkeit*, die anderen im Hinblick auf die Werke und deren proteische Naturechtheit nur immer *Haltlosigkeit* und *Unklarheit* zu nennen: so wenig vermag auch heute noch das wahre Wilhelm-Meister-Ideal bei denen, die ewig verurteilt sind an ihm grade dicht vorbeizutappen, Gnade zu finden.

So stellt sich denn in der Tat heute das gesamte Strindbergsche Leben als ein einziger Kampf mit Philistern, Feinden oder Missverstehenden dar: aus dem einzigen Grunde, weil es wirklich gewagt hat zu jeder Frist und Minute ernstlich wahr zu sein. Das nun scheint uns zunächst nicht einmal sonderlich zu überraschen, dass der Wahrheitliebende Anstoss erregen muss, aber wir schwächliches Geschlecht denken ja bei dem Worte *wahr* noch nicht einmal die vollste Wahrhaftigkeit, denken an irgend ein Abstraktum, aber nicht an unsere intimsten Privata. Und jetzt sind wir allerdings dem quälend-peinigenden Gefühl nach selbstgeisslerischer Kierkegaard-Strindberg-Methode schon um ein Beträchtliches näher. Indes, da mag auch mancher seinen Rücken entblößen und ihn zu zerfetzen scheinen, es ist doch, als ob gar kein Blut flösse und die Streiche nichts als leere Luft zerteilten. Aber da sind andere, in ihnen scheinen Schichten der Jahrtausende wie unvermischt noch über einander zu ruhen, und jeder Streich deckt eine andere auf, und jeder Schlag reizt zugleich, nur tiefer und tiefer noch ins Innere, bis ins letzte Herz, zu dringen, und jeder Hieb scheint zugleich unendliche Nervenverbindungen zu rühren und elektrisch durch

das ganze Weltall zu laufen. Sie müssten *seelische Bluter* genannt werden, wie ein Dichter dieser Tage sagt. Der, der den dämonischen Drang in sich verspürte täglich er selber zu sein und bei keinem Geschäft länger als es der eigenen Seele gemäss war zu verharren, hat darum freilich die Stösse der Aussenwelt nicht schmerzloser empfunden, und das ist erst die ganze tragische Ironie dieser Naturen, dass sie, die nicht ablassen können stündlich über sich selbst zu Gericht zu sitzen, dann noch die faden, unpersönlichen Rechtssprüche aller Welt in die Ohren geschrien bekommen.

Der Upsalaer Student, der sich seinen Unterhalt selbst verdienen muss, bleibt es nicht lange. Er erhält Gelegenheit zu erfahren, dass man an den Akademien nicht Wissenschaft sondern akademische Wissenschaft lehre. Eine Zeitlang ist er Volksschullehrer; als solchen erfasst ihn ein derart pädagogisch-lähmendes Erbarmen mit den Kindern der Not, und ein so tiefer, pädagogisch sicher noch viel hinderlicherer Hass gegen die *Oberklasse*, dass er kurzerhand sein Amt niederlegt. Er geht zur Bühne; aber er will durchaus den Karl Moor spielen, und da es lange dauern wird, ehe man seinetwegen das ganze Repertoire umstösst, so endet seine Schauspielerlaufbahn im Souffleurkasten. Er wird Journalist; aber da setzt es hungrige Tage. Redakteur; aber da soll er schreiben, wie es der Ausstellungsinhaber für recht befindet. Endlich schleudert ihn irgend eine blinde Losschüttlerin auf einen Sinekureposten. Er wird königlicher Amanuensis an der Bibliothek zu Stockholm. Er bleibt dies länger als alle jene, die schon über Unbeständigkeit und Lebensuntauglichkeit gezischelt, wahrscheinlich für möglich gehalten hätten, aber gerade nicht so lange, dass diejenigen, die schon auf Versinken ins Philisterium und Unfehlbarkeit königlicher Dressurmittel gewettet haben mochten, recht behielten. Er geht ins Ausland wie ein Flüchtling, ein Geächteter. Er schliesst mehrmals Ehen, denn auch in der Ehe würde er die Lüge, die Unaufrichtigkeit gegen sich selbst für das schwerste Verbrechen halten, schwerwiegender als alle sozialen und konventionellen Bedenken. Gerüchte melden, dass er nicht mehr Dichter sondern Naturforscher sei. Plötzlich überrascht er die Welt mit Poesien: ausdrücklich wählt man das hehre fremde Wort statt des einheimischen, so seltsam fremd und hehr und tiefsinnig klingt jetzt alles, viel, viel Traum und Weisheit und Geheimnis und Schicksal, ja Märchenliebliches und zart Legendarisches ist darin.

So hatten alle diejenigen, denen dies Spass oder Genugtuung verschaffen musste, während eines so äusseren Unstetseins auch einen gehörigen Wirbel der *inneren* Ansichten und Anschauungen erleben können; und da waren auch wirklich nicht wenige, die nachgezählt haben, in der naiven und doch so unmenschlichen Meinung, das widerlege sich schon selbst. Auch wir, nachdem wir den festen ruhenden Angelpunkt für das re:ne Ich im Wesen seiner Wahrhaftigkeit begründet fanden, können den Gang durch das empirische nunmehr unbeschadet natürlich wagen: Strindberg begann als Sozialist, sein ganzes Triebleben stellte sich sogleich auf die Seite aller Leidenden, Getretenen und Unterdrückten, ja, es hatte ihm geschienen, als ob das eigene Milieu, dem er nicht zufällig entstammen wollte, seinen Übergang in eine andere Menschensphäre ehrlicher-weise verhindern müsste. Dennoch kam eine Zeit, wo ihm die Instinkte der Masse Unruhe und selbst Abscheu einflössen, und wo er drauf und dran ist sich dem Ideal Nietzsches, dem Übermenschen und der Lehre vom Herrentum,

mit Leib und Seele zu verkaufen. Und heute ist er — Christ. Über die Frauen äussert er zu jeder Zeit sehr temperamentvolle und einander widersprechende Ansichten: da heisst es bald, man soll der Frau ihre im Sklavenzeitalter verlorenen Rechte wiedergeben, bald, man soll sich verteufelt in acht nehmen, dass dieser wahre Herrscher der Welt uns Männer nicht noch mehr zu Heloten erniedrige. Nun sicherlich, das ziemt sich so bei einem mit unserem Menschlichsten zusammenhängenden Problem, dass ihm eine gewisse Labilität gewahrt bleibt. Aber was geschieht? Hier ist, nach Aussage der Frauen, der ewig Inkonsequente plötzlich konsequent, nämlich einseitiger Frauenhasser und Frauenverächter. Warum dann nicht schon einseitiger Frauenverehrer? Da ist er ferner zunächst gläubig, dann vollständiger Atheist, dann Darwinist mit Gottvertrauen, dann Theosoph wie Swedenborg . . . Genug? Entsinnen wir uns, dass wir nur einmal willfährig einem äusseren Sinnenchein nachgehen wollten. Doch treibt man solchen Scherz mit Fug nicht zu weit? Überhaupt aber: Wer heisst euch denn, zum hundertsten Male, bei einem Dichter und Künstler nach *Ansichten* zu suchen? Ist Strindberg schon Tolstoj? Oder ist Tolstoj's Ästhetik schon die allgemein gültige geworden? Wieviel fehlt denn noch, dass Ibsen nicht in die Geschichte der Philosophie übergeht, oder mindestens in eine Geschichte der Frauenemanzipation? Dann wird auch Shakespeare bald wieder all seiner Schurken und Verbrecher wegen vor Gericht gefordert, und Schiller muss von neuem seiner *Räuber* wegen bei Goethe um Pardon bitten. Man verkennt ja nicht, woher dies alles in solch einem Kampfjahrhundert wie diesem kommen mag: hat es doch Strindberg selbst allen Ernstes manchmal so verwirrt, dass er glauben konnte die Zeit der Dichtung, das ist kurz gesprochen: der *Illusion*, sei endgültig vorüber, und heute müsse man nur agitatorisch, das ist kurz gesprochen wahrscheinlich *real*, wirken. Aber dann kam er selbst erst tiefer und immer tiefer in seine Dichtung hinein, dann dichtete er selbst erst seine *Traumspiele*, seine *Märchen*. Ja, die *Wirklichkeit* der Kunst ist keine unmittelbare, keine obenauffliegende; sie muss selbst erst — siehe *Wilhelm Meister* — ihre Deutung erfahren.



M *Roten Zimmer* hinterlässt die dem Dichter vielleicht herzensnächste Figur des Olle Montanus, bevor sie aus der Welt geht, an uns einige Worte:

. . . Den viel besprochenen künstlerischen Trieb kann ich analysieren, da ich ihn selbst gehabt habe. Er beruht zuerst auf einer breiten Basis von Sehnsucht nach Freiheit, Freiheit von nützlicher Arbeit; darum hat auch ein deutscher Philosoph das Schöne als das Unnützliche definiert; denn wenn ein Kunstwerk nützlich sein will, eine Absicht oder Tendenz verrät, ist es hässlich.*

So zu lesen in einem Roman, der selbst nach dem übereinstimmenden Zeugnis vieler wie das Krachen von Eisschollen in der Frühlingsnacht auf die Gemüter gewirkt hat /1879/. Also war da doch irgend ein Programm, ein Weckruf, dessen Inhalt man begeistert weiterpflanzen wollte, mindestens schonungslose Kritik am Bestehenden, die ja auch oft wie positive Mahnung empfunden wird? Das letztere ist ja tatsächlich der Fall. Aber wollte man den Roman wirklich auf eine *Lehre* bringen, so hätte diese doch anders, gar nicht so neu und umstürzlerisch, zu lauten, nämlich: Nun wohl, die Gesellschaft ist zwar morsch und hohl; es gibt aber doch Wege, wie ihr eben seht, auch in ihr zu einem gewissen Glück und Frieden zu gelangen. Arvid Falk weiss sich äusserlich wenigstens **abzufinden** und zu beruhigen; und wer wie er das *Wilhelm Meister*-

Ideal versteht, nämlich innerlich, der rennt denn auch wirklich nicht ewig mit dem Kopf wider die Mauer. Nein, das Revolutionierende des Romans — den meisten freilich damals sicher erst halb bewusst — lag ganz wo anders: Es war die bis dahin noch unerhörte Kunst, die Kunst »auf einer breiten Basis von Sehnsucht nach Freiheit«. Denn jenes wäre immer bloss durchsickernde, halbe Befreiung gewesen für solch einen Wahrhaftigen. Wie werde ich ganz frei von etwas, das mich zu verschlingen, zu zermalmen droht? Ich muss es aussprechen, aber seiner gesamten Natur nach aussprechen können. Ich muss dir sagen können, was die Welt ist, damit ich dich gewissermassen zum Bundesgenossen gegen ihre Widerwärtigkeiten habe, mit dir mein Gefolge verstärken kann, und ich bin bei ihren Schlägen gefasster. In dieser Kunst aber Welt und Gegenstände auszusprechen war mit Strindberg wieder eine neue ungeahnte Möglichkeit der Meisterschaft aufgetaucht: schon in der Sprache des *Roten Zimmers* — und eigentlich schon einige Jahre vorher in mehreren kleinen Dramen und Skizzen?) — kündete sich aufs höchste diese Gabe an alles scheinbar Tote, Dingartige, beseelt, lebendig vor Augen zu stellen und so, im anderen nur ungewohnteren Sinne, doch wieder Deutung, Metaphysik der Natur zu treiben, die nun einmal trotzdem Kern und Wesen aller Kunst ausmacht, so wenig *naturalistisch* man auch grade dies damals gefunden hätte.

Es war nämlich wieder nicht einfach die nacktere, *realere* Natur, die damals dem Programm nach vom Dichter, wie vom Chemiker gleichsam, der gleich interesselos Balsam wie Giftkraut untersucht, ausgesprochen werden sollte: es war bei näherem Zusehn tatsächlich nur abermals eine reichere, aufschluss-tiefere Zeichnung des Wesens der Natur, eine neue Symbolik, Metapher, hervorgerufen offenbar durch eine mikroskopische Technik auf allen Gebieten, die selbst schon den Blick auf eine mehr teil- und gliedartige Durchleuchtung und Zerfaserung des einzelnen gerichtet hielt und irgendwo bereits auch von Beseelung im Innern munkelte. Sehen wir von hier aus denn auch Strindbergs eigene spätere Bemühungen um die Naturwissenschaften, die zwischen aller Physik und Chemie stets dichterisch bleibende Sprache seines *Sylva Sylvarum* und bestimmter Teile des *Blaubuchs*, und denken wir mit Vorsatz dabei an den Realisten Goethe, der zarteste Naturlyrik mit tiefgründigster Naturphilosophie verbindet, so ahnen wir vielleicht etwas. Der Dichter hat es offenbar mit der Natur, das ist schlechthin allem, nicht das eine Mal so und das andere Mal anders zu tun; dies beides ruht vielmehr wahrscheinlich auf einem Prinzip, ist eine Gabe, und das Auge, das Gott ihm erschlossen hat, überhaupt schärfer zu sehen als die meisten, das ist zugleich sein Künstler-tum und Erkenntnisvermögen; und so meinen viele, dass auch dieses ein schärferes und durchdringenderes sei. Hierzu stimmt auch rein sachlich, dass Strindbergs Kunst durchaus auf das Auge eingestellt ist, dass er auch einige Begabung und sehr viel feine Theorie zur Malkunst mitbringt. Überhaupt aber weiss er jedes Ding wie durch ein Fernglas zu bannen, seinen Text wie unter kinematoskopische Figuren zu schreiben, Gesten, Bewegungen, Pantomimisches noch aus weitester Ferne mit der sprechendsten, blühendsten Seele zu beseelen.

Dieses Können beweist er zum Beispiel an seinen historischen Stoffen, die in

*) Diese sind erst viel später unter dem Titel *Herren des Meeres* gesammelt worden.

alles, was er geschrieben hat, keinen kleinen Raum einnehmen. Er zuerst, muss man sagen, hat die Geschichte in seinen kulturnovellistischen Schilderungen³⁾ und *Miniaturen* aus einem erstarrten und geronnenen Zustand in einen lebendigen und flüssigen wieder überführt, und wenn jemand einwenden will, das sei doch sicher auch nicht die *volle historische Wahrheit*, so möge er sich doch die Frage nach der *Wahrheit des Gegenwärtigen* vorlegen, und er wird dem Problem aller Tradition, die nur vom Geist lebt, vielleicht schon näher sein. Dagegen war es meines Erachtens ein Missgriff, aus zu grosser Besinnung schon und Theoretisiererei erwachsen, die stärkste naturalistische Wahrheit im Drama durch Kompression der Begebenheiten in eine Hauptszene erreichen zu wollen. Hier sind die obligaten 3 bis 5 Akte grade die umfliessenden, lauen Wasser der Alltäglichkeit, aus denen sich der Fels des Besonderen und Erhabenen erst plötzlich zu starrer Grösse aufrecken soll. So ist denn Strindberg selbst, in diesem Gefühl vielleicht, von seinen Einaktern zum grossen historischen Drama zurückgekehrt; und die alte Kunst Natur und Geschichte eine neue, seine immer neue, immer grösser und tiefer werdende Seele einzuhauchen hat ihn auch abermals nicht verlassen. Heute ist Strindberg Mystiker. »Die höhere Phantasie hat grössere Realität als diese Wirklichkeit«, sagt er jetzt. Also ein *Bruch* in der Entwicklung, wie so viele sagen? Lassen wir ein so billiges Urteil, denken wir an den Künstler. Der gibt zu allen Zeiten nur Natur: aber anfangs, wie selbstverständlich, bloss das, was das scharfspähende Auge entdeckt; später mehr und mehr ihr Inneres; und heute sucht er den Kern, die Seele allein zu finden. Da brauchen auch die, die ihm nicht folgen können, mit ihm nicht zu rechten.

... »Die Jugend ist nur ein Begriff, eine Abstraktion, eine Prahlerei, ein Aufsatzthema, ein Lied, ein Toast«, sagt Strindberg im letzten seiner Werke, dem tiefsten, im *Blaubuch*. Freuen wir uns mit ihm denn seines Alters, in dem Gedenken, was sein Leben uns gab.

XX

RUNDSCHAU

OFFENTLICHES LEBEN

Politik / Max Schippel

Zentrum und Block Trotz des von Tag zu Tag steigenden Erstes der auswärtigen Lage hat die offiziöse und blocktreue Presse Zeit genug gefunden, um sich abermals mit der *ultramontanen Wählerarbeit* gegen den Block und gegen die verantwortliche Regierungslitung durch den Fürsten Bülow eingehend zu beschäftigen. An diesen, wie es scheint, von Zeit zu Zeit unvermeidlichen Auseinandersetzungen interessieren vorläufig vor allem die Einblicke, die bei dieser Gelegenheit, und zwar noch schärfer als bisher, auf die recht geteilten und widerspruchsvollen

Stimmungen und Neigungen im Zentrum selber fallen. Zeitungsäusserungen, die sofort auf den unvermeidlichen Abgeordneten Erzberger zurückgeführt wurden, hatten in Wien sowohl wie in Berlin den Fürsten Bülow als allzu lauen Freund des österreichischen Balkanvorgehens hinzustellen und auch sonst den Kanzler in Gegensatz zum Kaiser zu bringen gesucht; im *Tag* produzierte sich der vielschreibende und noch stark unausgegrenzte Zentrumsdemokrat sogar als eine Art Retter des monarchischen Gedankens vor hausmeierlichen Bestrebungen. Weiter spielte der selbe Jungklerikale mit der etwas seltsamen, aber in ihrem persönlichen Angriffsziel abermals ganz eindeutigen Idee eine parlamentarische Abwehr-

³⁾ Die ersten sind die *Schwedischen Schicksale und Abenteuer* (1883).

mehrheit aus dem Zentrum, das wohl als das einheitliche und einheitgebende Haupt dabei gedacht war, den Polen und dem gesamten Liberalismus zu bilden. Das alles bewies zunächst nur, dass selbst Angehörige des mehr oppositionellen Zentrumsflügels ihre Ausschliessung von einer dauernden Parlamentsmehrheit sehr schmerzlich empfinden, und dass diese Kreise unter und mit dem heutigen Reichskanzler an den ersehnten Friedenschluss nicht recht glauben. Dass jedoch andere unbestreitbar einflussreiche Zentrumskreise diesen Verzicht auf alle An-schlusshoffnungen und diese gezwungenen Kriegserklärungen gegen den Fürsten Bülow als den eigentlichen Vater aller Hindernisse keineswegs teilen, geht aus den unwirschen, mitunter sogar verletzend unhöflichen Antworten der *Kölnischen Volkszeitung* Martin Spahns und noch anderer nanhafter Wortführer unverkennbar hervor. Die *Germania* erklärte, die Klagen über allzu grosse Zurückhaltung gegen den Dreibundsfreund seien überhaupt nicht auf das Zentrum zurückzuführen. Die *Kölnische Volkszeitung* zog die selbe Scheidelinie zwischen einem unverantwortlichen Einzeljournalisten und einem verantwortlichen Parteiworführer. Die Zentrumspublicistik als solche wisse sich von allem Hass gegen die Person des Fürsten Bülow frei, ganz besonders aber werde sie sich hüten die Bündnisgesinnung des Fürsten Bülow gegenüber Österreich-Ungarn in Zweifel zu ziehen, »wie denn überhaupt bei dem Ernste der gegenwärtigen Weltlage gewiss alles zu vermeiden ist, was dazu führen könnte die Schwierigkeiten noch weiter zu vermehren. . . . Das dürfte wohl hinreichend deutlich zeigen, dass die *Zentrumspublicistik* mit den Flaumachereien eines politischen Einspänners nicht identifiziert werden darf.« Zu guter Letzt empfahl Herr Spahn junior seine Partei sogar mit überaus charakteristischer Entschiedenheit als hervorragende Verkörperung und Stütze jeder wahrhaft konservativen, antiliberalen Politik: »Selbst auf die Parteidisziplin der Zentrumswähler wäre es eine allzu harte Probe, wenn sie an die Seite der Liberalen befohlen würden. . . . Sie wissen . . . dass es ernste Zeit ist, und dass es gilt die politischen Kräfte des Reichs zu sammeln und nicht sie durch einen Verfassungskonflikt noch mehr zu zersplittern als es ohnehin der Fall ist. Dass ihre Partei im preussischen Landtag den Zusammenhang mit

den Konservativen wahr, dass sie in Bayern wie in Baden die Unterstützung der Konservativen offen als Grundsatz verkündet . . . findet den uneingeschränkten Beifall der Wähler.« Das klingt allerdings vollkommen anders als die Erzbergerschen Ratschläge an die Parteien und Denunziationsversuche nach oben; aber nach alter Erfahrung haben die *staatsmännisch-konservativen* Erwägungen zuletzt immer die Oberhand im Zentrum behalten.

×
Balkan Diesmal würde im Ernstfall der mehr agitatorisch-oppositionelle Zentrumsflügel einen besonders schweren Stand haben. Durch die Schwierigkeiten und Gefahren der auswärtigen Politik werden vermutlich alle bürgerlichen Parteien in nächster Zeit zu noch grösserer Selbstbescheidung gebracht werden. Kaum hatte die *Dumarede Iswolskij* die unüberbrückten Gegensätze zwischen Österreich und Russland ziemlich unverhüllt hervorgehoben, so folgte der serbische Kriegsminister Dr. Milovanovic gegen das »serbenversklavende« Donaureich mit einer Rede, die in Wien die amtliche Drohung mit dem Abbruch aller diplomatischen Beziehungen hervorrief. Durch eine Milderung in der offiziellen Wiedergabe der kritischen Wortwendung scheint der äusserste Schritt vorläufig vermieden. Dafür wachsen wieder die Beschwerden gegen Italien, dessen staatlich subventionierte *Navigazione libera* angeblich mit dem türkischen Boykottkomitee Hand in Hand gegen die österreichische Einfuhr arbeitet. Gerade die zeitweilige Lähmung Italiens durch die Erdbebenkatastrophe von Messina dürfte in Wien die Lust zu rascheren Entschlüssen vermehren. Auch in Konstantinopel treten die Rivalitäten der Grossmächte in immer neuen Schachzügen zu tage. So hat Deutschland durch den Freiherrn von Marschall die Erklärung abgeben lassen, man könne bei der geplanten Erhöhung der türkischen Einfuhrzölle fest auf die wohlwollendste freundschaftliche Unterstützung der deutschen Regierung rechnen. Diesen Standpunkt teilt bekanntlich Österreich-Ungarn, während England bei allen früheren Zollerhöhungsversuchen den zähesten Widerstand leistete und noch vor etwa Jahresfrist seine Zustimmung zur Einnahmevermehrung unter Umständen wieder rückgängig machen wollte.

×

×

4*

China Zu allem Überfluss haben sich in Peking Ereignisse abgespielt, die den europäischen Mächten und den Vereinigten Staaten von Amerika nicht geringe Sorgen bereiten. Seit dem Boxeraufstand von 1900 galt der einstige Statthalter von Schantung, der spätere Vizekönig von Tschili, Yuan-Schikai als der bedeutendste und einflussreichste reformfreundliche chinesische Staatsmann. Dass 1900 die Belagerung des Gesandtenviertels nicht zu einer äussersten Kraftprobe und mit der alsdann unausbleiblicher Vernichtung der eingeschlossenen Europäer zu einer Katastrophe für den ganzen chinesischen Reichsaufbau führte, wird seiner wohlüberlegten Zögertaktik zugeschrieben. Die Bildung des Kerns einer europäisch geschulten Armee, die Einführung westlicher Erziehungsmethoden, der Kampf gegen die enternende Opiumpest soll sein Werk sein. Jedenfalls betrachteten ihn die europäischen Regierungen mehr und mehr als die zuverlässigste staatsmännische Kraft für eine innere Umgestaltung des Mittelreichs und für eine offene Aussöhnung Chinas mit dem kulturüberlegenen Westen. Dass nach dem gleichzeitigen Tode der Kaiserinwitwe und des Kaisers das neue Regime ohne innerpolitische Zuckungen einwurzeln konnte, rechnete man vor allem ihm zum Verdienst an. Mit echt orientalischer Plötzlichkeit hat sich gleich nach Neujahr das Bild verschoben. Yuan-Schikai ist nach seinem Heimatstaat Honan verbannt, um, wie ihm gleichfalls echt orientalisches anbefohlen wird, Heilung für ein unversehens ausgebrochenes Beinleiden zu suchen. Die englischen Blätter sprechen bereits von einem Siege der reaktionärsten Mandschuclique auf der ganzen Linie und von der Gefahr neuer, von oben herab geförderten Ausbrüche des Fremdenhasses, um, wie 1900 bei der Boxerbewegung, die Aufmerksamkeit des Volks von den inneren Missständen und Reformnotwendigkeiten abzulenken. Die Vertreter der auswärtigen Mächte entschlossen sich daher nach langen Beratungen zu dem ungewöhnlichen Schritt: dem Regenten, dem bekannten Sühneprinzen Tschun, die Hoffnung auszudrücken, dass die Entlassung Yuan-Schikais keine Änderung der Politik bedeute. Die Zurückziehung der letzten Reste der europäischen, darunter auch der deutschen Besatzungstruppen scheint abermals ins Stocken zu geraten.

×

Kurze Chronik Die Drittelserneuerung des französischen Senats hat am 3. Januar dem Ministerium Clemenceau einen ansehnlichen Gewinn gebracht. Von den 103 neu gewählten Senatoren sind 2 *unabhängige* (nicht geeinigte) Sozialisten, 59 Radikale und Sozialistischradikale (Clemenceau zählt sich selber zu den Sozialistischradikalen), 26 Linke, 11 Progressisten und 5 Konservative. Die *unabhängigen* Sozialisten gewannen 1, die Konservativen 1, die Radikalen 18 Sitze. × Der deutsch-schweizerische Mehlikonflikt hat die schweizerischen Müller zu einem Boykottaufruf gegen deutsches Getreide und deutsche Mehprodukte veranlasst; weiter beschloss das Initiativkomitee am 6. Januar in Olten im Fall der Unwirksamkeit des Getreideboykotts die Verrufserklärung auf andere Einfuhrwaren auszudehnen.

×

Literatur Eine handelspolitische Anomalie hat sich immer mehr in den Beziehungen zwischen Deutschland und Kanada herausgebildet. Als 1898 die hoffnungsreiche britische Siedlungskolonie zu Vorzugszöllen für England übergang, konnte Deutschland immerhin noch hoffen durch Verweigerung der früher eingeräumten Meistbegünstigung den Schritt Kanadas rückgängig zu machen, der seinerseits zweifellos eine Verletzung der Meistbegünstigung, wenigstens nach der früher international üblichen Auffassung darstellte. Unterdes sind Südafrika, Australien und Neuseeland gleichfalls zu Vorzugszöllen für das Mutterland England übergegangen, und Deutschland hat hier auf Gegenschritte verzichtet; andere Staaten haben das gleiche Verhalten befolgt. Ist dann der Fortbestand der zollpolitischen Differenzierung gegen die eine Kolonie Kanada nicht eine Ausnahmemaßregel, die Kanada zum mindesten einen guten Vorwand zu seinen Widervergeltungsmassnahmen, zu Zuschlagszöllen speziell gegen die deutsche Einfuhr bot? Wird Deutschland dadurch nicht von einem vielversprechenden Absatzmarkt künstlich abgedrängt? Und bietet die neue kanadische Handelspolitik mit ihrem Mittel-tarif, der eine wesentliche Einschränkung der englischen Vorzugsbehandlung darstellt, nicht die Grundlage, um zu einem vertragsmässig gesicherten Friedenszustand zu gelangen? Es ist mit Freuden zu begrüssen, dass wir jetzt in der handelspolitischen Studie Dr. E. J.

×

Neissers *Deutschland und Kanada* /Berlin, Simion/ ein reichhaltiges geschichtliches und statistisches Material über alle hierhergehörigen Fragen erhalten. Nach den Mitteilungen Dr. Theodor Barths erkennt der kanadische Premier Sir Wilfried Laurier unumwunden an, »dass der [heutige] Zustand für beide Teile unbequem ist, und dass es im beiderseitigen Interesse liege diesen unnützen Zollkrieg baldigst zu beenden«. Die Schrift Dr. Neissers wird hoffentlich auch in Deutschland die Neigung zum Abschluss eines befriedigenden Übereinkommens stärken.

Sozialistische Bewegung / Josef Bloch

1908

Für die Expansion der sozialdemokratischen Partei bedeutet das Jahr 1908 keine besonders merkbare Etappe. Dass die Zahl ihrer Anhänger zugenommen hat, unterliegt bei dem Wachstum der industriellen Bevölkerung keinem Zweifel; nur bot sich wenig Gelegenheit dies festzustellen. Für die innere Festigung der Partei hat man namentlich in Deutschland durch Unterrichtskurse einiges zu tun versucht. Dieses ganze Unternehmen ist aber immer noch zu frisch, als dass man ein begründetes Urteil über seinen Wert bereits abgeben könnte. Die Bildungsdebatte auf dem Nürnberger Parteitag warnt vor dessen Überschätzung, da es sich gezeigt hat, dass die Veranstalter selber über die Aufgaben und die Möglichkeit sozialdemokratischer Bildung sehr verschiedener Meinung sind. Eine wirkliche Arbeiterbildung, die sich weitere Ziele steckt, wird sich nur im Anschluss an die Weiterentwicklung der sozialistischen Theorie selber vermitteln lassen. Diese Theorie aus ihrem jetzigen *dogmatischen Schlummer* zu befreien, zu einer wirklich wissenschaftlichen Durchdringung der sozialen Erscheinungen der Gegenwart und ihrer Zukunftstendenzen zu kommen, unter Berücksichtigung aller Realitäten und ohne den Zwang für diese immer wieder Ausnahmen statuieren zu müssen: das ist eine der wichtigsten Aufgaben für diejenigen Parteigenossen, die die theoretische Konzentration mit konkretem Erfassen zu verbinden vermögen. Das *Nurpraktikertum*, das für grössere Gesichtspunkte den Sinn verliert, ist für die Formung einer wirklichen Politik, die der Partei noch fehlt, auf die Dauer auch nicht geeignet: die blossе Routine versagt, wo es sich darum handelt eine Situation zu schaffen,

die der Betätigung ganz andere Möglichkeiten böte als das gewohnte Agitationsfeld des Tages.

An sich ist der Sinn für politische Notwendigkeiten in der Sozialdemokratie heute bereits deutlich erkennbar. Dafür hat gerade das abgelaufene Jahr einige Beispiele gebracht, die auch dem Aussenstehenden von einer sich vollziehenden inneren Wandlung Zeugnis geben. In Deutschland hat die Budgetdebatte um Nürnberg gezeigt, dass man in grossen Kreisen der Partei ernstlich daran denkt mit den vorhandenen Faktoren unseres Staatswesens zu rechnen, wenn auch unter vorsichtiger Betonung des spezifischen Kulturcharakters einzelstaatlicher Budgets. Man hat jedenfalls die trennende Linie bereits überschritten, und man wird deutlich von dem Gefühl der Verantwortung beherrscht, die man als Vertreterin der Arbeiter und der produktiven Kräfte im Gegenwartsstaat hat. Diese Empfindung drängt zu einer grösseren Energie und Aktivität, aber auch zu grösserer Vorsicht bei bestimmten politischen Kombinationen. Der Ausgang des Jahres zeigte die Sozialdemokratie auch im Reich auf einer politischen Höhe, die selbst ihre Gegner widerwillig anerkennen mussten. Bei den Debatten der Kaiserinterpellation hat die sozialdemokratische Fraktion gerade durch ihre massvolle Sprache und durch die strenge Beschränkung auf das Tatsächliche und sachliche Gebotene sich als wirklich konstitutionelle Partei erwiesen und damit zur Parlamentarisierung des Deutschen Reichs selber ein gutes Stück beigetragen. Sie hat darauf verzichtet gegen die ganze bürgerliche Gesellschaft zu Felde zu ziehen, sie hat sogar Rücksicht auf eine bestimmte parlamentarische Konstellation genommen und die Beseitigung des persönlichen Regiments nicht unter dem Gesichtspunkt des Klassenkampfes sondern im Interesse der nationalen Stellung Deutschlands gefordert. Die Entwicklung zum Reformismus in der deutschen Sozialdemokratie ist natürlich nach wie vor Rückschlägen ausgesetzt. Die in ihrem Besitzstand bedrohte Intransigenz ist schon wegen der Schwierigkeit des Umlernens darauf angewiesen von Zeit zu Zeit mit ihren *revolutionären Mitteln*, das heisst mit dem starken Gebrauch des überkommenen Wortschatzes, das Werden einer eigenen Politik zu verlangsamen. Das kann aber diejenigen nicht an der reformistischen Entwicklungstendenz irre machen, die von deren

ökonomischer Notwendigkeit überzeugt sind. In den ausländischen Bruderparteien hat sich dieser Prozess zum Teil bereits vollzogen, und in allen Ländern, in denen überhaupt eine Sozialdemokratie als Volksbewegung, nicht als importiertes Literatenprodukt, existiert, sehen wir die gleichen Erscheinungen. Das Jahr 1908 hat in einer Reihe der wichtigsten Sozialdemokratien den Reformismus marschieren sehen.

In Italien hat der Florentiner Parteitag die Zwischengattung der Intregalisten zu gunsten der reinen Reformisten depossidiert.

Für Frankreich hat der Parteitag in Toulouse wenigstens die moralische Wiedereinführung der reformistischen Politik gebracht, an deren Spitze sich Jaurès gestellt hat. Hier ist freilich nur ein labiles Gleichgewicht geschaffen worden, und eine wirkliche Stabilisierung ist auch so lange unmöglich als in der französischen Gewerkschaftsleitung, im Gegensatz zur italienischen, nicht die eigentlichen Gewerkschafter sondern die Syndikalist die Oberhand haben; das wiederum hängt mit der wirtschaftlichen Struktur des Landes selber zusammen, und daher dürfte Frankreich noch für lange Zeit hinaus eine sehr unsichere Provinz der sozialistischen Arbeiterbewegung darstellen.

Dass die sozialistische Bewegung Englands reformistisch ist, bedarf keiner besonderen Hervorhebung: Die Politik der *L. P.* hat andere Elemente überhaupt nicht gekannt. Die Intransigenz findet man dort in der bedeutungslosen Gruppe der *S. D. P.* Der *sozialdemokratische* Name dieser Gruppe verleitet viele deutsche Genossen noch immer in ihr wirklich die englische Sozialdemokratie zu sehen. Doch Bernard Shaw schrieb schon vor 9 Jahren: »In England bezeichnet man mit *Sozialdemokrat* heutzutage einen Sozialisten, der hoffnungslos hinter der Entwicklung zurückgeblieben ist« (siehe seine Antwort auf die Enquete über die Ergebnisse des Hanoverschen Parteitags in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1899, pag. 615). Und das dürfte heute recht recht zutreffen. Freilich kann diese Sekte und was sich um sie herum kristallisiert der Arbeiterpartei Schwierigkeiten bereiten, die gerade in jüngster Zeit die Form einer Krise anzunehmen drohten. Wie aber das Schicksal der *L. P.* speziell sich auch gestalten möge, ja, würde selbst — was in manchen Kreisen heute gewünscht wird — neben ihr als reiner Ar-

beiterpartei sich noch eine besondere spezifisch sozialistische Partei bilden: an dem Wesen der englischen Arbeiterbewegung, das im Wirtschaftlichen fest verankert ist, könnte keine von aussen hingetragene Unruhe auf die Dauer etwas ändern.

Die österreichische Sozialdemokratie war von je eine Meisterin in der Ausnutzung des Gegebenen, und sie ist heute vielleicht die einzige wirkliche Reformpartei Österreichs überhaupt. Gerade gegen Ausgang des Jahres 1908 hat sie durch Annahme der Vizepräsidentenschaft im Reichsrat und durch die Ermöglichung der Budgetbewilligung aufs neue auch dem Ausland ihren positiv gerichteten politischen Sinn erwiesen. Und man kann ihr auch *prinzipiell* nic etwas anhaben. So kann sie jetzt die Versicherung abgeben, dass sie das Budget gar nicht angenommen habe: sie hat es lediglich auf die Tagesordnung gesetzt, und das war nur *de facto*, nicht aber formell, gleichbedeutend mit seiner Bewilligung. Die Budgethaltung der Österreicher ist in der Tat nicht ohne weiteres der der Süddeutschen gleich zu stellen. Die österreichische Sozialdemokratie hat sich als die eigentliche Trägerin des Staatsgedankens erwiesen, der im Parlament seine Verkörperung findet, nicht nur, wie die süddeutsche, als Beschützerin der Staatsanstellungen.

Die kleineren Parteien, die Holländer, die Schweden, auch die Schweizer und die Belgier, gehen mehr oder minder bewusst den selben Weg. Am entschiedensten tun es die *Holländer*, die in früheren Tagen auch am meisten, zuerst unter den Anarchisten, dann unter der *Marxisten*, zu leiden hatten. Was die *marristische* Gruppe jetzt gegen die holländische Parlamentsfraktion an *Verstößen gegen das Prinzip* zusammenträgt, und was in einem Brief eines holländischen Parteigenossen im *Vorwärts* vom 5. Januar getreulich aufgezählt wird, sieht nur noch nach komischem Querulantum aus; von dem allerdings sehr schwer wiegenden Vorwurf der Intoleranz sehe ich hier ab, da die Mitteilungen in diesem Punkt noch der Untersuchung bedürfen.

Im wesentlichen sind nur noch die slawischen Länder die Domäne des gewohnheitsmässigen *Radikalismus*, was sich psychologisch gut erklären lässt. In *Russland* kann zurzeit von einem innerpolitischen Leben nur im übertragenen Sinn gesprochen werden. Wo die Sozialdemokraten mit der Politik ein wenig in Berüh-

rung kommen, in der *Duma*, huldigen sie im allgemeinen einem vernünftigen, *menschewistischen* Geist. Das beweisen manche Nachrichten vom Auftreten der Fraktion im Parlament, das beweisen mehr noch die Angriffe der *Bolschewiki*. Ist es doch vor kurzer Zeit schon dahin gekommen, dass einige Komitees die Mandatsniederlegung aller Fraktionsmitglieder forderten. Vernünftigerweise hat damals der Parteivorstand dem törichten Drängen nicht nachgegeben und die Fraktion nicht abberufen. Er hat sicher gut daran getan.

So bleibt, wenn wir das Gesamtbild des sozialistischen Europas betrachten, nur noch die Hoffnung auszusprechen, dass für die internationale Sozialdemokratie das Jahr 1909 das hält, was das Jahr 1908 versprochen hat, und dass, wenn der nächste internationale Kongress in Kopenhagen zusammentritt, es sich zeigt, dass die Partei wieder ein gehöriges Stück vorwärts zurückgelegt hat.

× **Belgien: Kongofrage** ×

Seit dem Parteitag vom 30. Juni 1907 (siehe diese Rundschau in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1907, 2. Band, pag. 678) ist die Kongofrage auf der Tagesordnung geblieben. Sie ist durch die inzwischen vollzogene Annexion des Kongostaats in ein neues Stadium getreten. Die Kongodebatte hat sich in der Partei natürlich zur Kolonialdebatte überhaupt entwickelt. Die Verhandlungen des Stuttgarter internationalen Kongresses waren gerade für die belgische Partei von besonderer Wichtigkeit, weil die Gesichtspunkte, die in Stuttgart aufgestellt wurden, die Zivilisierung der Tropen und der Schutz der Eingeborenen, für den Kongo in erster Linie in betracht kommen. Vandervelde hat selber eine Reise an den Kongo gemacht, um durch Autopsie sich ein begründetes Urteil zu bilden: ein Verfahren, das der Holländer van Kol bereits geübt hatte, und das auch den deutschen Parteigenossen, die in der Kolonialfrage führend auftreten wollen, sehr zu empfehlen wäre. In seinen Briefen aus dem Kongo, die er im *Peuple* erscheinen liess, zeigte Vandervelde sich voll Vertrauen in die wirtschaftliche Zukunft der Kolonie. Das rief eine Missstimmung in den Kreisen der Genossen hervor, die sich von der alten Kolonialfeindschaft noch nicht losreissen können. Dazu kam die aktuelle Frage, ob die Partei auch eine Vertretung im belgischen Kolonialrat, dessen Mitglieder vom König

ernannt werden, annehmen solle. Die Kolonialdebatte nahm nach der Rückkehr Vanderveldes — der seine gesammelten Erfahrungen in einem Buche veröffentlichten will — einen sehr heftigen Charakter an. Vandervelde war nicht im mindesten gewillt ein Opfer des Intellekts zu bringen und sich irgend einer *radikalen* Parteisektion zu unterwerfen. Es wurde daher zum 27. Dezember ein ausserordentlicher Parteitag einberufen, der ausschliesslich der Kongofrage gewidmet war. Es gelang auf diesem Parteitag eine Einigung zu erzielen: nahezu einstimmig wurde eine Resolution angenommen, die Vandervelde akzeptieren konnte. Der Wortlaut stellt, wie regelmässig bei solchen Einigungsresolutionen, einen Widerspruch und eine Halbheit dar: man will sich an den Kolonialreformen beteiligen, ja das eigentlich treibende Element für solche Reformen am Kongo bilden, erklärt aber im selben Atemzug seine unerbittliche Opposition gegen die Kolonialpolitik und verweigert das Kolonialbudget. Dieses letzte Faktum wird wieder dadurch gemildert, dass Hector Denis das Budget als ein Ausbeutungsbudget charakterisierte, das an Einnahmen aus den verschiedenen Formen der Zwangsarbeit fast 17 Mill. fr. enthält, denen an Ausgaben für Arbeitslöhne noch nicht einmal 3 Mill. gegenüber stehen; also kann man den Beschluss so auslegen, dass er sich nur gegen dieses spezielle Budget richtet, und gerade gegen dessen Einnahmen. Der Ausgang der Debatte wird den nicht gerade befriedigen, der von Konzessionen an die konservativ-revolutionäre Denkbequemlichkeit nichts wissen will. Gleichwohl muss man sagen, dass Vandervelde in diesem Fall wohl das Richtige getroffen hat. Die Hauptsache, die praktische Mitarbeit in kolonialen Dingen, ist durch jene Resolution ermöglicht. Dass diese Arbeit sich immer intensiver gestaltet, dafür sorgt die Bedeutung des annektierten Kongo für Belgien, das werden auch bewusst die Vandervelde und Terwagne durch das Schwergewicht ihrer grössern Sachkenntnis bewirken.

× **Kurze Chronik** × Die schweizerische Sozialdemokratie sprach sich auf ihrem Parteitag in Olten am 28. und 29. November für das staatliche Getreidemonopol aus. × Die spanische Sozialdemokratie hat im Dezember ein Volkshaus in Madrid eröffnet. Auch in Spanien macht der So-

zialismus Fortschritte, wenn auch nur sehr langsam. In Madrid sind jetzt infolge der Bemühungen der Sozialisten 30 000 Arbeiter gewerkschaftlich organisiert. × Der 3. Parteitag der lettischen Sozialdemokratie, der kürzlich abgehalten wurde, zeigte, dass die Partei trotz der furchtbaren Verfolgungen noch Werbekraft besitzt. Sie zählt jetzt etwa 6000 organisierte Mitglieder. Die Partei beschloss namentlich die Gründung von Gewerkschaften zu fördern. An den Kommunalwahlen wird sie teilnehmen, die Frage des Kompromisses mit anderen Parteien blieb offen. × Die *S. D. Russisch Polens* hat sich auf ihrem 6. Parteitag aufs neue auf den Standpunkt der *Bolschewiki* gestellt. Sie erkennt in ihrer Resolution zwar ausdrücklich an, dass die Revolution »aufs Haupt geschlagen« sei, verlangt aber nach wie vor den »revolutionären Kampf der Arbeiterklasse«, ohne sich über dessen Möglichkeit näher auszulassen. × Genosse *Dschaparitze*, eines der zu Zuchthaus verurteilten Mitglieder der zweiten *Duma*, ist während des Transports im Arrestantenwagen der Lungenschwindsucht erlegen. Er galt als das Haupt der kaukasischen Arbeiterabgeordneten, sein ganzes Leben war durch Hingabe an die Sache ausgefüllt, der er zuerst als *Illegaler*, dann als *Dumamitglied* diente, bis er jetzt als Opfer der Gegenrevolution den Tod fand.

× **Literatur** Es ist nicht empfehlenswert über Lebende Monographien zu schreiben. Man kommt da mit dem persönlichen Takt allzu leicht in Konflikt. Und nun gar, wenn es sich um einen Parteiführer handelt, und erst recht, wenn sein Biograph einer andern Partei angehört. Sicher hat *H. von Gerlach* in seinem biographischen Essay *August Bebel* /München, Langen/ seinem Gegenstand vollständig gerecht werden wollen. Man merkt es dem Autor an, dass er eine ehrliche Bewunderung für den von ihm Dargestellten hat. Allein es ist in solchen Fällen fast unmöglich einen Ton zu treffen, der das Lob nicht als Schmeichelei, den Tadel nicht als Kränkung missdeuten lässt. Aus dem gleichen Grunde wird man sich auch bei der Beurteilung des Inhalts solcher Monographie im einzelnen grosse Reserve auferlegen müssen. Mit schwerem historischen Geschütz gegen den Autor loszuziehen scheint mir bei dem essayistischen

Charakter der kleinen Schrift ganz unangebracht. Ich hätte es aber nicht als einen Mangel angesehen, wenn der Autor es vermieden hätte irgend welche Geschichten und Deutungen, die man sich wohl erzählt, die aber doch schliesslich keinen urkundlichen Wert haben, als Quelle zu benutzen. Diese Methode wirkt zum Beispiel bei der Darstellung des Dresdener Parteitags ziemlich peinlich, obwohl sie sicher gut gemeint ist. Ebenso hätte sich der Autor wohl hier und da ein psychologisches Urteil sparen können, das doch nur auf Hörensagen hin entstanden und objektiv fragwürdig ist. Wir haben genügend viele Beispiele, dass manche Sätze und Urteile allgemein akzeptiert sind, obgleich sie keine weitere Begründung haben als häufige Wiederholung: Es *steht fest*, dass dieser Schriftsteller von systematischer Schärfe, jener durchaus konfus, ein anderer perfide, wieder ein anderer ein genialer Kopf ist. Aber die Übernahme so häufig ausgesprochener Meinungen sollte einem widerstreben, und man sollte sie auf alle Fälle erst einmal auf ihre Richtigkeit prüfen. Dies einige notgedrungene Ausstellungen an der Gerlachschen Schrift. Im übrigen sei gern anerkannt, dass die Darstellung recht fesselnd ist; es ist schliesslich auch sehr viel, dass der Autor mit solcher Warmherzigkeit über einen politischen Gegner schreiben kann. Wie man sich zu seinem Urteil im einzelnen auch stellt: die Persönlichkeit *Bebels* tritt gross und interessant den Lesern vor Augen. Da die Sympathien für den Menschen oft zur Sympathie oder jedenfalls zu einem starken Interesse für seine Sache überleiten, so kann ich mir denken, dass die vorliegende Schrift in bürgerlichen Kreisen für die Sozialdemokratie Stimmung macht. Es seien ihr daher dort viele Leser beschieden. × Der Abwehr von Angriffen auf die parlamentarische Sozialdemokratie und auf die zentralistischen Gewerkschaften dient eine kleine Broschüre *Simon Katzensteins Der Anarchismus und die Arbeiterbewegung* /Berlin, Buchhandlung *Vorwärts*/. Aber der Verfasser kämpft gegen einen imaginären Gegner. Wo haben wir denn heute in Deutschland noch Anarchisten? Nur kleine Zirkel, wie solche sich in einer Grossstadt schliesslich für alle möglichen Dinge zusammenfinden, die wohl immer noch das Interesse der Polizei, aber nicht das der Öffentlichkeit erregen. Der einzige anarchische Sozialist von geistiger Bedeutung, den Deutschland seit dem

Sozialistengesetz gehabt hat, Gustav Landauer, steht faktisch ganz ausserhalb des Anarchismus, er wirkt auch nach einer anderen Richtung. Eine kurze Zeit schien es, als sollte etwas Anarchismus-ähnliches auch bei uns zu Ehren kommen: Das war vor 4 Jahren, als der Idealist Dr. Friedeberg den Anarchosozialismus erfand und durch seine Generalstreikphantasien bei allen vom blossen Mundradikalismus unbefriedigten Parteigenossen ein Echo fand. Auf Jena folgte aber Mannheim, auf den russischen Oktoberstreik folgten all die Fehlschläge der späteren Streiks, der Glaube an dieses neue Wundermittel ist geschwunden, und damit ist der Anarchosozialismus auch wieder entschlafen. Hat so die Katzensteinsche Schrift auch keinen direkten praktischen Zweck, so ist es doch sehr gut, dass sie geschrieben wurde. Der Verfasser zählt in einer klaren Weise all die verschiedenen Argumente für die parlamentarische und für die gewerkschaftliche Tätigkeit auf, die er überzeugend rechtfertigt: was er sagt, kann nicht nur gegen die Argumentation der Anarchisten sondern auch gegen die mancher Parteigenossen angeführt werden, die weit nach links zu stehen vermeinen. Gleichwohl wird Katzenstein dem Parlamentarismus durchaus nicht völlig gerecht; seine allgemeine Bemerkung, dass man durch das Parlament nicht alles erreichen könne, lässt ohne die notwendige Spezialisierung das ganze *pro* und *contra* im Dunkel einer Nacht, in der alle Katzen grau sind. Mit der Theorie des Anarchismus beschäftigt sich der Autor in seiner Schrift überhaupt nicht, und doch bietet gerade diese erhebliches Interesse: sie ist ein Musterbeispiel für vermeintliche Konsequenz, deren Gültigkeit aber nur darauf beruht, dass die Voraussetzungen ununtersucht und die Grundbegriffe undefiniert bleiben; die Konfusion, die in dieser scheinbaren kristallinen Klarheit liegt, ist auch sonst nicht selten anzutreffen. In ihrer gewollten Beschränkung ist Katzensteins gut geschriebene Abhandlung recht wirksam, und sie kann allen denen empfohlen werden, die unbestimmte Hinnneigung zur *Herrschaftslosigkeit* haben, als deren Vertreter sie die Anarchisten ansehen.

Wirtschaft / Richard Calwer

1908

Dass das eben abgelaufene Jahr weit ungünstiger verlief als man bei seinem Beginn annehmen konnte, das hatte seinen

Grund hauptsächlich in der äusserst matten Bautätigkeit im Jahre 1908. Im Januar 1908 hatte sich zwar die Konjunkturkurve schon deutlich nach unten geneigt, aber es durfte nicht als völlig ausgeschlossen gelten, dass die Erleichterung am Geldmarkt das Baugewerbe schon bald wieder befruchten würde. Diese Eventualität blieb aber ganz und gar aus: Die Unternehmungslust im Baugewerbe schwachte sich weiter ab, die Besserung auf dem Geldmarkt war noch nicht so weit vorgeschritten, um schon im Frühjahr anregend auf die Bautätigkeit wirken zu können. Der grosse Bedarf an Materialien und Industrieerzeugnissen für Bauzwecke ging daher weiter zurück, während eine Steigerung nötig gewesen wäre, um die geringeren Aufträge zur Besserung und Mehrung des Produktionsapparates einigermaßen auszugleichen. Hatte bis zum Frühjahr die Konjunkturkurve zwar schon nach abwärts gezeigt, so war sie doch noch nicht unter das Niveau des Jahres 1907 herabgesunken. Ganz anders gestaltete sich die Entwicklung, als eine Belebung der Bautätigkeit ausblieb. Von April ab nahm die Verschlechterung zu, und die Konjunkturkurve sank unter das Vorjahrsniveau. Bis gegen Ende des Jahres dauerte dann die Depression unter einer Reihe von Schwankungen an, um zum Schluss leichte Anzeichen einer partiellen Erholung zu verraten: alles in allem stand das ganze Jahr im Zeichen der wirtschaftlichen Krise, die vor allem die Arbeiterbevölkerung, gegen Ende des Jahres noch besonders heftig, heimsuchte. Gemildert wurde in Deutschland die Krise durch die im allgemeinen sehr befriedigende Lage der Landwirtschaft, wobei ich an die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeitgeber denke. Die ungebrochene Kaufkraft der landwirtschaftlichen Bevölkerung trug viel dazu bei die Wirkungen der gewerblichen Krise abzuschwächen. Die gewerbliche Krise äusserte sich zunächst darin, dass erst die Zunahme der Beschäftigten nachliess, später aber eine absolute Verringerung der tätigen Arbeitskräfte eintrat. Dazu kamen auch noch für die weiterbeschäftigten Arbeiter Feierschichten oder eine regelmässige Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit, so in einzelnen Zweigen des Textilgewerbes bis zu 15% der vollen Erzeugung. Die absolute Verringerung der gewerblich Beschäftigten schliesst aber in sich, dass für das alljährlich an den gewerblichen Arbeitsmarkt gelangende Neuangebot keine

Arbeitsgelegenheit vorhanden ist. Bei der Notwendigkeit aber für einen grossen Teil des alljährlichen Bevölkerungszuwachses Arbeitsgelegenheit in Handel und Gewerbe schaffen zu müssen bedeutet jede absolute Verringerung der Beschäftigung eine ganz empfindliche Verschlechterung des gewerblichen Arbeitsmarktes. Die Landwirtschaft hat glücklicherweise einen ziemlichlichen Teil des Neuangebots während des laufenden Jahres aufnehmen können, da der Leutemangel der früheren Jahre arge Lücken in dem Arbeiterbestand auf dem Lande gerissen hatte, aber der übrige Teil belastete in steigendem Masse den Arbeitsmarkt in einer äusserst nachteiligen Weise. Kein Wunder, dass der Andrang an den Arbeitsnachweisen auf eine seit Jahren nicht mehr beobachtete Höhe hinaufging und fast die Höhe der schlimmsten Monate während der Krise 1901 bis 1903 erreichte. Es bildete sich eine ungewöhnliche Arbeitslosigkeit, die während der Wintermonate einen erheblichen Teil der Arbeiterbevölkerung wirtschaftlicher und sozialer Not mehr oder weniger aussetzt. Aber auch das Gros der Arbeiterbevölkerung hat im Jahre 1908 nicht wenig gelitten. Auf der einen Seite hat sich das Einkommen gemindert, schon deshalb weil die Arbeitsgelegenheit abnahm, dann aber auch infolge von Lohnverkürzungen, die namentlich dort vorkamen, wo keine festen Tarifverträge gegen Lohnherabsetzungen schützten, auf der anderen Seite trat aber überwiegend keine Ermässigung der Haushaltskosten ein, durch die die Verminderung des Einkommens hätte unwirksam gemacht werden können. Wohl gingen im Grosshandel die Warenpreise zurück, aber im Detailverkehr vollzog sich die Ermässigung gar nicht, ja, es traten sogar Preiserhöhungen ein. So dürften sich die Haushaltskosten gegen 1907 noch gesteigert haben, während das Einkommen im Durchschnitt zweifellos abgenommen hat. Das Jahr 1908 bedeutet jedenfalls für die Arbeiterbevölkerung eine deutliche Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse. In welchem Grade diese Verschlechterung sich vollzogen hat, darüber schon heute zu urteilen wäre verfrüht. Im Gegensatz zu der Gestaltung der Arbeiterverhältnisse im Ausland kann allerdings so viel schon jetzt behauptet werden, dass der Grad der Verschlechterung in Deutschland nicht so gross ist wie in den Vereinigten Staaten von Amerika und in Grossbritannien.

X

X

Erdbeben in Italien

Ein Erdbeben von furchtbarer Stärke hat am 28. Dezember die beiden Küsten an der Meerenge von Messina heimgesucht. Zahlreiche Orte und namentlich die zwei Städte Messina und Reggio sind in Trümmer gesunken, mehr als hunderttausend Menschen haben ihr Leben eingebüsst. Die Katastrophe ist so gewaltig, dass man wohl sagen kann: die Geschichte kennt kein zweites Erdbeben mit solchen verheerenden Wirkungen. Nicht nur Siziliens Wohlstand wird durch das Unglück aufs härteste getroffen, auch das Wirtschaftsleben Italiens hat unter den Verlusten an Gut und Blut nachhaltig zu leiden, und es wird Jahre dauern, bevor die Folgen der Verheerungen überwunden sind. Wenn auch die Hilfs- und Unterstützungstätigkeit der ganzen Welt die Not und das Elend der überlebenden Bevölkerung zu lindern und zu mindern sucht, die Zerstörung wirtschaftlicher und kultureller Werte, der Verlust des stattlichen Kapitals, das die vernichtete Bevölkerung für die sizilianische Wirtschaft repräsentiert, hat eine Schädigung bewirkt, die auf keine Weise mehr gut zu machen ist. Nicht zum ersten Male ist die betroffene Gegend von einem Erdbeben heimgesucht worden, aber auch nie waren die Wirkungen so zerstörend wie 1908. Es ist begreiflich, dass die jetzige Katastrophe zu dem Vorschlag führen konnte Messina gar nicht mehr aufzubauen sondern die Bevölkerung an anderen Orten anzusiedeln.

X

X

Kurze Chronik Ein neues Syndikat der Zuckerraffinerieen ist in der Bildung begriffen.

X Die oberschlesische Kohlenkonvention beschloss am 19. Dezember an den bisherigen Preisen im allgemeinen festzuhalten und nur für Industriekohlen Ermässigungen eintreten zu lassen. X Das Siegerländer Eisensyndikat setzte seine Produktionseinschränkung von 50 auf 40 % herab. X Die Verwertung des Diamantfeldes Kolmanskop in Südwestafrika wurde einem englischen Syndikat übertragen. X Der Ausweis der Reichsbank am Jahreschluss zeigte eine überaus starke Inanspruchnahme der Reichsbankkassen. Es ergab sich am 31. Dezember an Stelle der steuerfreien Notenreserve eine Steuerpflicht für den Betrag von 454,80 Mill. M. X Der Stahlwerksverband hat Anfang Januar die Ausfuhrvergütung für Formeisen wegen Befestigung des Aus-

landsmarktes herabgesetzt von 25 auf 15 M. pro t.

×
Literatur Noch immer wird die Frage erörtert, wie durch gesetzgeberische Massnahmen für Deutschland billigeres Geld geschaffen werden könnte. Paul Steller bekämpft in einer Publikation *Die Wendung in der deutschen Geld- und Bankfrage* /Köln, Neubner/ die bisherige Bankpolitik, die dem deutschen Wirtschaftsleben Erdrosselungszinssätze auferlege. × Regierungsrat Rud. Martin macht in einer Broschüre *Billiges Geld* /Berlin, Concordia/ positive Reformvorschläge, die vor allem in der Einführung einer Goldprämienpolitik und in der Verstaatlichung der Reichsbank gipfeln. × Ein finanzpolitisches Problem behandelt Dr. Paul Schwarz in seiner Schrift *Ein Reichspetroleummonopol* /Berlin, Verlag für Fachliteratur/. × Der Direktor der Bayerischen Handelsbank in München, Dr. J. Löhner, veröffentlicht, gewissermassen als Schluss der Einleitung zu seinem Buch über das Hypothekenbankgesetz vom Jahre 1899, eine Studie *Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Hypothekenbanken* /Leipzig, Deichert/. × Die Einführung der doppelten Buchführung in Staats- und Kommunalbetrieben empfiehlt Dr. Walter Waldschmidt in der Schrift *Kaufmännische Buchführung in staatlichen und städtischen Betrieben* /Berlin, Liebmann/. × Das Wichtigste aus dem Handels- und Wechselrecht sucht Alfred Jorcke in einer *Handelslehre* /Dresden, Reuter/ der Kaufmannswelt zu vermitteln.

Frauenbewegung / Wally Zeppler

Arbeiterinnen- Am 9. Dezember sind nach **schutz** fast einjährigen Vorberatungen die Bestimmungen der Gewerbeordnungs-novelle über Jugend- und Arbeiterinnenschutz und über den Geltungsbereich der Gewerbeordnung in dritter Lesung vom Reichstag verabschiedet worden. Von entscheidender Wichtigkeit ist in der Novelle die Einführung des gesetzlichen Zehnstundentags für erwachsene Arbeiterinnen, an Stelle des Elfstundentags. Eine lange und lehrreiche Geschichte geht dieser sozialen Errungenschaft der Arbeiterklasse voraus. Während in England der Zehnstundentag für Arbeiterinnen bereits seit über 50 Jahren besteht, ohne die Entwicklungsfähigkeit der Industrie jemals geschädigt zu haben,

bedurfte es in Deutschland erst der schwersten wirtschaftlichen Kämpfe und einer Reihe in zäher gewerkschaftlicher Kleinarbeit langsam errungener Einzelerfolge, ehe endlich dieses Gesetz trotz des Gegendrucks der widerstrebenden Grossindustrie zu stande kam, das heisst, ehe das Gesetz sanktionierte, was über die Hälfte aller Fabrikarbeiterinnen tatsächlich seit einer Reihe von Jahren schon erobert hatte. Noch 1904 endete der 5 Monate lange erbitterte Kampf der Crimmitschauer Textilarbeiterinnen mit einer Niederlage. Noch einmal hatte die organisierte Grossindustrie mit allen ihren Machtmitteln gegenüber der Arbeiterschaft den Kampfplatz behauptet. Bald darauf musste sie angesichts der wachsenden Erfolge der Zehnstundenbewegung in allen Gewerbebezügen kapitulieren. Ein interessanter Beleg dafür, wie die Sozialpolitik nicht etwa das Verhältnis der wirtschaftlichen Streitkräfte gegen einander bestimmt, vielmehr selbst von ihnen bestimmt wird.

In der Kommission hatte übrigens das Zentrum seinen bekannten Anschauungen gemäss beantragt die Maximalarbeitszeit für verheiratete Arbeiterinnen an Wochentagen auf 9. an Sonnabenden auf 6 Stunden festzusetzen. Gegen den ersten Teil dieses Antrags wandten sich grundsätzlich auch die Sozialdemokraten — die den gesetzlichen Achtstundentag für alle Arbeiterinnen beantragten —, da besondere Bestimmungen für Verheiratete diese wahrscheinlich schädigen würden.

Der Zehnstundentag erleidet natürlich gleich dem bisherigen Elfstundentag starke gesetzliche Durchbrechungen durch Ausnahmeparagraphen. So ist wegen «aussergewöhnlicher Häufung der Arbeit» Längerbeschäftigung erwachsener Arbeiterinnen an 50 Tagen im Jahre und zwar bis 12 Stunden täglicher Arbeit und bis 9 Uhr abends gestattet, ebenso bis zu 40 Tagen — ausser am Sonnabend — die gleiche Mehrarbeit für Fabrikationszweige, in denen regelmässig zu gewissen Zeiten ein vermehrtes Arbeitsbedürfnis hervortritt. Ferner darf der Bundesrat «zur Verhütung des Verderbens von Rohstoffen oder des Misslingens von Arbeiterzeugnissen» für einzelne Gewerbebezüge eine Herabsetzung der vorgeschriebenen elfstündigen Mindestruhezeit auf 8½ Stunden in 60 Tagen im Jahr zulassen. Doch darf eine Häufung der Ausnahmen durch Gewährung verschiedenartiger Ausnahmen an den gleichen Betrieb nicht eintreten.

Im Gegensatz zu diesen Ausnahmebestimmungen stellt der neue § 137a eine von der Sozialdemokratie längst erstrebte Sicherung der Arbeiterinnen gegen die Umgehung des Maximalarbeitstages dar. Er bestimmt: Die Mitgabe von Hausarbeit an Betriebsarbeiterinnen darf nicht erfolgen an Tagen, in denen sie bis zur gesetzlich zulässigen Dauer beschäftigt waren, ebenso wenig für Sonn- und Festtage. An Tagen, an denen die Arbeiterinnen nur kürzere Zeit im Betriebe tätig waren, darf ihnen nur so viel Hausarbeit mitgegeben werden als sie für den Rest der zulässigen Arbeitszeit im Betriebe herstellen könnten. Es verdient bemerkt zu werden, wie auch gegen diese erste schwache Bemühung den gesetzlichen Schutz gegen Ausbeutung auf das Heim der Arbeiterinnen zu übertragen die Unternehmer sich mit den altbekannten Mitteln und Gründen aufzulehnen versuchen. So haben in Dresden die Zigarettenfabrikanten ihre Arbeiterinnen zur Unterzeichnung einer Petition an den Reichstag bestimmt, in der sie gegen den obigen Paragraphen protestieren, weil sie in ihm einen durch nichts gerechtfertigten Eingriff in ihre Erwerbsfreiheit erblicken.

Eine weitere kleine Verbesserung der Novelle liegt in der schärferen Abgrenzung des Geltungsbereichs der Schutzvorschriften. Der umstrittene Begriff der *Fabrik* wird jetzt dahin erläutert, dass die §§ 134 bis 139b G. O. für alle Betriebe gelten sollen, in denen in der Regel mindestens 10 Arbeiter beschäftigt werden. Davon ausgenommen bleiben die Vorschriften über Arbeitsordnungen, die für Betriebe mit mindestens 20 Arbeitern gelten.

Ferner bringt die Novelle an Neuerungen noch folgende: Verboten wird die Beschäftigung von Arbeiterinnen im Bergbau über Tage bei der Förderung (ausgenommen Aufbereitungsarbeiten), beim Transport und Verladen, ferner in Kokeereien und die Beschäftigung beim Materialtransport auf Bauten. Die Verbote betreffend Beschäftigung von Arbeiterinnen auf Bergwerken über Tage, Kokeereien und Bauten treten erst am 1. April 1915 in Kraft.

Wöchnerinnen dürfen 8 Wochen lang, davon mindestens 6 Wochen nach ihrer Niederkunft, nicht beschäftigt werden. An Sonnabenden und Festtagsvorabenden dürfen Arbeiterinnen nur 8 Stunden beschäftigt werden, und die Arbeitszeit darf nicht über 5 Uhr hinaus währen.

Jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen dürfen in der Zeit von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens nicht beschäftigt werden; ihnen ist eine ununterbrochene 11stündige Minimalruhezeit zu gewähren. Die neuen Bestimmungen der Novelle gelten vom 1. Januar 1909 mit einjähriger Übergangsfrist.

× **Bund deutscher Frauenvereine** Die in Breslau vom 6. bis zum 9. Oktober abgehaltene Generalversammlung des *Bundes deutscher Frauenvereine* war diesmal nach verschiedenen Seiten hin recht interessant.

Viel Aufsehen, und nicht gerade im günstigen Sinn, verursachte zunächst ein Referat Dr. Else Conrads über die Dienstbotenfrage, das im Anschluss an eine stark missglückte Enquete der Bundeskommission für Arbeiterinnenschutz gehalten wurde. Fräulein Conrad nahm darin gegenüber der Dienstbotennot eine Stellung ein, die zum Teil vor recht geringem sozialem Verständnis zeugte. So wandte sie sich unter anderm gegen zu hohe Lohnforderungen der Mädchen, da diese ja durch Trinkgelder starke Zuschüsse erhielten; ebenso empfahl sie die Gründung eines deutschen *Hausfrauenbundes*, der alle möglichen Verbesserungen anstreben sollte. Else Lüders trat der Referentin scharf entgegen und verfocht vor allem Dienstbotenvereine auf rein gewerkschaftlicher Basis.

Im übrigen war das Arbeitsgebiet der Versammlung sehr ausgedehnt. Das Hauptthema *Die Stellungnahme der Frauen zur Strafrechtsreform*, das in 2 Abschnitte gegliedert war, *Die Strafrechtsreform und die Frauen* und *Die Strafrechtsreform und die Behandlung der Jugendlichen*, wurde in 2tägigen Verhandlungen sehr eingehend erörtert, und zu vielen Strafrechtsparagrafen wurden auch recht vernünftige Beschlüsse gefasst. Ausser der bekannten Forderung der Abschaffung der gesetzlich reglementierten Prostitution hauptsächlich die Bestrafung solcher Vorgesetzten und Arbeitgeber, welche das Abhängigkeitsverhältnis ihrer Untergebenen benutzen, um unzüchtige Handlungen vorzunehmen. Ferner Ersatz des Strafverfahrens gegen geistig minderwertige Jugendliche durch Heilerziehung und Pflegeverfahren, an dem auch Frauen zu beteiligen sind, Erhöhung des Strafmündigkeitsalters auf 16 Jahre, Ausbau der Jugendgerichte und Einführung des Probationssystems.

Gelegentlich einiger weiterer wichtiger Anträge kam es dagegen zu heftigen Konflikten zwischen den beiden oder, wie wir jetzt richtiger sagen müssen, den 3 Strömungen der Frauenbewegung. Solche Konflikte hatten bereits vor Beginn der Einzelverhandlungen die Tagung des Bundes eingeleitet. Die Radikalen hatten, wie schon wiederholt, das System der Abstimmung ändern wollen, da das jetzt geltende unter gewissen Umständen ein ganz verfehltes Bild der Stärke der einzelnen Richtungen geben muss. Der Antrag der Radikalen war gegenwärtig sehr aktuell, da kurz vor der Tagung der *Bund evangelischer Frauenvereine* dem allgemeinen Bunde beigetreten war, und auch die katholischen Frauenvereine erklärten für die Zukunft ihren Beitritt in Erwägung ziehen zu wollen. Kraft des Abstimmungsmodus wäre bei dieser Überflutung mit kirchlich konservativen Elementen der radikale Flügel im Bund in seinem Einfluss so gut wie lahmgelegt. Die radikalen Anträge wurden indessen sämtlich niedergestimmt, nur zuletzt ein schwacher Kompromissvorschlag angenommen. Die Antwort der Radikalen war eine Protestresolution, in der sie sich scharf gegen den Mehrheitsbeschluss verwahrten, und nach Schluss der Verhandlungen Entrüstungsartikel in ihren Organen. Eine ebensolche Protestresolution liess die Minorität in der Versammlung verlesen, als die erwähnten Anträge zur Strafrechtsreform, die von der Rechtskommission eingebracht waren, in nicht öffentlicher Verhandlung nach heissem Streit ebenfalls abgelehnt wurden. Hauptsächlich drehte es sich dabei um die Forderung der Streichung des § 218 (Strafbarkeit der Vernichtung des keimenden Lebens seitens der Mutter), eine Forderung, deren eingehende Erörterung jedenfalls unbedingt dankenswert war und es noch mehr gewesen wäre, wenn sie nicht geheim sondern öffentlich stattgefunden hätte. Nicht recht zu begreifen sind aber diese wiederholten Protestresolutionen der Radikalen. Sie legen eigentlich den Gedanken nahe, dass mindestens die protestierende Minorität über das Wesen und die Aktionsrichtung eines Bundes wie wir ihn in dieser Frauenorganisation vor uns haben sich gar nicht klar ist. Entweder glaubt man, ein solcher Bund bedeute nach aussen gegenüber den Einzelvereinen eine starke Machterhöhung, die für diese Einzelvereine mehr wiege als

die Konzessionen, die jedes Bündnis mit Andersgesinnten notwendig in sich trägt: dann muss man es darauf ankommen lassen in gewissen Fragen überstimmt zu werden; man beugt sich dann, wie in jeder grossen Körperschaft, der Majorität. Oder aber die Konzessionen wiegen stärker als der Zuschuss an eigener Macht: dann schliesst man folgerichtig keinen Bund sondern verfolgt sein Ziel allein und unabhängig davon, ob es auch von anderen erstrebt wird. Ob in dem *Bund deutscher Frauenvereine* der eine oder der andere dieser Fälle vorliegt, ist für den Aussenstehenden nicht zu entscheiden. Doch wäre den Beteiligten selber politische Folgerichtigkeit sehr zu empfehlen.

× **Katholischer Frauenbund** Auch der *Katholische Frauenbund* hatte vom 26. bis zum 28. Oktober in Münster seine Generalversammlung. Es wurde dort über eine Mitgliedschaft von über 18000 Frauen berichtet: an sich gewiss ein Zeichen des Fortschreitens der Frauenemanzipationsidee. Die Themen, mit denen sich die katholischen Frauenvereine wie auch diese Generalversammlung befassten, bewegen sich hauptsächlich auf dem Gebiete der Jugendfürsorge. Hier treten auch die Katholikinnen für eine vernünftige Fortentwicklung im Namen der *Humanität* nach verschiedenen Seiten hin ein. Den schärfsten Protest lösen dagegen bei den frommen Damen Frauenstimmrecht und Mutterschutzbewegung aus.

× **Kurze Chronik** Für das Staatsparlament in Victoria hat das Oberhaus nunmehr ebenfalls das Frauenstimmrecht bewilligt. × Die englischen Frauenrechtlerinnen kämpfen seit Wiedereröffnung des Parlaments wie zuvor um das Wahlrecht. Drei von ihnen wurden kürzlich infolge der Demonstrationen zu einigen Monaten Haft verurteilt. × Am 22. November fand in Bodenbach eine sozialdemokratische Frauenkonferenz für Deutsch Böhmen statt. × In Kassel und Braunschweig sind neue Dienstbotenorganisationen gegründet worden.

× **Literatur** Das *Tränenhaus* der Gabriele Reuter /Berlin, S. Fischer/ ist eine Aufgabe und es ist hier nicht meine Aufgabe Literarisches zu kritisieren. Dennoch

scheint es mir, dass dieses Werk auch von denen betrachtet sein will, die die Frauenbewegung verfolgen. Nicht etwa in dem Sinne, als entwickle es Emanzipationsideen oder dergleichen. Es gibt, wie jedes Dichterbuch, zuletzt nichts weiter als ein inneres Erlebnis. Aber wenn irgend etwas, so ist dieses Erlebnis selbst und alles, was die Dichterin hier vorüberaussehen sieht, ein Kapitel aus der Frauenfrage unserer Zeit. Das *Tränenhaus* ist eine jener dunklen Baracken, in der Mädchen aller Lebenskreise *unter Zusicherung strengster Diskretion* ihre Schande vor der Welt zu verbergen trachten, und Gabriele Reuter entrollt hier vor uns ohne einen Zug von Sentimentalität ein Bild des Jammers und der Erniedrigung des Weibes, wie es dunkler kaum erdacht werden kann. Das Buch ist deshalb von manchen Seiten als eine zwar unabsichtliche, aber darum nur um so glühender beredete Propagandaschrift etwa für die Bestrebungen des *Bundes für Mutterschutz* angesprochen worden. Und in der Tat, eine grellere und eindrucksvollere Beleuchtung der Zustände, gegen die sie anzukämpfen streben, konnten sich die Führerinnen dieser Bewegung gar nicht wünschen. Doch der innere Wert des Reuterschen Werkes liegt tiefer. Wohl erschöpft es sie nicht, aber es rührt doch mit leisem Finger an jene Dinge, die kein *Bund für Mutterschutz*, ja auch keine wirklich revolutionäre Wandlung des sozialen Lebens und der geschlechtlichen Ethik jemals ändern kann, an das, was unwandelbar schmerzvolles Gesetz der Natur für das Weib ist. »Wie schal, klein und nichtig schienen diesem Ewigen gegenüber alle die phantastischen oder ausgeklügelten Umwälzungsvorschläge, von denen sie in den letzten Wochen gelesen hatte. Sandkörner, in einen Abgrund geblasen...«

WISSENSCHAFT

Sozialwissenschaften / Conrad Schmidt

Grenznutzen- In einem Schriftchen *Zur
theorie Kritik der Böhm-Bawerk-*
schen Werttheorie /Leipzig,

Engelmann/ zieht der Berner Privatdozent Lifschitz gegen die in ihren grundlegenden Voraussetzungen schon öfter hündig widerlegte, aber darum in der Bücher- und Universitätswelt ruhig fortgedeihende, das Ansehen einer wirklichen Theorie genießende sogenannte *Grenznutzenlehre* zu Felde. An der Hand

ausführlicher Zitate gibt er einen Überblick über die Auffassungen, die ihr angesehenster Repräsentant positiv sowie polemisch gegen Marx entwickelt, rekapituliert zustimmend die kritischen Einwürfe, die namentlich von sozialistischer Seite gegen ihn erhoben worden sind, und sucht am Schluss nachzuweisen, dass jene immerfort auf psychologische Erwägungen sich berufende Doktrin mit Psychologie als Wissenschaft überhaupt nichts zu tun habe; ja in ihren vagen Argumentationen über das *Werturteil* nicht einmal der Bedingtheit der individualpsychologischen Erscheinungen durch die sozialpsychologischen Rechnung trage.

Wie dem auch sei, am einfachsten, scheint mir, lässt sich die Rolle, die diese Richtung bei allen ihren offenkundigen Unzulänglichkeiten seit ein paar Jahrzehnten spielt, der Kurswert, den sie erreicht hat, verstehen, wenn man von ihrer Gegensätzlichkeit zu dem, was man treffend als den *extremen Objektivismus* der Marxschen Methode bezeichnet hat, ausgeht. Wo die klassischen bürgerlichen Ökonomen an die sogenannte *Arbeitswerttheorie* streifen, steht bei ihnen der Gedanke im Hintergrund, dass die Anpassung der Preise an die Arbeitsmengen, die Proportionalität von Preis- und Arbeitsgrößen, soweit eine solche stattfindet, naturgemäss nur aus der Konkurrenz zu erklären sei; genauer aus dem interessierten Verhalten der Veranstalter der Arbeitsprozesse, die, in welcher Branche der Warenproduktion immer tätig, durchgängig und überall einen möglichst hohen Gewinn erzielen wollen. Eben dieses Streben führe, soweit die Freiheit der Konkurrenz nicht Einschränkungen durch natürliche und gesellschaftliche Monopole unterliege, zu einem Preissystem, in dem dann auch die durch die Konkurrenz nach dem Gesetz der Gewinnlichkeit geregelten Preise tendenziell in direktem Grössenverhältnis zu dem in den Waren steckenden Arbeitsaufwand stehen, diesem proportional sein müssten.

Marx erkannte nun, wozu sich bei Ricardo nur Ansätze finden, auf grund seiner so unvergleichlich subtileren Durchdenkung der ökonomischen Phänomene, dass das interessierte Verhalten der Veranstalter bei freier Konkurrenz oder kurz die freie Konkurrenz, indem sie in der kapitalistischen Wirtschaft für alle Branchen ein System gleichmässig lohnender Preise durchsetze (ein Preissystem, bei dem die Kapitale nach ge-

cher Durchschnittsprofirate Gewinn abwerfen), damit tendenziell nicht eine durchgängige Proportionalität von Preis- und Arbeitsgrößen der Waren sondern vielmehr umgekehrt tendenziell eine durchgängige Disproportionalität beider bewirken müsse. Man vergleiche seine Untersuchungen über dieses Thema im 3. Band des *Kapitals*. Alle die Schwierigkeiten nun, die seine Methode bietet, die Widersprüche, in die sie sich verstrickt, die fundamentale Paradoxie ihres *extremen Objektivismus* beruhen letzten Endes darauf, dass Marx, jene Disproportionalität von Preis- und Arbeitsgrößen der Waren als kausal notwendiges Resultat der Konkurrenz bei kapitalistischer Wirtschaft erkennend, trotzdem das *Arbeitswertgesetz*, das doch überhaupt nur als ein Gesetz der entwickelten, also der kapitalistischen Warenproduktion Realität haben könnte, im einleitenden Abschnitt seines *Kapitals* durch ein irreführendes formal logisches Begriffsspiel als das allgemeine, denknötwendige Grundgesetz des Warenaustausches schlechthin erklärt und diese, nicht aus dem interessierten Verhalten der Veranstalter in einer warenproduzierenden Wirtschaft abgeleitete, also überhaupt nicht kausal abgeleitete, in der Luft schwebende Bestimmung zur Grundlage all seiner weiteren Deduktionen nimmt. Die interessierten und ihrem Interesse gemäss handelnden Agenten des warenproduzierenden Wirtschaftsprozesses erscheinen bei ihm als Subjekte, die in mysteriöser Weise — man weiss nicht wie und warum — gebunden sind die Proportionalitätsverhältnisse, in denen Quanten der verschiedenen Warenarten ausserhalb des Austausches als Arbeitsprodukte gleiche Grösse haben, in den Proportionalitätsverhältnissen, nach denen sich die Waren mit Geldware austauschen, zum *Ausdruck* zu bringen. Statt dass er von der in und mit dem warenproduzierenden Wirtschaftsprozess gegebenen, das Verhalten der Veranstalter in allen Branchen gleichmässig regelnden Art der Zwecksetzung beginnt und von hier aus die notwendigen Bestimmungen hinsichtlich der näheren Art des Geregeltseins der Warenproduktion und des Warenaustausches entwickelt, verwandelt sich für ihn das System der mathematisch formulierbaren Arbeitsgrößenverhältnisse der Waren in ein hegelianisch kostümiertes *Wesen*, dem die von den Agenten durchgesetzten Austauschverhältnisse oder Preise der

Waren als *Erscheinungsform*: zu dienen haben. Ein Verfahren, das, wo das wirkliche, durch die Konkurrenz kausal notwendig geregelte System der Preise dem so konstruierten *Wertgesetz* widerspricht, sich hinter die bequem-vieldeutige Formel flüchtet, dass die Dinge in ihrer *Erscheinung* sich meist anders darstellen als sie in Wahrheit und nach ihrem *Wesen* sind.

Dass einer solchen Art *Objektivismus* gegenüber, die sich bis in das Spiel bildlicher Redewendungen fortsetzt — so wenn die Agenten des Warenaustausches als blosse *Repräsentanten von Waren* bezeichnet werden und dergleichen mehr —, das Schlagwort, man habe die Phänomene des Warenaustausches *psychologisch* zu betrachten, plausibel, ja als ein die Rückkehr zur kausalen Betrachtung ankündigendes Pronunziamento klingen konnte, liegt auf der Hand. Was man dabei nicht sah, oder nicht sehen wollte, war, dass die Art *Psychologie*, die unter dieser vielversprechenden Etikette von der *Grenznutztheorie* geboten wurde, für die theoretischen Zwecke, denen sie doch dienen sollte, also für das systematische Begreifen des modernen Wirtschaftsprozesses und der seinem Artcharakter notwendig inhärenten Art des Geregeltseins, durchaus steril ist und gänzlich von dem Ziel abseits führt. Statt von der Art der Zwecksetzung, die den Veranstaltern des warenproduzierenden Arbeitsprozesses in allen Branchen durch ihr Selbstinteresse immanent notwendig vorgezeichnet ist, auszugehen — einer Zwecksetzung, die als regelndes Prinzip des Verhaltens die Notwendigkeit der Geldform sowie alle näheren Bestimmungen über das notwendige Reguliertsein des Warenpreissystems, über die Grössenverhältnisse der relativen Preis- und Arbeitsgrößen der Waren, über das Grössenverhältnis von Arbeitsleistung und Entgelt im modernen Wirtschaftsprozess letztlich erklärt —, statt, sage ich, von diesem Selbstinteresse der Veranstalter als der zentralen Funktionäre des Prozesses auszugehen und von dem durch eine solche Norm geregelten Verhalten der Funktionäre im Prozess das Geregeltsein des Prozesses selbst nach seinen näheren Bestimmungen zu begreifen nehmen sie ihren Ausgangspunkt von der ganz neutralen Frage: wie wohl irgend ein isolierter Eigentümer, je nachdem er von verschiedenen Güterarten seines Bedarfes mehr oder weniger hat, auf grund seines

Selbstinteresses die betreffenden Einzel-exemplare höher oder niedriger einschätzen oder *werten* möge? Es ist das eine Problemstellung, die, ganz gleichgültig mit welchem Minus oder Plus psychologischen Wissenschaftlichkeitsaufwandes beantwortet, über die Art des Selbstinteresses, die das Verhalten der Veranstalter der Arbeitsprozesse in der warenproduzierenden Wirtschaft regelt, also über die *Psychologie* der zentralen, diesen Prozess regelnden Funktionäre naturgemäss nicht den mindesten Aufschluss geben kann. Sieht diese Psychologie doch gerade von dem, worauf es ankommt, ab: von dem Eingegliedertsein der handelnden Subjekte in einen Wirtschaftsprozess, in dem die erzeugte Ware der Regel nach überhaupt keinen direkten Gebrauchswert, also auch keinen Grenznutzen für den Veranstalter des Arbeitsprozesses hat. Mit einer Theorie, die die hier angedeutete Aufgabe lösen, das heisst also die allgemeinsten Bestimmungen des Regeltseins, denen der moderne Wirtschaftsprozess unterworfen ist, als notwendige Resultate des interessierten Verhaltens der Veranstalter in diesem Prozess systematisch nachweisen könnte, wäre jenem *Objektivismus*, dessen innere Widersprüche dem Ruf nach einer *psychologischen* Theorie einen Schein von Recht verliehen, damit zugleich aber auch jener *Grenznutzpsychologie*, soweit diese die Grundlage einer Theorie zu geben behauptet, der Boden unter den Füßen weggezogen. Aber selbstverständlich würde eine solche Theorie jenes Grundverhältnis des modern kapitalistischen Wirtschaftsprozesses, das Marx vom Standpunkt seiner Arbeitswert-hypothese konstatiert — die *Mehrarbeit* der materiell tätigen Produzenten, ihre *Ausbeutung*, jener Stein des Anstosses, an dem die *Grenznutzpsychologen* so sanft und angenehm vorüberplätschern —, nur noch schärfer herauszuarbeiten haben als ein Moment, das an und für sich, vollständig abgelöst von jener problematischen Arbeitswerthypothese, als notwendiges Resultat des interessierten Verhaltens der Veranstalter in diesem Prozess nachweisbar und schlechthin von ihm unabtrennbar ist.

×
Marx und Kant In einer mancherlei un-motivierte Anzapfungen enthaltenden, immerhin durch idealistischen Freimut auffallenden Rektorsrede *Marx oder Kant?* /Freiburg

i B., Speyer & Kaerner/ hat der bekannte Nationalökonom Professor von Schulze-Gävernitz der hohen Achtung Ausdruck gegeben, die ihm die sozialdemokratische Arbeiterbewegung, unter ethischen Gesichtspunkten gesehen, abnötigt. Die philosophischen Ausführungen indes, die sich mit diesem den Verfasser ehrenden Bekenntnis verbinden und deren allgemeine Tendenz schon der Titel andeutend charakterisiert, beruhen auf ebenso irrtümlicher Unterschätzung dessen, was Marx, auch nach Abzug alles Anfechtbaren in seiner Theorie, für den proletarischen Emanzipationskampf bedeutet wie auf irrtümlicher Überschätzung dessen, was Kant jemals für diesen Kampf bedeuten könnte. Da der Marxismus nicht bloss Kausalerklärung des Gewesenen und werdenden sondern doch auch *Politik* sein will, »bedarf er«, folgert Schulze-Gävernitz, »als Politik der Grundlage einer Ethik«, und zwar der höchsten und angeblich einzig konsequenten Ethik: nämlich der Kantischen, deren *Sittengesetz* mit der Forderung jedes Individuum stets zugleich als Selbstzweck zu behandeln sozial gewendet das Postulat einer freien gleichmässigen der Freiheit und Entwicklung aller dienenden Gesellschaftsordnung in sich schliesse. In diesem so fundamentierten Postulat habe der Sozialismus sein oberstes Prinzip anzuerkennen. Also, was braucht er Marx? Zurück auf Kant!

Die ganze Argumentation baut sich auf einem offenbaren Fehlschluss auf. Fürs erste bedarf die Politik ihrem Begriff nach vor aller Ethik gewiss doch eines Zieles, für das sie innerhalb der gegebenen gesellschaftlichen Konstellation bestimmte Bevölkerungsschichten durch den Appell an ihre Interessen in Bewegung setzen kann. Darum, als um den zentralen Punkt, bewegt sich folgerecht das Marxsche Denken, während das Kantische hierzu, also zu der bedingenden und bestimmenden Grundlage der sozialistisch proletarischen Bewegung, natürlich überhaupt gar keine Art Beziehung hat. Gewiss, das Ziel, dass dem Interesse des Proletariats, seinem Klasseninteresse, als zu verwirklichendes vorschwebt, ist — das unterscheidet es prinzipiell von allen Zielen privilegierter Kasten — ein solches, das, in der Richtung auf die Rationalisierung und Humanisierung der gesamten Gesellschaftsordnung liegend, zugleich die ethische Bestimmung jedes Unbe-

fängenen beanspruchen kann und alle Kräfte menschlichen Idealismus' zu wecken vermag. Aber darum, weil die Tendenz proletarischer Politik im allgemeinen mit den Postulaten, die auch vom Standpunkt eines aufgeklärten ethischen Bewusstseins zu stellen sind, parallel läuft, kann doch die Ethik noch lange nicht als Grundlage dieser Politik, als oberste Instanz, aus der sie letzthin ihre Ziele und die Mittel ihrer Propaganda schöpft oder schöpfen sollte, bezeichnet werden. Zweitens aber hängt doch die Schwungkraft, die ethische Gesinnungen innerhalb der sozialistischen Politik erhalten oder erhalten könnten, in keiner Weise mit dem Bekenntnis zu einer bestimmten moralphilosophischen Theorie, wie sie der Kantianismus repräsentiert, zusammen. Was die Kantische Ethik spezifisch charakterisiert, ist nicht der Humanitätsgedanke, die Begeisterung für Menschlichkeit und Menschenwürde an und für sich, sondern die Herleitung der *Menschenwürde* und damit aller konkreteren ethischen Forderungen aus der unbewiesenen und unbeweisbaren Annahme eines, von jeder Beziehung zum menschlichen Glücksstreben unabhängigen, sogenannten *kategorischen Imperativs* und der als Korrelat dazu postulierten metaphysischen *Willensfreiheit*. Wie sollten diese in einer Geschichte des moralphilosophischen Denkens gewiss bedeutsamen Betrachtungen, die aber, davon losgelöst, als wunderlich erklügelte Spitzfindigkeiten erscheinen, irgend eine besondere Wirkung ausüben? Unendlich näher liegt dem Arbeiterbewusstsein und dem modernen Bewusstsein überhaupt, soweit es Interesse für zusammenfassende Fundamentierungen des Ethischen empfindet, etwa der Feuerbachsche, vom jungen Marx begeistert aufgenommene Humanismus, der durch die landläufigen, von Schulze-Gävernitz in seiner Rede wiederholten Angriffe auf den *Eudämonismus* in keiner Weise getroffen wird.

Eine sehr eingehende und interessante Entgegnung auf die Gävernitzschen Ausführungen von wesentlich marxistischem Standpunkt aus findet man in der Artikelserie des Genossen *Maurenbrecher*, die in der *Naumannschen Hilfe* erschien.

× ×
Kurze Chronik Bei der blamabel engherzigen an den deutschen Universitäten üblichen Praxis Elemente, die sich in ihrer schriftstellerischen Tätigkeit sozial oder poli-

tisch verdächtig gemacht haben, von den akademischen Lehrämtern, ja sogar bereits von der einfachen Privatdozentur auszuschliessen enthielt die Nachricht, dass Dr. Franz Oppenheimer, der frühere Mediziner, dann national-ökonomische Autor und Journalist, an der Berliner Universität zur Habilitation zugelassen sei, eine Überraschung. Oppenheimer hat aus seinen entschieden freiheitlichen Gesinnungen und seiner prinzipiell polemischen Stellung zum herrschenden kapitalistischen Wirtschaftssystem, nie ein Hehl gemacht. Freilich war auch seine Kritik in ihren theoretischen Ausgangs- und Zielpunkten eine von der sozialdemokratischen durchaus unterschiedene. Einige Bücher Oppenheimers, so *Grossgrundeigentum und soziale Frage* /1898/ und das *Grundgesetz der Marxschen Gesellschaftslehre* /1903/ sind bei ihrem Erscheinen in den *Sozialistischen Monatsheften*, eingehend kritisch besprochen worden.

× ×
Literatur Eine begrenzte Frage aus dem Gebiet soziologischer Methodik behandelt Dr. Stephinger in seiner Schrift *Zur Methode der Volkswirtschaftslehre* /Karlsruhe, Braun/. Die am nachdrücklichsten von Rickert in seinen *Grenzen der naturwissenschaftlichen Begriffsbildung* vertretene Anschauung, dass alle Wissenschaft von der Geschichte und geschichtlichen Zuständen nur auf eine (von Wertgesichtspunkten geleitete) erklärende Beschreibung, nicht aber auf die Erkenntnis wirklicher Gesetzmässigkeit abziele, dient dem Verfasser als oberster Gesichtspunkt, unter dem er sich über die innerhalb der ökonomischen Theorie verwendbaren Methoden zu orientieren sucht. Bei solchem Vorgehen versteht es sich von selbst, dass diese Arbeit, der es sonst an Vorzügen nicht fehlt, die Hauptsache, das zentrale Problem, warum und wie in der theoretischen Ökonomie eine deduktive Methode möglich sei, überhaupt kaum beachtet. Denn jenes Verfahren setzt ja als das Moment, das durch die Deduktion erschlossen werden soll, allerdings eine Gesetzmässigkeit, eine solche, der diese Wirtschaftsweise als eine so und so spezifisch bestimmte unterworfen ist, voraus. Eine hierauf eingehende Untersuchung hätte zu einer Zergliederung und Kritik der in dem Marxschen *Kapital* gehandhabten Methode, als der in ihrem deduktiven Charakter höchst entwickelten, führen müssen.

KUNST

Dichtkunst / Max Hochdorf

Mayreder Der Name der Rosa Mayreder ist nicht so bekannt wie er sein sollte. Das ist für den Kritiker, dessen Erfahrung Hunderte von Büchern überschaut, nicht verwunderlich. Denn diese Frau hat wenige von den Eigenschaften, die einem weiten Leserkreis gefallen könnten. Sie ist eine von den ruhigen grossen Naturen, die nicht zahlreich in unserer Literatur sind, aber für den Leser von Geschmack stets willkommen. Rosa Mayreder erfreut sich zwar eines liebenswürdigen Anhangs, kann aber leider noch keineswegs als vielgelesene Erzählerin gelten. Sie lebt in Wien, und sie ist ohne Zweifel dort eine der stärksten Begabungen. Auch darf ihre Vielseitigkeit gerühmt werden, die ihr erlaubt eine angenehme Prosa zu schreiben und Sonette von beinahe vollendeter Form zu bilden. Bei Diederichs in Jena erschien von ihr ein Sonettenband, *Zwischen Himmel und Erde* genannt. Geistliche Einfachheit es wohl über Verse der Frömmigkeit solchen Titel zu setzen. Nun, fromm ist die Mayreder auch, doch nur insofern als sie mit mütterlicher Sorgfalt jede Schönheit, jede beklagenswerte Dürftigkeit aufnehmen möchte, die einem Menschenherzen begegnen können. Eigentlich weibliche Züge sind kaum in dieser Lyrik zu entdecken. Die Dichterin hat eher metaphysische Sehnsucht. Sie sucht nach Gleichnissen für den Begriff der *Traue*, sie teilt die Stationen ihres Lebens nach philosophischen Rücksichten ein. Sie versagt sich die billigen Ekstasen des Schreies und Stöhnens, höchstens eine sanfte Wehmut ist das, was ihrem Seelenbekenntnis entströmt. Merkwürdig und ein gutes Zeichen für die umspannende Fähigkeit der Mayreder ist es, dass sie nicht nur aus dem engen Kreis der Frauen als Erzählerin einige Typen schildert, dass sie vielmehr sorgfältig dem Innern der Männer und sogar der Dekadenz junger Männer nachgeht. In ihrem Roman *Pipin, ein Sommererlebnis* / Wien, Heller/ stehen gerade die Männer mit grosser Deutlichkeit und Klarheit da. Das geistige Kämpfen werdender Männer hat ihre Phantasie und Aufmerksamkeit besonders gefesselt. Man lese ihren Novellenband *Übergänge* / Wien, Heller/, der solche Typen vorzüglich schildert. Die Frau, die eine *Kritik der Weiblichkeit* schrieb (siehe die Rubrik *Frauen-*

bewegung in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1906, I. Band, pag. 343), hat die Augen sehr weit geöffnet, wenn es galt für das Grotteske, wenn man will: für das Weibliche, im Mann den richtigen Standpunkt zu wählen. *Aus meiner Jugend* / Wien, Heller/ nennt: sie einen Band, der drei Novellen enthält, und nicht ohne Zufall führt die längste den Titel *Sonderlinge*. Auch Märchen habe ich von der Mayreder gelesen und kleine sorgfältig geformte Dinge. Es ist eine Freude diesem seltenen Menschen zu begegnen.

×
Stucken

×
Unsere Theater bieten zurzeit wenig des Erhebenden. Ab und zu darf Ibsen

noch sprechen, aber er wird meist abgelöst durch eine schlechte Posse, die nichts als ein wenig Sentimentalität und Spiesserei besitzt. Ab und zu wird auch Shakespeares gedacht, aber es ist nicht sein Geist, sondern das was ein fleissiger, begabter Dekorateur dafür ansieht. Was den Tod des französischen Theaters von einst bedeutete, die kalte, rechnende Bühnenarbeit zweier Praktiker, die nichts als den Kulissensinn besitzen, das ahnen die deutschen Bühnenschriftsteller jetzt mehr als früher nach. Die Gesellschaftsarbeit tritt an die Stelle der künstlerischen Schöpfung. Es ist traurig, und es ist desto beklagenswerter, wenn der Kritiker zur Erkenntnis kommt, dass auch bei den Gutes Willenden doch kein rechtes Feuer im Wirken ist. Zwischen den Realisten des Theaters und den Formkünstlern unserer heutigen Bühne steht Eduard Stucken, ein ernster Mann. Nicht früh hat er begonnen, also nicht aus einer sinnlichen Überschwänglichkeit, aus einem Tumult des Temperaments sondern in schöner Überlegung, die Feder lange, bedächtig ansetzend, ehe er auf das Papier sein Bestes niederschrieb. Er schrieb den *Gawan*, ein Minnespiel mit Süßigkeit und Schmelz erregter Zeit. Man kann finden, dass auf diesem dramatischen Gemälde nicht Menschen stehen, aber doch grosse Gestalten. Und jetzt, da ich zwei neue Werke des begabten Poeten las, hebt sich sein Bild mir zu beträchtlicher Höhe. Vielleicht ist in diesem Mann das Hemmende die Bildung, die er sich in einer vornehmen Musse erwarb. Er ist in allem, seiner Sprache, seinen Gedanken, seiner Weltanschauung, zu elegant. Das sei im einzelnen erörtert. Da er gern in gutem, harmonischem Französisch liest,

lockte ihn die herrliche, die melancholische, die mit Schönheit verwirrende Mademoiselle Ninon de Lenclos, die einen tüchtigen Fälscher antrieb, dass er mit ihrem Namen die zarresten Liebesbriefe zeichnete, die eine hochbegehrte Matrone war, als sie dem eigenen Sohn den Liebesbrand ins Gemüt warf. Der Sohn, der die Mutter liebt, erkennt, dass er dem Inzest nahe ist, und er geht sterben. Natürlich, wie kann ein Sohn so Verbrecherisches überleben! So will es die Geschichte der Ninon de Lenclos. Sie lebt in schlüpfriger Gesellschaft, und die Herren, mit denen sie speist, mit denen sie Witze und Worte tauscht, die ihre Lieblichkeit anbeten, die vom Wunsch beseelt werden reellere Liebesfreuden zu geniessen, sind ein lockeres Gezücht. Zu jener Zeit kannte man kaum die Unterschiede zwischen einer ehrbaren Frau und einer unzüchtigen. Aber mit Schönheit, mit Eleganz, mit vollendeter Hingebung wurde der Unmoral gehuldt. Und nicht nur die kleinen Geister jener Zeit waren unmoralisch, auch die höchsten. Voltaire hat ja am Kindbett der Frau gestanden, die er einem fremden Gatten entriss, der er in seinem Alter selbst einen frischen Anbeter zuführte. Stucken weiss das alles, er weiss ferner, dass in jener losen Epoche ein einziges Begebnis die Fröhlichkeit störte: der Selbstmord nämlich, den der Sohn des Fräulein von Lenclos beging, als er entdeckte, dass er den Körper der eigenen Mutter begehrte. Zusammen mit dem preisgekrönten Ernst Hardt und dem Münchener Poeten Frecksa hat Stucken diese Episode dramatisiert. Doch mir scheint, dass in ihr gar kein richtiges dramatisches Element zu finden ist. Der Charakter dieses Jünglings, der vor einer furchtbaren Tat zurückschreckt, ist sicherlich echt. In einem Schauspiel muss jedoch seine Reife zum Selbstmord sehr schnell kommen. Nun gar in einem Einakter, wo Schlag auf Schlag die Begebnisse sich abrollen. Gewiss ist der Selbstmord des jungen Mannes begründet, aber wir vermissen eben dessen ganz logische Vorbereitung. Wir meinen da, das Leben des schwärmerischen Jünglings wäre durch ein einziges Wort der Aufklärung zu retten gewesen, und es ist stets bedrückend, wenn die Tragik einer Tragödie nicht von dem abhängt, was die menschlichen Herzen entfalten, sondern allein die menschlichen Lippen. Hierin sehe ich also ein Gebrechen dieses Stückes. Aber es hat andere für den Autor und seine Zukunft

wertvolle Eigenschaften. Stucken nennt sein Werk nicht etwa nach den Hauptpersonen. Sein Stück heisst *Die Gesellschaft des Abbé Châteauneuf* /Berlin, *Concordia*/. Der Titel ist nicht zufällig. Er will sagen, dass nicht die einzelnen Personen in die Dichtung das entscheidende Leben bringen sondern alle, eben die ganze Gesellschaft. Der Poet legt den Nachdruck auf das historische Kolorit, auf das Milieu jener Zeit. Die Menschen erheben sich nicht oder wenigstens nur auf Minuten über das Niveau ihrer Epoche; es wäre ein Missbrauch gewesen für jene Zeit weibliche oder männliche Helden zu schaffen. Fast ehe die Menschen zur Besinnung kommen, ist ihr Schicksal beschlossen, und die nächsten nehmen gar keinen Anlass irgend weiche Erschütterung über ein tragisches Los zu äussern. Die Mutter Ninon lächelt selbst dann noch, hat selbst dann noch ein gefälliges Sätzlein auf den geschminkten Lippen, als sie das Blut aus dem Herzen des toten Sohnes rieseln sieht. Es ist, als wenn jeglicher über seine Leidenschaft ein Aschenhäuflein deckte, damit die Passion nicht lichterloh entflamme. Solche Angewohnheit der Seelen kann etwas Peinliches sein, etwas Niederbeugendes, das bei den Zuschauern im Theater das tragische Mitleid noch erhöht. Und Stucken beabsichtigt solche Wirkung. Sie gelang ihm. Vielleicht aber ist sein Werk zu sehr ein gewissenhaftes, historisches Dokument. Ich denke an den Ausspruch des Dichters Grillparzer, der gefordert hat, dass ein Poet die Geschichte fälschen soll, wenn bei derartiger Umkehrung der Historie die grossen Züge des Herzens endgültige Erklärung finden. Zur Zeit der Ninon de Lenclos war es ja nichts Seltenes, dass die Schriftsteller mit der Vorstellung des Inzests spielten. Aber uns scheint die Gefühlsrichtung der Zeit nicht nur abscheulich, sie erscheint uns auch künstlerisch nicht sehr ergiebig. Höchstens, dass sich leise melancholische Beziehungen aus solchem Liebesbegehren von Eltern und nichtwissenden Kindern anspannen dürften.

Wie Stucken die historische Wahrhaftigkeit in seinem Kostümdrama suchte, so will er den Geist unserer Gegenwart in einem modernen Trauerspiel *Myrrha* /Berlin, *Concordia*/. erschaffen. Es sind starke Motive, die seinen Menschen den Lebensinhalt geben. Ein Erfinder, der vor der Eroberung der Luft nicht zurückschreckt, beschäftigt sich eingehend und in aufopfernder Energie mit dem

Problem den lenkbaren Aeroplan zu erbauen. Er ist mit seinem Entwurf auf eine einsame Gedankenhöhe gerückt. Aber ihm ward nicht das traurige Schicksal dessen, der sich im Käfig seines Arbeitsraumes sehnsüchtig aufzehrt und stets verödet und allein bleibt. Der Erfinder besitzt ein Heim, das seinem Herzen Nahrung gibt. Er nahm ein Weib, das ihm gehörte, das ihm ein Kind gebar, dessen Nerven jedoch früh müde wurden und in einer Heilanstalt erfrischt werden mussten. Während sein erstes Weib dort weilt, nimmt er ein zweites. Das gehört ihm nicht dem Gesetz nach, doch mit ihren Sinnen und mit ihrer Seele. Der Erfinder ist hart in seiner Arbeit, aber er ist weich in seiner Häuslichkeit. Und während seine angetraute Gattin in der Obhut fremder Ärzte lebt, tröstet er sich mit der Gattin seines Gewissens. Den geheimen Apparat, der seinem Wunderwerk die Kraft gibt, hat der Erfinder seinem ersten Weibe geschenkt. Er hat ein fatalistisches Zutrauen in die symbolische Schönheit solchen Schenkens und meint, dass sein Lebenswerk wunderbar behüte: sei, wenn es in der Wacht der geliebten Frau verbleibe. Da aber die erste Gattin krank wurde, liefert der Erfinder den Kern seines Werkes in die Hände der zweiten. Die kranke Gattin wird geheilt. Sie kehrt zu ihrem alten Heim zurück, sie tut es selig, die ganze Zukunft als eine rosige Herrlichkeit erträumend und erfassend. Und gleich ihr erster Schritt zum Gatten bringt das Unheil. Beide Frauen kämpfen um den Mann ihrer Liebe; die erste, um ihren poetischen Zukunftsraum zu erhalten, die zweite, um nicht die langjährige Wirklichkeit ihrer Liebe zu verlieren. Die Heilung der ersten Gattin war nur ein Trug, sie leidet noch immer an der Unbeständigkeit ihres Hirnes, das nicht im Stande ist geradeaus den Weg zum Dasein zu finden. Und ihre Tochter, Myrrha, ist ein Geschöpf aus Mondschein und Visionen und seraphischer Rätselhaftigkeit. Wie nun der Kampf zwischen beiden Frauen beginnt, ringen sie erst um das Teuerste, das der gemeinsame Gatte ihnen gab. Und der winzige Apparat, in den der Erfinder seine ganze Geisteskraft hineingelegt hat, zerbricht bei diesem Streit. Da ist es klar, dass der Frieden aus dem Haus des Erfinders gewichen ist, das; noch tieferes Unglück kommen wird. Die erste Gattin, die wiederum im Wahnsinn lodert, will das Kind der zweiten morden,

da sie zum Töten der Mutter sich nicht stark genug fühlt. Aber sie irrt furchtbar: denn dem eigenen Kinde, der verzückten Myrrha, stösst sie ein Messer in den Hals. Das ist ein blutiger Schluss, und wir fragen uns, ob der Dichter berechtigt war ihn zu finden. Wir sind heute wiederum zu einem merkwürdigen Mitfühlen für alle Spiele des Zufalls gekommen. Wir verlassen beinah den Glauben, dass menschliche Tragik sich allein aus den Herzen herleitet, und meinen, dass sie auch durch dunkle Kräfte erzeugt werden kann, durch unlösbare, ungreifbare, die gar nicht aus einem religiösen Aberglauben geschöpft sein sollen. Im Schauspiel des Stücken ahnt Myrrha, dass die wahnsinnige Mutter ihr Stiefschwesterchen morden möchte. Da sie aber selbst Todessehnsucht trägt, erbittet sie sich die Gnade selber in den Mordwinkel kriechen zu dürfen, damit sie getroffen wird. Aber solche vom Dichter zu absichtlich eingerenkten Schicksalsspiele veranlassen den Kritiker, dass er wohl einen neuen Willen des Dichters erkennt, den Weg aber nicht gutheisst. Der Dramatiker Stücken hat seine Probleme wohl überlegt. Nur fehlt ihm, der in der Romantik des Artuskreises sich entfaltet, für den Alltag noch jene Kühle, die es sich versagt Herzensbekenntnisse in solch realistisches Drama hinüberzunehmen, die vielmehr bemüht ist unter die Menschen zu gehen und genau nach dem hinzuhorchen, was sie sagen, was sie fühlen, was sie leiden. Stücken ist noch nicht objektiv genug. Er ist noch zu verliebt in einige Wendungen, für die im realistischen Drama kein Raum ist. Ich wünsche ihm, dass er künftig die Lyrik einbüsse, um mehr Dramatiker zu werden. Es fehlt ihm nicht am Können, aber vorläufig noch am Vollenden.

X
Fremdländisches An der Matilde Ser-
 rao habe ich seit jeher die
 grosse ruhige Kraft der
 Schilderung bewundert, den kosmopoliti-
 schen Sinn für gesellschaftliche Probleme.
 Sie kennt sich in der Aristokratie ebenso
 aus wie sie die Sprache des neapolitani-
 schen Spitzbuben spricht. Dabei stellt
 sie die Menschen in entzückende Land-
 schaften, Stimmungen des Tages und der
 Nächte beschreibend, deren künstlerische
 Erfassung eine ganz bedeutende Gabe
 verraten. Ihr Roman *Nach der Ver-
 zeihung*, aus dem die Réjane ein schlech-
 tes Stück machen liess, ist bei S. Fischer
 deutsch erschienen. Hier wird ein Liebes-

schicksal erzählt, das eine ungewöhnliche Pracht an Ereignissen und bewegenden Momenten enthält. Dazwischen ist auch manch Banales, böse an die Kolportage Mahnendes zu treffen. Und doch imponiert die Fruchtbarkeit der Erfindung, das rein Fabulierende und Interessante an diesem Buch.

Eine langweilige, den Stoff zur *comédie larvoyante* liefernde Liebesepisode des Michel Corday ist in der *Concordia* deutsch erschienen. Dort wurde auch ein dänisches Buch der Edith Nebelung übertragen, *Unfruchtbar*. Diese Erzählerin versteht es im aufblühenden Mädchengemüt die Romantik mit knappen tiefgründigen Worten zu schildern und dann weiter zu zeigen, wie aus den begehrenden Wesen die kalten, die unfruchtbaren eben, die Schädlinge der Liebe, erwachsen. Dagegen ist der letzte Roman Gustaf af Geijerstams *Die Brüder Mörk* /Berlin, S. Fischer/ wohl eine recht hübsche Guts Geschichte, aber ohne die Teilnahme seines Dichterherzens, nur mit seiner gewandten Feder geschrieben.

×
Kurze Chronik In Zürich ist die Schriftstellerin Ilse Frapan-Akunian auf ihren

Wunsch von ihrer Freundin getötet worden. × Der *Nobelpreis* ist dieses Jahr an keinen Dichter verliehen worden; der Jenenser Philosophieprofessor Eucken erhielt ihn. Ohne, dass ich den bedeutenden Denker kränken will, muss ich sagen, dass der Preisausschuss von einer klassischen Engherzigkeit ist. Unter Europas gegenwärtigen Poeten fand er keinen, der ihm des Preises würdig erschien. Er hätte einen gefunden, wenn er zum gewissenhaften Suchen nicht zu träge gewesen wäre. Dieser *Nobelpreis* wird so fast zu einer Blamage der schwedischen Akademiker. × Frau Anna Croissant-Rust hat einen sehr heiteren Kleinstadtroman *Winkelquartett* geschrieben /München, Georg Müller/.

×
Literatur Der Schriftsteller Martin Buber, der vom Talmud kam, um jetzt ein gutes, wohlgebautes Deutsch zu schreiben, hat uns schon mit dem jüdischen Mystiker Rabbi Nachman bekannt gemacht. Jetzt berichtet er in einem neuen Buch von der *Legende des Baal-Schem* /Frankfurt a. M., Rütten & Loening/, von dem Kreise wundervoller, symbolischer Erzählungen,

die sich um die Person eines polnisch-jüdischen Heiligen gesammelt haben. Grosse Naturpoesie ist diese Erzählung oft, der mündlichen Überlieferung mit Pathos nachgedichtet. Und besser als durch ein trockenes Lehrbuch lernen wir den Geist der jüdischen Ekstatiker kennen, die verstossen in der irdischen Welt sind und dennoch hochbeglickt im ganzen Kosmos wohnen. × Mit Ungeduld erwarteten wir Deutschen den Denker Bernard Shaw aus gedanklichen Werken kennen zu lernen. Wir sagten uns: Dieser Mann muss aus seinem irischen Gehirn verstanden werden. Jetzt kam ein Band seiner gesammelten *Essays* /Berlin, S. Fischer/. Die ästhetischen sind die wichtigsten, da in ihnen vielleicht für den Künstler Shaw die Erklärung zu finden ist. Der lange Aufsatz gegen Max Nordau ist schon an 15 Jahre alt, die Argumente, die Shaw gegen diesen trockenen, bis zur Borniartigkeit konsequenten Rationalisten anführt, sitzen eigentlich gar nicht mehr. Wir haben so viele Vorurteile zum alten Eisen gelegt, dass Shaws Polemik uns fast antiquiert erscheint. Sehr treffend ist, was Shaw über den verstorbenen Irving sagt. Bei anderen verlässt ihn manchmal der Instinkt.

KULTUR

Technik / Heinrich Lux

Heizapparate Das Heizwesen erscheint dem Laien als das wenigst interessante Gebiet der ganzen Technik. Und betrachtet man die primitiven Heizeinrichtungen in den meisten Wohnungen, so gewinnt es wirklich den Anschein, als ob die Erfindertätigkeit vor dem Ofen ängstlich Halt gemacht habe. Der charakteristische Heizapparat der Berliner Wohnungen beispielsweise ist der rostlose Kachelofen, in dem nur Braunkohlenbriketts und Holz zur Verbrennung gelangen können. Eine Regelung der Temperatur ist während des Ofenbetriebs ausgeschlossen. Eine noch erheblich rückständigere Einrichtung aber ist der Kochofen der Berliner Küchen, der euphemistisch *Maschine* genannt wird. Diese Kochmaschine besteht einfach aus einer mit dem Schornstein in unmittelbarer Verbindung stehenden, ausgemauerten Grube, die mit einer Ringplatte abgedeckt ist. Auf die Ringplatte werden die Töpfe so aufgesetzt, dass die Feuergase mit dem Topfboden in direkte Berührung kommen. Das Feuerungs-

kohlenbriketts, wird einfach durch die Öffnung der Ringplatte eingeführt. An diese rückständigen Heizapparate aber haben sich die Berliner Hausfrauen so sehr gewöhnt, dass sie nur mit dem grössten Misstrauen den Gaskochherd oder gar die Zentralheizung betrachten. Mit der Einführung der Gasautomaten, durch die das Gas für Beleuchtungs- und Heizzwecke auch in die Küche des Proletariats Eingang gefunden hat, hat allerdings in den letzten Jahren der Gaskochherd eine grössere Verbreitung gewonnen, und es gibt jetzt in unseren Grossstädten wirklich schon eine erhebliche Zahl von Haushaltungen, die ausschliesslich mit Gas kochen. Dagegen ist das Misstrauen gegen die Zentralheizungen noch lange nicht geschwunden.

Für jeden, der technisch zu denken versteht, bedarf es aber kaum einer besonderen Hervorhebung, dass die zentrale Versorgung mit Energie irgend einer Form der Einzelerzeugung im allgemeinen wirtschaftlich überlegen ist. Wird eine Energieform in eine andere umgewandelt, so sind immer Verluste mit in den Kauf zu nehmen; diese Verluste sind prozentual am geringsten, wenn sich der Umwandlungsprozess auf breiter Basis vollzieht. So ist auch die Erzeugung von Wärme an einer Zentralstelle und die Wärmeleitung an die einzelnen Verbrauchsstellen erheblich rationeller als die Wärmeerzeugung an den einzelnen Verbrauchsstellen selbst, sofern die Entfernung, auf die Wärme zu übertragen ist, nicht zu gross ist.

Diese Erwägungen sollten entschieden zu gunsten der allgemeinen Einführung von Zentralheizungen sprechen, zumal bei diesen eine rationelle Regelung der Verbrennung möglich ist, so dass die Rauchplage der grossen Städte erheblich reduziert wird. Aber alteingesessene Vorurteile lassen sich so leicht nicht ausrotten, und so hört man immer wieder die selben Gründe als Einwendungen gegen Zentralheizanlagen: An kalten Tagen würden die einzelnen Räume nicht warm genug, an warmen Tagen aber würden sie zu heiss; die Zentralheizung trocknete die Luft zu stark aus, so dass erhebliche Belästigungen eintreten; das Wohnen in Räumen mit Zentralheizungen verweichlichte, so dass gefährliche Erkältungen die Folge seien. Jede dieser Behauptungen ist grundfalsch, wie ich bereits in meiner Schrift *Licht, Luft und Wärme im eigenen Heim* /Berlin, Baedeker & Moeller/ eingehend nachgewiesen

habe; gleichwohl hört man sie immer wieder. Bei richtiger Anlage und zweckmässiger Wahl des Heizsystems gestattet die Zentralheizung eine Regulierung der Temperatur in den einzelnen Räumen in so weiten Grenzen, wie das bei der Ofenheizung niemals der Fall ist. Richtet sich dazu der Kalkfaktor der Zentralheizung noch nach der Temperatur der Aussenluft, so ist es eine Kleinigkeit während der Heizperiode die Temperatur aller Räume fast absolut konstant zu erhalten.

Die Legende von der durch die Heizapparate, insbesondere die böse Zentralheizung, ausgetrocknete Luft ist so weit verbreitet, dass selbst Heiztechniker ihre Erfindungsgabe aufwenden, um besondere Luftbefeuchtungsapparate zu konstruieren. Das Unbehagen, das besonders zu Beginn der Heizperiode in den frisch geheizten Zimmern die Bewohner erfasst, hat ganz andere Ursachen als die angebliche Trockenheit der Luft. Neben der Übersättigung der Luft durch Wasserdämpfe, die an sich bereits eine erhebliche Belästigung bedingt, tritt nämlich grade bei Beginn der Heizperiode eine Verschlechterung der Zimmerluft durch verschwendende, organische Stoffe ein, die sich in der Form von organischem Staub auf den Heizkörper der Dampfheizungen, den Decken der Zimmeröfen usw. während der Sommermonate angesammelt haben. Der organische Staub bildet schon bei einer Temperatur von 80 bis 100° Brennstoffe, unter Umständen, besonders bei der Anwesenheit von Wasserdampf, Ammoniak, die auf die Schleimhäute der Atmungswege reizend wirken und hier das Gefühl der Trockenheit erzeugen, wenn auch die Luft ganz gesättigt ist. Hiergegen gibt es nur ein Mittel, nämlich die energische Lüftung während der Zeit, wo nach der Sommerruhe die Heizapparate erstmalig wieder in Funktion gesetzt werden, denn dass man den Besorgerinnen des Hauswesens zumuten könnte gelegentlich auch einmal den Staub von den Decken der Kachelöfen, von den Heizkörpern der Dampfheizung durch feuchtes Abwischen oder durch Absaugen zu entfernen, halte ich bei der konservativen Gesinnung des weiblichen Geschlechts für sehr unwahrscheinlich. Freilich sollten auch die Heizkörper niemals auf eine höhere Temperatur als etwa 80° gebracht werden, dann ist ein Verschweilen des Staubes überhaupt nicht möglich; weil unsere Kachelöfen im allgemeinen nicht wärmer als 80° werden, hört

man auch bei ihrer Benutzung selten die Klage über angebliche Trockenheit der Luft.

Es bleibt also nur noch die Frage der Verweichlichung übrig, die der Zentralheizung in die Schuhe geschoben wird. Für das dauernde Wohlbefinden ist es erforderlich, dass dem menschlichen Organismus nicht zuviel Wärme entzogen wird. Gewiss kann man durch systematische Abhärtung den Organismus widerstandsfähiger gegen starke lokale Abkühlungen machen; aber man wird doch grösseres Gewicht darauf legen müssen die Ursachen der Erkältungen zu vermeiden. Sind also in einer Wohnung im Winter nur einzelne Räume geheizt, andere aber ungeheizt, wie etwa Schlafzimmer, Küchen usw., und setzt man sich dem schroffen Temperaturwechsel häufig aus, so kann man sich in seiner Wohnung den schönsten Lungenkatarrh holen. Die Umständlichkeit der Einzelheizung, die mit der Bedienung von Einzelöfen unvermeidliche Belästigung durch Flugasche, Staub und Russ, schliesslich auch die hohen Kosten, führen nur zu leicht dazu im Winter nur die meist benutzten Räume zu heizen. Bei der Zentralheizung dagegen ergibt sich die gleichmässige Temperierung aller Wohnräume notwendig von selbst; man kann sich dann wenigstens nicht in der eigenen Wohnung erkälten.

Die allgemeinen Einwendungen gegen Zentralheizungen sind also leicht zu widerlegen. Dazu kommt aber noch, dass bei einer guten Zentralheizung die Ausnutzung des Brennstoffs 50 bis 70% beträgt, während selbst bei guten Dauerbrandöfen gewöhnlich nicht mehr als 30% des Heizwertes des Brennmaterials ausgenutzt werden. Die Betriebskosten bei Zentralheizungen werden dann weiter noch dadurch erniedrigt, dass in ihnen Koks oder billige Steinkohle verfeuert werden kann, während in Dauerbrandöfen meist nur der teure Anthrazit, in Kachelöfen fast nur Briketts zur Anwendung kommen können. Von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist dann weiter, dass bei Zentralheizungen nur eine einzige Feuerstelle zu bedienen ist, während bei Ofenheizung so viele Heizstellen versorgt werden müssen wie Räume zu heizen sind. Bei Zentralheizungen fällt also jede Belästigung durch Kohlenstaub und Asche weg; es ist völlig ausgeschlossen, dass Rauchgase in die Wohnräume eintreten, wenn nicht ganz grobe Fehler bei der Anlage gemacht wurden.

Eine Würdigung der einzelnen Heizsysteme ist an dieser Stelle leider nicht möglich. Ich muss mich deshalb darauf beschränken sie lediglich aufzuzählen.

Das älteste Zentralheizsystem ist die Luftheizung. Bei Neubauten kommt Luftheizung aber nicht mehr in Frage, weil bei ihr die Regulierfähigkeit nicht besonders gross ist, weil sie im Vergleich zu anderen Heizsystemen nicht rationell genug arbeitet, und weil schliesslich die Luftkanäle arge Staub- und Bakterienherde sind. Für Wohnräume kommen in der Gegenwart lediglich Warmwasser- und Dampfheizanlagen in betracht. Die Warmwasserheizung gestatten eine milde, angenehme Durchwärmung der Räume, die Heizkörper selbst belästigen nicht durch intensive strahlende Wärme. Die Regulierfähigkeit ist recht gut. Aber Warmwasserheizanlagen sind sowohl in der Anlage als auch im Betrieb teurer als Dampfheizungen. Die Dampfheizungen, und zwar in erster Linie die Niederdruckdampfheizungen, bei denen der erzeugte Dampf nur einen Überdruck von 0,05 bis 0,1 Atmosphäre aufweist, haben deshalb in der Gegenwart die grösste Bedeutung. Freilich hat Wasserdampf bei diesen Überdrucken immer eine Temperatur von mehr als 100°, so dass die kritische Temperatur für die Verschmelzung organischer Stoffe überschritten wird. Bei modernen Dampfheizungen wird aber durch die sogenannte *Dampfumwälzung* in den Heizkörpern Dampf mit Luft energisch durchmischt, so dass der Dampf in seiner ganzen Masse auf unter 100° abgekühlt wird. Die Oberfläche der Heizkörper wird dabei gleichmässig auf eine Temperatur von etwa 80 bis 90° gebracht. Unter diesen Umständen stellt eine Dampfheizung eine geradezu ideale Heizanlage dar, die der Ofenheizung in jeder Hinsicht weit überlegen ist, wenn nicht schon bei ihrer Anlage durch zu geringe Dimensionierung am falschen Ende gespart worden war. Die billigen Zentralheizungen sind es, die die Zentralheizung an sich in Misskredit gebracht haben.

× Elektrische Weinverbesserung ×
 Das Allerweltsmädchen Elektrizität wird nunmehr auch in den Dienst der Weinfabrikation gestellt. Es ist bekannt, dass alter Wein wertvoller als neuer ist. Das Altern des Weines, durch das erst dessen Blume entsteht, ist nun auf eine Oxydation des Alkohols und anderer Bestandteile des Weines zurückzuführen. Der Wein muss deshalb bei den heutigen

Fabrikationsmethoden längere Zeit mit der atmosphärischen Luft in Berührung bleiben, damit er, bevor er auf Flaschen gezogen wird, eine bestimmte Menge Sauerstoff aufnehme. Für den Weinfabrikanten bedeutet das natürlich eine Festlegung des investierten Kapitals auf Jahre hinaus. Ausserdem ist der Wein bei langem Lagern in Fässern beständigen Gefahren ausgesetzt, deren geringste noch das Verdunsten ist, da sich für die Verluste von zirka 5% an der ganzen Menge schon Ersatz in den ständig fließenden Quellen findet. Man war deshalb schon seit langem bemüht die natürliche Oxydation durch Behandlung mit Ozon zu fördern und zu beschleunigen. Die Versuche haben indes bisher noch keine besonderen Erfolge gezeitigt, bis es neuerdings Viktor Dorn gelungen ist den in den Wein eingeführten Sauerstoff in dem Augenblick zu ozonisieren, wo er mit dem Wein in Berührung kommt. Zu diesem Zweck wird in einem Strom reinen Sauerstoffs, der in den Wein eingepresst wird, eine elektrische Funkenentladung vorgenommen. Die Resultate sollen ganz verblüffend sein. So wurde beispielsweise ein junger Bordeauxwein durch eine 40 bis 60 Minuten währende Behandlung vollkommen flaschenreif gemacht, was sonst nur durch jahrelanges Lagern möglich war. Da der Ozon zugleich auch eine sterilisierende Wirkung ausübt, indem er Bakterienkeime und fremde Gärstoffe tötet, wird dadurch zugleich noch die Konservierungsmöglichkeit des Weines gehoben.

× **Kurze Chronik** Das geplante Haus der *Equitable* in New York wird das höchste Bauwerk der Welt werden. Die Blätter melden, dass diese Gesellschaft Zeichnungen für ein 62stöckiges 909 Fuss hohes Gebäude zur Genehmigung eingereicht habe. Die Baukosten für dieses Haus, das in seiner Höhe den Eifelturm übertreffen wird, werden auf 10 Mill. Doll. veranschlagt. Mit seiner Fahnenstange von 150 Fuss Länge wird dieses Riesengebäude den in den New Yorker Hafen einlaufenden Schiffen schon 2 Stunden vor der Landung sichtbar werden. × Ein Teil der Berliner Friedrichstrasse ist mit neuen rein weiss brennenden Bogenlampen ausgerüstet worden, die bei gleichem Stromverbrauch die 3fache Lichtmenge der alten Bogenlampen aussenden. Damit hat nunmehr wieder das elektrische Licht einen kleinen Vorsprung auch vor

dem Pressgaslicht erreicht. × Ein neues Staubbindemittel stellt der Epiphyrit dar, mit dem in München auf der Theresienwiese gut gelungene Versuche angestellt worden sind. Die Versuchsstrecke wurde mit Epiphyritlösung, einer geruchlosen Flüssigkeit, besprengt, und trotz des ununterbrochenen Wagen- und Automobilverkehrs war auf dieser Strecke nicht eine Spur von Staub zu bemerken.

× **Literatur** In der unter dem Titel *Wissen und Können* von Professor Dr. B. Weinstein herausgegebenen *Sammlung von Einzelschriften aus reiner und angewandter Wissenschaft* (Leipzig, Barth/erschien von Dr. Richard Hennig *Die älteste Entwicklung der Telegraphie und Telephonie*. In 6 Kapiteln werden die Entwicklung der optischen und akustischen Telegraphie, alte Phantasie-telegraphen mittels magnetischer Sympathie, die Anfänge der elektrischen Telegraphie, die Anfänge der Seekabel, alte Phantasie-telephone und telephonische Spielereien, die Anfänge der elektrischen Telephonie behandelt. Die überaus sorgfältige, auf umfangreichem Quellenstudium beruhende Monographie hat bleibenden Wert und muss als wertvoller Beitrag zur Kulturgeschichte der Technik bezeichnet werden. Von einem zweiten in der gleichen *Sammlung* erschienenen Bändchen, in dem Nairz die Radiotelegraphie angeblich gemeinverständlich behandelt, kann das gleiche leider nicht gesagt werden. Störend ist hier besonders die ungewandte Darstellungsweise, die selbst dem Techniker das Verständnis ungemünzt erschwert. Zum Beleg für diese Behauptung will ich nur eine einzige Stelle herausgreifen: „Über 2 Jahrtausende dauerte es von den ersten Meldungen vom Bekanntwerden des elektrischen Spannungszustandes, in der primitiven Weise des geriebenen Bernsteins, bis zur Erzeugung aus chemischen Kräften der Natur, nämlich der Berührung von zweierlei Metall mit einer verbindenden Säure, einer Entdeckung, die, obwohl sie dem Zufall beim Experimentieren Galvanis zuzuschreiben ist, doch immer mit dem Namen des italienischen Gelehrten Volta verknüpft bleibt. Während man die auf diese Weise erzeugte Elektrizität *galvanische* nennt, verwendet man die Bezeichnung *Volt* für die Einheit der elektrischen Spannung, die ungefähr durch den Wert eines solchen Elementes gegeben ist.“